

Stenographisches Protokoll

56. Sitzung des Kärntner Landtages – 29. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 7. Feber 2008

Inhalt

Fragestunde (S. 5142)

Aktuelle Stunde (S. 5158)

Antragsteller: ÖVP-Klub

Thema: „Der Umgang mit Kärntner Spenden- und Steuergeldern beim Projekt „Kärnten-Dorf“ in Banda Aceh“

Redner: Tauschitz (S. 5158), Ing. Scheuch (S. 5159), Mag. Dr. Kaiser (S. 5160), Holub (S. 5162), Schwager (S. 5163), Lutschounig (S. 5164), Dr. Strutz (S. 5165), Schober (S. 5166), Dr. Lesjak (S. 5168), Mag. Grilc (S. 5169), Dipl.-Ing. Gallo (S. 5170)

Zur Geschäftsordnung: Holub (S. 5172)

Tagesordnung (S. 5179)

1. Ldtgs.Zl. 368-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Veranstaltungsgesetz 1997 geändert wird

./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Mag. Ragger (S. 5179)

Redner: Holub (S. 5179), Stark (S. 5180), Mag. Cernic (S. 5180)

Abänderungsantrag von Abgeordneten des F-Klubs, des SPÖ-Klubs und des ÖVP-Klubs (S. 5181)

Einstimmige Annahme (S. 5182)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 5182)

2. Ldtgs.Zl. 246-21/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999 geändert wird

./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Seiser (S. 5182)

Redner: Holub (S. 5182)

Einstimmige Annahme der 2. und 3. Lesung (S. 5183)

3. Ldtgs. Zl 162-19/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Jagdgesetz 2000 geändert wird

./.. mit Gesetzentwurf

Berichterstatter: Lutschounig (S. 5183)

Redner: Schlagholz (S. 5184), Dr. Lesjak (S. 5185), Schwager (S. 5186), Ing. Hueter (S. 5188), Mag. Cernic (S. 5189), Ing. Scheuch (S. 5190)

Mehrheitliche Annahme der 2. und 3. Lesung (F: ja, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: ja, Schwager: nein) (S. 5190, 5193)

4. Ldtgs.Zl. 356-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Schule betreffend Ausbildung für Bademeister

Berichterstatterin: Mag. Trodt-Limpl (S. 5193, 5196)

Redner: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5193), Holub (S. 5194), Tauschitz (S. 5195), Mag. Dr. Kaiser (S. 5195)

Einstimmige Annahme (S. 5196)

5. Ldtgs.Zl. 95-13/29:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Lesjak betreffend Umsetzung der Lissabon-Strategie (S. 5196)

Mitteilung des Einlaufes (S. 5171, 5197)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 5171, 5197)

1. Ldtgs.Zl. 293-12/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Teuerungsausgleich

Zur Begründung der Dringlichkeit: Warmuth (S. 5172)

Zur Dringlichkeit: Dr. Prettnner (S. 5172), Tauschitz (S. 5173)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: nein, Grüne: nein, Schwager: nein) (S. 5174)

Zuweisung: Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport (S. 5174)

2. Ldtgs.Zl. 236-4/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Gebührenstopp und Aufhebung des Belastungspaketes von BZÖ und SPÖ aus dem Jahre 2005

Zur Begründung der Dringlichkeit: Ing. Hueter (S. 5174)

Zur Dringlichkeit: Willegger (S. 5175), Seiser (S. 5175)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: nein, ÖVP: ja, Grüne: ja, Schwager: nein) (S. 5176)

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr (S. 5176)

3. Ldtgs.Zl. 66-25/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Entwicklungsagentur Kärnten – 3 Vorstände für eine Mini-Gesellschaft; Rücknahme der Entscheidung

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Dr. Kaiser (S. 5176)

Zur Dringlichkeit: Tauschitz (S. 5177), Dr. Strutz (S. 5178)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: ja) (S. 5179)

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr (S. 5179)

4. Ldtgs.Zl. 188-10/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Stromversorgungsleitung nach Metnitz als Erdkabel

Zur Begründung der Dringlichkeit: Lutschounig (S. 5197)

Zur Dringlichkeit: Warmuth (S. 5197), Strauß (S. 5198)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5199)

Rednerin: Dr. Lesjak (S. 5199)

Einstimmige Annahme (S. 5199)

5. Ldtgs.Zl. 81-27/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend sofortige Übertragung von Landesbeteiligungen an die Kärntner Landesholding

Zur Begründung der Dringlichkeit: Tauschitz (S. 5199)

Zur Dringlichkeit: Dr. Strutz (S. 5200), Mag. Dr. Kaiser (S. 5201)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: ja) (S. 5201)

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa (S. 5201)

6. Ldtgs.Zl. 328-6/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend restlose Aufklärung betreffend Projekt „Kärnten-Dorf“ in Banda Aceh und Übernahme der Verantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haider

Zur Begründung der Dringlichkeit: Mag. Grilc (S. 5202)

Zur Dringlichkeit: Mag. Trannacher (S. 5202), Mag. Ragger (S. 5203)

Zur tatsächlichen Berichtigung: Mag. Grilc (S. 5204)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: nein, SPÖ: ja, ÖVP: ja, Grüne: ja) (S. 5204)

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa (S. 5204)

7. Ldtgs.Zl. 374-1/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend lückenlose Aufklärung der Vorfälle im Innenministerium

Zur Begründung der Dringlichkeit: Dipl.-Ing. Gallo (S. 5204)

Zur Dringlichkeit: Schober (S. 5205), Mag. Grilc (S. 5206)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 5207)

8. Ldtgs.Zl. 374-3/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des

F-Klubs betreffend Tschad-Einsatz

Zur Begründung der Dringlichkeit: Zellot (S. 5207)

Zur Dringlichkeit: Tauschitz (S. 5207), Schober (S. 5208)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit (F: ja, SPÖ: nein, ÖVP: nein, Grüne: ja) (S. 5209)

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa (S. 5209)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 5209)

C) Schriftliche Anfragen (S. 5211)

Beginn: Donnerstag, 7.2.2008, 09.03 Uhr

Ende: Donnerstag, 7.2.2008, 14.24 Uhr

Beginn der Sitzung: 09.04 Uhr

V o r s i t z: Erster Präsident **Lobnig**, Zweiter Präsident **Ferlitsch**, Dritter Präsident **Dr. Strutz**

A n w e s e n d: 36 Abgeordnete

A m R e g i e r u n g s t i s c h: Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Dr. Schaunig-Kandut**, Landesrat **Ing. Rohr**, Landesrat **Dr. Schantl**, Landesrat **Dipl.-Ing. Scheuch**

S c h r i f t f ü h r e r: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren Abgeordnete! Ich begrüße Sie zur 56. Sitzung des Kärntner Landtages, eröffne diese und heiße Sie herzlich willkommen! Ich heiße auch die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuhörertribüne herzlich willkommen, allen voran die Schülerinnen und Schüler der HBLA Klagenfurt unter der Begleitung von Frau Professor Dr. Ragoss-

nig! Herzlich willkommen hier im Hohen Hause! (*Beifall im Hause.*) Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt Herr Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, er weilt in Wien, Herr Erster Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Dörfler sowie Landesrat Dr. Josef Martinz, der in Brüssel weilt. Ich darf auch die Vertreter auf der Regierungsbank herzlich begrüßen! Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut sowie Herr Landesrat Dr. Schantl, Landesrat Ing. Reinhart Rohr und Landesrat Dipl.-Ing. Uwe Scheuch. Herzlich willkommen hier im Hohen Haus! Weiters heiße ich herzlich willkommen Herrn Landesamtsdirektor Dr. Reinhard Sladko sowie den Vertreter der Verfassungsabteilung, geschäftsführenden Vorstand Dr. Glantschnig sowie die werte Fachbeamtschaft und herzlich willkommen auch die Vertreter der Länderkammer, die Bundesräte, die heute ebenfalls vollzählig bei der Sitzung anwesend sind. Der Landtag ist beschlussfähig. Wir kommen nunmehr am Beginn dieser Sitzung zur

Lobnig

Fragestunde

Ich komme zur Aufrufung der 1. Anfrage:

1. Ldtgs.Zl. 406/M/29:

**Anfrage des Abgeordneten Schober
an Landesrat Ing. Rohr**

Ich ersuche ihn, die Frage zu stellen. Bitte!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler auf der Zuhörertribüne!

Herr Landesrat! Unter welchen Bedingungen werden Sie die Bedarfszuweisungsgespräche 2008 mit den 132 Kärntner Gemeinden führen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Meine geschätzten Regierungskollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Zuschauertribüne! Geschätzter Abgeordneter Schober! Es ist so, dass ich vor drei Jahren, als ich im März oder April 2004 Gemeindeferent geworden bin, eine Situation vorgefunden habe, die letztlich 15 Prozent generell Kürzungsbestimmungen des BZ-Rahmens in sich getragen hat, die am Ende der Verhandlungen 49 Abgangsgemeinden in sich getragen hat. Das war eine Entwicklung, die ich als Gemeindeferent einbremsen und der ich entgegen steuern wollte, weil für mich vollkommen klar war, wenn die Zahl der Abgangsgemeinden steigt, steigt natürlich auch die finanzielle Anforderung gehörig und damit verbunden wird der disponible Spielraum in der Verteilung kleiner. Damit verbunden werden natürlich auch die Investitionsspielräume durch die Gemeinden reduziert, weil sie weniger disponible Bedarfszuweisungsmittel zu erwarten haben. Daher habe ich gesagt, wir müssen dagegen steuern. Wir haben also das BZ-Objektivierungsmodell entwickelt, das im Wesentlichen auf die wirtschaft-

lichen Rahmenbedingungen der Gemeinden abstimmt. Dort ist im Wesentlichen enthalten, dass die Besiedelungsdichte im dauerbesiedelten Raum ein Verteilungskriterium ist. Dünne Besiedelung, weniger Menschen in der Fläche, heißt höhere Kosten in der Bewältigung der Infrastruktur der Gemeinde, daher auch entsprechend höhere Zuschläge bei den Bedarfszuweisungenverteilungen. Ein Thema ist natürlich die Frage der Zentrumsfunktionen von Gemeinden. Nach dem Raumordnungsgesetz 1991 gibt es eine entsprechende Verordnung, wo bestimmte Gemeinden in Kärnten als Zentren, Mittel- und Unterzentren definiert sind. Dort gibt es natürlich entsprechende Zuschläge, weil diese Gemeinden für die Umlandgemeinden auch entsprechende Aufgabenstellungen wahrnehmen. Dann gibt es den Finanzkraftausgleich für jene Gemeinden, die unter der durchschnittlichen Finanzkraft der Kärntner Gemeinden liegen und auf den Durchschnitt aller Kärntner Gemeinden einen finanziellen Zuschlag bekommen.

Bei der Umlagenbelastung ist es auch so, dass die Gemeinden, die über dem Durchschnitt aller Kärntner Gemeinden belastet sind, entsprechende Zuweisungen bekommen auf die durchschnittliche Belastung der Kärntner Gemeinden. Unabhängig von der Größe der Gemeinde, sondern wirklich abgestimmt auf die wirtschaftlichen Eckdaten versuchen wir, mehr Gerechtigkeit in der Verteilung zu platzieren. Und das Schöne ist, dass es im Jahr 2007 gelungen ist, tatsächlich unter 20 Abgangsgemeinden zu kommen! Wir haben das Abgangsdeckungserfordernis um sechs Millionen reduzieren können, wir haben dadurch natürlich mehr Verteilungsmittel für alle Gemeinden zur Verfügung. Die günstige Einnahmenentwicklung ermöglicht es auch bei den Ertragsanteilen, dass wir die BZ-Rahmen des heurigen Jahres gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent aufstocken können, das heißt, alle Gemeinden sind heute schon Profiteure dieses neuen Objektivierungsmodelles.

Was ich heuer ganz besonders getan habe, ist, dass ich gesagt habe, ich möchte das Wahljahr 2009, wo Landtags-, Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen aller Voraussicht nach in ei-

Ing. Rohr

nem stattfinden werden, nicht durch Verhandlungen im Wahlkampf stören, sondern ich denke, da sollten alle "wahlkämpfen" und um ihr „Leiberl“ laufen. Auf der anderen Seite gibt es für die Gemeinden schon am Beginn des Jahres die Sicherheit, dass sie 2009 bereits im Jänner mit entsprechender Zustimmung in der Regierung und mit entsprechender Verständigung wissen, was sie an finanziellen Mitteln für das laufende Jahr verfügbar haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!)* Also erstmalig in der Geschichte der Kärntner Gemeinden Verhandlungen über zwei Jahre und ich denke, das bewährt sich sehr gut, kommt bei den Bürgermeistern sehr gut an. Ich darf also sagen, dass diese Form des Objektivierungsmodells es den Gemeinden möglich macht, sich den Rahmen in etwa selbst zu errechnen und damit zweitens natürlich auch die zu erwartenden Mittel entsprechend zu gewichten und die Prioritäten zu setzen, damit die Gemeinden längerfristig planen können. Ich denke, das ist auch im Interesse *(Vorsitzender: Bitte zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!)* der geforderten Finanzwirtschaft der Gemeinden, dass sie in der Lage sind, mit dem Geld, das ihnen zur Verfügung steht, dann auch tatsächlich wichtige Projekte im Interesse der Bevölkerung umzusetzen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten des BZÖ eine Zusatzfrage? – Bitte, Frau Abgeordnete Warmuth hat sich gemeldet. Bitte die Frage zu stellen!

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Geschätzter Herr Landesrat! Nach Ihren sehr plakativen Darstellungen betreffend Besserstellung der Gemeinden habe ich doch Sorge in Bezug auf die soziale Entwicklung und die Abwanderung im ländlichen Raum.

Ich frage Sie daher: Wie lässt es sich für Sie als verantwortlicher Gemeindereferent vereinbaren, dass ausgerechnet in Abwanderungsgemeinden wie beispielsweise Weitensfeld und Mühldorf Kindergärten geschlossen werden?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzte Frau Abgeordnete Warmuth! Ich denke, dass wir, was die Abwanderungstendenzen in den ländlichen, vor allem in den Randregionen betrifft, einiges dagegen tun müssen. Wir müssen versuchen, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinden so zu gestalten, dass die Infrastruktur und die Lasten der öffentlichen Infrastruktur für den einzelnen Bürger nicht so erdrückend werden, dass er sagt, ich siedele lieber ab in die Stadt. Aber ich denke mir auch eines, Frau Abgeordnete, im Bereich der sozialen Gewichtung gibt es ja Kopfquoten in Kärnten, wo man über die entsprechenden gesetzlichen Mechanismen auch mit landesgesetzlichen Bestimmungen einen Beitrag in ein Solidarsystem leistet. Gerade wir Sozialdemokraten waren dafür, auch die Schlüssel in der Sozialfinanzierung im Interesse der Gemeinden von 60 : 40 nach Möglichkeit auf 50 : 50 nach unten zu reduzieren.

Aber zum Kindergarten – wenn Gemeinden Kindergärten zusperren, Frau Abgeordnete, dann muss ich Ihnen eines sagen: Gerade bei den heurigen BZ-Gesprächen haben wir ein großes Problem. Die Landespolitik schert sich relativ wenig – und da muss ich sagen, da ist der Kindergartenreferent wirklich gefordert – man plakatiert € 75,- für die Fünf- bis Sechsjährigen, damit sie auch verpflichtend das fünfte Kindergartenjahr besuchen können, man bedient sich mit Hilfe von Vereinen noch einmal einer zusätzlichen Struktur, um den Gratiskindergarten für Drei- bis Vierjährige zumindest halbtags sicher zu stellen, aber es sagt niemand dazu, was den Gemeinden für die Bereitstellung einer Kindergartenengruppe tatsächlich an Kosten anfällt. Frau Abgeordnete! Ich darf Ihnen sagen, das sind zwischen 35.000,- und 45.000,- Euro pro Kindergartenengruppe, die die jeweilige Gemeinde dafür zu leisten hat, dass überhaupt ein Kindergarten betrieben wird. Und jetzt kommen wir in folgende Situation und da denke ich, wird die Landespolitik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen müssen: Aufgrund der Ankündigung, dass jetzt die Drei- bis Vierjährigen jetzt gratis zumindest halbtags in den Kindergarten gehen können, wird natürlich der Druck in den Gemeinden draußen, die gerade eine oder zwei Gruppen voll besetzen können, größer und dann kommen drei oder vier Kinder dazu.

Ing. Rohr

Jetzt sind die Gemeinden in dem Zwang, dann eine weitere Gruppe aufzusperren. Und das bei vier Kindern! Wenn man das auch auf der Kostenebene umlegt, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dann bekommen die Gemeinden ein gehöriges Problem. Da denke ich auch, dass die ganze Kindergartenoffensive - so wichtig sie pädagogisch für die Kinder ist, für die Fünf- bis Sechsjährigen, sozusagen auch vorschulisch entsprechend auf die Schule vorbereitet zu werden -, bei all diesen Fakten ist es aus meiner Sicht aber unabdingbar notwendig, dass wenn man sagt, ein Bekenntnis, Drei-, Vierjährige kostenfrei in den Kindergarten, man auch flankierend die entsprechenden Mittel für die Gemeinden bereit stellt, dass sie die Instrumente in die Hand bekommen, dieses Angebot dann auch tatsächlich umzusetzen.

Denn eines ist auch vollkommen klar: Wenn diese Rahmenbedingungen nicht gewährleistet sind, dann werden die Gemeinden trotz Anfrage und Nachfrage es nicht schaffen, hier das entsprechende Angebot zu bieten. Vielleicht – und das empfehle ich den Gemeinden! – ist auch darüber nachzudenken, dass man sozusagen versucht, Gemeindegrenzen übergreifend, entsprechende Betreuungseinrichtungen zu konzentrieren, damit einfach das Angebot und die Nachfrage befriedigt werden. Wenn die Gemeinden mit der Aufgabenstellung allein gelassen werden, werden sie das finanziell nicht bewältigen können. Dann, denke ich mir, hat die Landespolitik da einfach ein neues Problem geschaffen, das von der Ebene der Landespolitik auf die Kommunalpolitik abgewälzt wurde und dort nicht befriedigt werden kann. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Von der ÖVP-Fraktion hat sich Herr Abgeordneter Lutschounig für eine Zusatzfrage gemeldet. Ich bitte, diese zu stellen!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler auf der Zuschauertribüne! Nachdem

jetzt offenbar bei den ersten fünf Fragen „Rohr-Festspiele“ stattfinden, denn von den eigenen Leuten wird der Referent befragt. Eine Zusatzfrage, Herr Landesrat, Sie sind ja eigentlich der Nutznießer der Erhöhung der Ertragsanteile, und der Gemeindereferent hat somit mehr Geld zur Verfügung, das er verteilen kann. Aber jetzt: Was gedenken Sie eigentlich zu machen? In Kärnten gibt es viele, aber im Konkreten gibt es eine Oberkärntner Gemeinde, die jetzt zusätzlich 21.000 Euro mehr bekommt, aber 11.000 Euro Krankenhausabgang bzw. 9.000 Euro für Erhöhung der Sozialausgaben praktisch die ganzen Ertragsanteile die Erhöhung auffrisst. Was gedenken Sie eigentlich zu unternehmen, um diese, speziell von euch Sozialdemokraten verwalteten Referate auch in der Zukunft von Seiten der Gemeinde finanzierbar zu machen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Lutschounig, ich meine als Gemeindereferent - Finanzreferent, da ist jetzt der Freud ein bisserl dabei gewesen, noch 2009 dann -, aber als Gemeindereferent, Herr Abgeordneter Lutschounig, darf ich Ihnen sagen, freue ich mich natürlich über Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen. Aber ich bin nicht der Nutznießer davon, weil ich natürlich versuche, diese Ertragsanteile eins zu eins für wichtige Projekte in den Gemeinden weiter zu geben. Wie Sie schon gehört haben: 15 % sind heuer im Rahmen der BZ-Verhandlungen im BZ-Rahmen aufgestockt worden, weil einfach mehr Mittel frei sind, dort weniger Abgangsdeckungserfordernis, weil mehr Mittel verfügbar sind: durch entsprechend höhere Ertragsanteile.

Wenn es darum geht, die Sozialhilfe und die Krankenanstaltenfrage zu diskutieren, dann möchte ich natürlich in diesem Zusammenhang schon ganz klar feststellen: Da geht es um viele, viele Tausende Arbeitsplätze, die in diesem Land bereit gestellt werden, für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung, für eine flächendeckende Betreuung und Sozialeinrichtungen auch gerade für die ältere Generation, für die Menschen, die einfach sozusagen auch auf die Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen sind.

Ing. Rohr

Ich muss Ihnen auch sagen: Wenn es darum geht, solche Einrichtungen neu zu schaffen, dann stellen Sie einmal bei der Kollegin Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig die Frage, wie viel tatsächlich an Betten dazu gebaut wurde. Sie kann Ihnen das beantworten. Sie kann Ihnen auch beantworten, wie viele Arbeitskräfte dadurch mehr im Land Arbeit, Einkommen und natürlich auch berufliche Sicherheit haben. Aber sie wird Ihnen auch berichten können – und natürlich auch als Gemeindeferent wird dieser Wunsch auch an mich heran getragen -, dass nach Möglichkeit jede Gemeinde am liebsten selbst so eine Einrichtung hätte. Jetzt verstehe ich natürlich den Wunsch, weil jede Gemeinde auch sagt: „Die Bürger, die bei mir leben und alt werden, hätte ich gerne, sozusagen auch als Bürger und Bürgerin in der Zukunft.“ Die Menschen sollten in ihrem natürlichen Lebensumfeld, wo sie ein Leben lang gelebt haben, auch – wenn sie betreut werden müssen – letztlich ihren Lebensabend konsumieren und genießen können. Trotzdem wird man natürlich bei einer derartigen Sichtweise darauf schauen müssen, dass man zumindest regionsweise dieses Angebot sicherstellt und die Kosten in einem vertretbaren Rahmen, aber ich denke, auch in einem politisch klaren Rahmen hält, wo alle sich dazu bekennen sollten, dass eben soziale Einrichtungen auch von der öffentlichen Hand zu finanzieren sind und dadurch auch im Umlagenwege und im Umverteilungswege solidarisch mit den Gemeinden, dem Land und den Bundesmitteln finanziert werden sollten und diese auch in der Form als wichtige Infrastruktur im Land vorhanden sein sollten.

Ich denke, wir haben – ich habe es schon gesagt – uns bemüht, auch die Gemeindeanteile entsprechend zu reduzieren, in der Sozialhilfeumlage, nämlich von 60 gegen 50 herunter, jetzt jährlich 2 bzw. 1 Prozent. Ich glaube, wir sind derzeit bei 56 Prozent zu 40 Prozent. Das geht bis 2009 noch entsprechend zurück.

Bei der Krankenanstaltenfinanzierung da war es die Landespolitik, die mit den Gemeinden umgestellt hat, sozusagen nicht auf direkte Abgangsfinanzierung, sondern auf die Darlehensfinanzierung. Dort gibt es das Versprechen der Landespolitik, wenn die Verhältnismäßigkeit, die bei der Umstellung im Jahr 2000 gegeben war, nämlich die anteilige Gemeindefinanzierung zum damaligen Zeitpunkt im Verhältnis wieder er-

reicht wird, dass für die Krankenanstaltenfinanzierung das Maß darüber hinaus vom Land entsprechend an Mehrkosten übernommen wird. Ich denke, diese Garantie ist verbrieft. Da gibt es entsprechende Briefe an den Städtebund, an den Gemeindebund, vom damaligen Finanzreferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Pfeifenberger. Da gibt es auch das einstimmige Bekenntnis des Landtages, dass (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) dies erfolgt. Ich gehe davon aus, dass das, was vor sieben oder acht Jahren vereinbart wurde, auch für die Zukunft hält und wir damit für die Gemeinden, sage ich einmal, in großer Verantwortung auch den Sozial- und Gesundheitsbereich für die Zukunft finanzieren und dieser nicht zur unbewältigbaren Last wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Nun hat der Fragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. – Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Landesrat, nachdem ich von den vielen Vertretungen hier Ihren Terminkalender kenne, der in den letzten Tagen übertoll war, und ich weiß, dass Sie ja die Gemeinden nicht zu sich ins Büro bitten, sondern hinaus fahren, frage ich Sie: Wie viele Gemeinden haben Sie bisher schon abgewickelt?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter Schober! Wenn man so den Verhandlungsmarathon beginnt, immer so um den 20. Jänner (heuer konkret am 23. Jänner) und 132 Gemeinden am Terminplan vor sich hat, dann ist das ein beträchtlich großer Berg, den man hier beginnt, zu beschreiten. Inzwischen haben wir bereits 48 Gemeinden verhandelt. Ich war gestern im Bezirk Klagenfurt-Land, in der Gemeinde Pörtschach. Dort haben wir bis auf eine Gemeinde die Gemeinden des Bezirkes Klagenfurt-Land alle abgearbeitet. Unter anderem war auch der Abgeordnete und Bürgermeister von Reifnitz mit seinem Gemeindevorstand und mit seinen Amtsverantwortlichen an meinem Verhandlungstisch. Ich denke,

Ing. Rohr

dass die Atmosphäre, dass die Gesprächsfähigkeit zu den Gemeindemandataren, zu den Bürgermeister in hervorragender Weise gegeben ist. Sigi Kampl, als Bürgermeister von Gurk, sitzt auch da und war schon mit am Verhandlungstisch. Gerhard Mock hat auch schon im heurigen Jahr mit mir verhandelt, für die Jahre 2008 und 2009. Ich denke, alle können bestätigen, dass das, was ich da ausgeführt habe, auch tatsächlich real in den Verhandlungen eingetreten ist.

48 Gemeinden sind verhandelt. Am 20. März soll sozusagen der letzte Verhandlungstag sein. Mit 1. April oder zumindest Anfang April, je nach Termin der Regierungssitzung, werden alle Gemeinden auch die rechtsverbindlichen Zusagen haben, was sie für das Jahr 2008 und natürlich auch für das Jahr 2009 – das sozusagen rechtsverbindlich fest gemacht – am Beginn des Jahres 2009 an Finanzzuweisungen zu erwarten haben. Damit können sie wichtige Projekte angehen. Damit können sie die Wirtschaft ankurbeln. Die Gemeinden sind mit 60 Prozent Anteil am gesamtöffentlichen Auftragsvolumen wichtiger Investitionsmotor, sind ganz, ganz wichtige Partner für die österreichische, für die heimische Wirtschaft, für den Arbeitsmarkt, für die Konjunktur. Daher, denke ich, müssen wir einfach schauen, dass diese Rahmenbedingungen optimiert gegeben sind. Nach meinem Dafürhalten und meinem Plan denke ich auch, dass das tatsächlich so gegeben ist und dass ich da wirklich der verlässliche Partner der Gemeinden im Land bin. Ich würde mir wünschen, dass es in anderen Bereichen der Finanzpolitik des Landes auch diese Berechenbarkeit, diese Handschlagsqualität geben würde, denn dann wäre es in vielen Bereichen im Land um vieles besser bestellt! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Nun kommen wir zur nächsten Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 407/M/29:**Anfrage des Abgeordneten Vouk an Landesrat Ing. Rohr**

Ich bitte, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuhörerinnen, liebe Zuhörer! Wenn mein Vorfragesteller gemeint hat: „Das sind Rohr-Festspiele“, so behaupte ich, das steht dem Landesrat Reinhart Rohr auch zu, denn er ist ein Partner der Kärntner Gemeinden, der fern von Parteipolitik Bedarfszuweisungsverhandlungen durchführt. *(Abg. Lutschounig: Ist er aus der SPÖ ausgetreten?! – Lärm im Hause.)* Dies ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger, Kollegen Wurmitzer, der noch knapp vor den Landtagswahlen 2004 sich bemüht gefühlt hat, BZ-Verhandlungen durchzuführen. Ich gratuliere Landesrat Rohr für diese Vorgangsweise! Ich denke, er ist eigentlich ein Vater der Kärntner Gemeinden. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Geschätzter Herr Landesrat! Sie arbeiten als Gemeindereferent seit einiger Zeit am Projekt „Digitalisierung des Straßennetzes in den Kärntner Gemeinden“. *(Zwiegespräche und Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* Wie weit ist dieses Projekt fortgeschritten? *(Vorsitzender: Ich bitte um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit! Bitte, Herr Landesrat, Sie sind am Wort!)*

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Vouk, ich bedanke mich auch für die Anerkennung und das wirklich ehrliche Lob, weil ich weiß, dass das nicht nur aus den Reihen meiner Bürgermeister kommt, sondern durchaus auch Partei übergreifend andere Bürgermeister das genau so sehen. Aber ich denke, es ist eines noch viel, viel wichtiger. Um zu diesen Fakten zu kommen, ist es einfach wichtig, dass man auch die Dinge andenkst, dass man Reformen überlegt, dass man Projekte angeht, dass man darüber nachdenkt: „Wie können wir sozusagen die Rahmenbedingungen in der politischen Bewertung, in der politischen Bearbeitung entsprechend verbessern?“ – So ist es auch mit dem Netz der Gemeindestraßen.

Sie haben mich gefragt, wie weit das Projekt bezüglich der Digitalisierung der Gemeindestraßen gelaufen ist. Ich darf Ihnen sagen, dass ich

Ing. Rohr

bemüht bin, zur Unterstützung der Gemeinden bei der Einreihung der öffentlichen Verkehrsflächen das Projekt „Digitalisierung des kommunalen Wegenetzes“ entsprechend voranzutreiben. Wir haben dieses Projekt im Jahr 2005 gestartet. Im Rahmen dieses Projektes wird das gesamte kommunale Straßen- und Wegenetz in digitaler Form erfasst. Dazu werden Orthofotos und Luftbilder herangezogen. Unter Zugrundelegung der Orthofotos sowie weiteren Kartenmaterials werden dann die Weglinien von Mitarbeitern des Kärntner Regionalfonds in dem geografischen Informationssystem „GIS“ entsprechend eingezeichnet und eingearbeitet. Anhand dieser digitalen Kartenübersicht ist es den Gemeinden nun möglich, die kommunalen Straßen und Wege den Vorgaben auch des Kärntner Straßengesetzes 1991 entsprechend einzureihen und auch textuell entsprechend aufzubereiten und aufzuarbeiten. Nach Abschluss dieses Prozesses sind dann die Voraussetzungen für die Kategorisierungen und die Verordnungserlassung der Kategorie nach dem Straßengesetz in den jeweiligen Gemeinden gegeben.

Man muss ehrlicherweise sagen, dass dieses Thema „Kategorisierung des Straßennetzes in den Gemeinden“ jetzt in weniger Gemeinden wahrgenommen und ernst genommen worden ist. In vielen haben wir da einen Bestand aus den Fünfzigerjahren aufzuarbeiten gehabt.

Ich glaube, wenn man für die Finanzierung dieses Straßennetzes Instrumente schafft und neu andenkt, dann ist es notwendig, dass wir auch die entsprechenden Grundlagen zur Verfügung haben. Das Projekt Digitalisierung kommunales Wegenetz gliedert sich in mehrere Projektphasen. Die Phase 1 war die Information und die Schulung in den Gemeinden. Bei entsprechenden Informationsveranstaltungen und Gemeindebesuchen ist Aufklärung darüber gegeben worden, was die Grundlagen für die Erarbeitung des digitalen Wegenetzes sein sollen. Die Phase 2 war die digitale Erfassung und Aufbereitung der Straßen und Wege, geographisch, textuell und qualitätsoptimiert. Dort haben uns – und da haben wir eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Fachhochschule in Villach gehabt – Ferrial- und Pflichtpraktikanten, die bei uns Teilzeitpraxis gemacht haben geholfen, die entsprechenden Grundlagen zu erarbeiten. Die Phase 3 ist die Plausibilitätsprüfung, also die Prüfung des Kategorieentwurfes aufgrund der gesetzlichen

Grundlagen, die Abgleichung zwischen dem Regionalfonds und den Gemeinden. Die Phase 4 ist die Kategorisierung mittels Gemeindeverordnung, die Einreihung als Gemeindestraße, als Ortschafts- und Verbindungsweg durch den Beschluss des jeweiligen Gemeinderates.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Projekt Digitalisierung des kommunalen Wegenetzes soweit fortgeschritten, dass das gesamte kommunale Straßen- und Wegenetz in Kärnten digital erfasst ist, der Großteil der Kärntner Gemeinden dadurch (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) die Aufbereitung des kommunalen Wegenetzes im KAGIS geographisch und textuell bereits vorgenommen hat. Das ist ja dann auch für viele andere Planungsmaßnahmen verfügbar. Die Plausibilitätsprüfung und die Prüfung des Kategorisierungsentwurfes auf Gesetzeskonformität als Serviceleistung des Kärntner Regionalfonds ist in einigen Gemeinden bereits eingeleitet bzw. durchgeführt. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass mit dem Projekt Digitalisierung des kommunalen Wegenetzes die technischen und fachlichen Voraussetzungen geschaffen worden sind, damit die Kärntner Gemeinden in absehbarer Zeit in Zukunft – österreichweit einzigartig – ein elektronisches System der Straßenkategorisierung zur Verfügung haben. Ich denke, da sind wir (*Vorsitzender: Ich bitte zum Schluss zu kommen! Wir sind schon 20 Sekunden über der Redezeit!*) den anderen Bundesländern um die berühmte „Nasenlänge“ voraus! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der BZÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – (*Abg. Ing. Haas meldet sich zur Zusatzfrage.*) Herr Abgeordneter Ing. Haas, bitte!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Nachdem du den technischen Vorgang sehr schön herunter gelesen hast, lieber Herr Landesrat, stellt sich mir trotzdem noch eine Frage:

Nach welchen Grundsätzen und Richtlinien wird dieses Projekt eigentlich durchgeführt?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Haas! (*Abg. Ing. Haas: Richtig!*) Ich denke, dass es wichtig ist, dass man zuerst einmal, das ist klar, die technischen Voraussetzungen für ein funktionierendes System schafft, das dann später in der praktischen Anwendung auch tatsächlich praxisorientiert anwendbar ist. Die Grundlage ist die derzeit gültige und bestehende Kategorisierung. Das ist die Grundlage, das wird einmal eingearbeitet. Ich habe jetzt jede Straße, jeden Weg in jeder Gemeinde digital erfasst. Es ist ganz interessant – und das betrifft mit Sicherheit nicht unbedingt sozialdemokratische Bürgermeister – aber du kannst in Kärntner Gemeinden über die geschichtlichen Epochen, wenn man auf dieses digitale Bild schaut, durchaus verfolgen aus welcher Familie der Bürgermeister gekommen ist, weil auf einmal führt zu Höfen, wo eigentlich Hofzufahrten sind, eine Gemeindestraße hin. Ich denke mir, das ist generell genau der Fehler in diesem System. Das muss man entsprechend verbessern, das muss man auch den Ordnungsprinzipien und den gesetzlichen Grundlagen entsprechend anpassen, damit man sagen kann: Wo ist eine Gemeindestraße? Welchen Zweck erfüllt eine Gemeindestraße? Welche überörtliche Funktion hat diese Straße? Wo ist ein Ortschafts- und Verbindungsweg? Was sind alle anderen Straßen und Wege? Wenn man dieses Straßen- und Wegegeflecht dann auch so zugeordnet hat, dass es flächendeckend allen Kriterien in allen Gemeinden in etwa gleich entspricht, dann ist es dort auch möglich Förderbedingungen für Investitionsmaßnahmen im Bereich des Straßen- und Wegenetzes aufzusetzen, dann ist es dort möglich Förderbedingungen für Generalssanierungen, für Neubauten, für entsprechende Ausbauten aufzusetzen. Ich denke mir, das ist ja das Ziel. Ich will nicht als der beliebteste Politiker in die Geschichte Kärntens eingehen, (*Abg. Lutschounig: Du meinst wohl: Als der beliebteste Politiker!*) sondern ich will als der Politiker in Kärnten in die Geschichte dieses Landes eingehen, zumindest für die Zeit, in der ich diese Verantwortung trage, sodass ich sagen kann: Wir haben klare Ordnungsprinzipien, wir haben klare Regeln entwickelt. Und wer die Ordnungsprinzipien und die Regeln einhält, der hat dann am Ende auch die Chance, dass er mit Unterstützung des Landes die Infrastruktur im Interesse der Menschen entsprechend

verbessern und schaffen kann. Das ist ein ganz wichtiges Gebot, das sich die Politik auch selbst geben kann. Bei Beliebigkeit ist ein Fleckerlteppich gemacht. Wenn man Ordnungsprinzipien hat, dann kann man sagen, man kann Prioritäten setzen, man kann gewichten, man kann abarbeiten. Dass das Ganze natürlich bei einem Wegenetz in den Gemeinden ein Programm ist, das nicht nur auf eine Periode geht, sondern vielleicht auf zwei und drei Perioden, das brauche ich dir als Baufachmenschen nicht sagen. Wenn man aber einmal den Beginn setzt und die Dinge hier grundlegend so aufbereitet, dass in dem Bereich am Ende das Land und die Qualität gewinnen, dann haben wir politisch auch einiges bewältigen können! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall! Dann hat der Anfrager noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage, bitte!

Abgeordneter **Vouk** (SPÖ):

Herr Landesrat! Sie haben mit Ihrer Antwort bewiesen, dass Sie mit beiden Füßen im 21. Jahrhundert stehen, dass Digitalisierung nicht nur ein Schlagwort ist, sondern dass Sie es auch leben. Das hilft uns bei den Planungen und bei der Umsetzung in den Gemeinden sehr!

Herr Landesrat: Welche Maßnahmen werden Sie in Bezug auf die Förderungen des Straßen- und Wegebbaus und bei Sanierungen auf Basis dieser Ergebnisse treffen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Vouk! Natürlich werden wir jetzt, wenn dieser Prozess schrittweise umgesetzt wird, im Regionalfonds versuchen die Dinge im Kärntner Straßengesetz so anzupassen, dass sie praktikabel wieder zusammenpassen. Es wird notwendig sein im Kärntner Straßengesetz vielleicht die eine oder andere Vereinfachung herbeizuführen, damit wir in diesen Bereichen weniger Kategorien und trotzdem eine effiziente gesetzliche Fixierung haben. Zum Zweiten: Die,

Ing. Rohr

die die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen erfüllen, können dann auch davon ausgehen, dass sie von den Fördertöpfen ... , ob es jetzt der Regionalfonds ist, ob es dann in weiterer Folge auch die Asphaltierungsoffensive sein wird, wo ja heuer erstmalig Mittel im Budget zur Verfügung stehen. Das wird sich dann dort in den entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu erschöpfen haben. Wir haben vor, das Regionalfondsgesetz heuer noch mit einer Novelle im Landtag entsprechend zu behandeln, damit wir schon auf diese neuen Grundlagen, die uns zur Verfügung stehen, abstimmen. Ich denke, dass wir auch da wieder einen Schritt effizienter arbeiten können und letztlich auch die Gemeinden in die Lage versetzen, hier insgesamt eine bessere Dienstleistung zur Verfügung zu haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Somit kommen wir nun zur Anfrage 3:

3. Ldtgs.Zl. 408/M/29: Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landesrat Ing. Rohr

Ich ersuche ihn, die Frage zu stellen! Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren! Mit der Schaffung des Kärntner Regionalfonds wurde den Gemeinden ein Instrumentarium eröffnet, das es ermöglichen soll, die Gemeindestraßen, das Gemeindestraßennetz rascher, schneller, effizienter auszubauen und zu sanieren und das auch in kürzerer Zeit.

Ich frage Sie daher, Herr Landesrat: Wie viele Straßenkilometer und mit welchem Mitteleinsatz sind seit Bestehen des Kärntner Regionalfonds saniert bzw. errichtet worden?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter Schlagholz! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen

und Herren! Vielleicht grundsätzlich ein paar Bemerkungen zum Regionalfonds. Wie ist er entstanden und warum gibt es ihn? Als ich im Jahr 2004 unter schwierigen Rahmenbedingungen Gemeindereferent geworden bin, wurde der BZ-Rahmen generell um 15 Prozent gekürzt. Das war das Korsett, das mir mein Vorgänger Wurmitzer auferlegt hat. Ich habe also die restlichen Gemeinden, noch circa 50, fertig verhandelt. Ich bin in diesen Gesprächsrunden draufgekommen, dass es eigentlich völlig unbefriedigend ist, wenn Gemeinden Kanäle errichten und dann, wenn sie die Wege wieder herstellen oder sanieren möchten, sind sie finanziell kaum in der Lage, hier entsprechende Investitionsmittel aufzustellen. Da habe ich gesagt, da müssen wir ein Instrument schaffen, wo wir zusätzlich Finanzmasse aufstellen, die genau diese Investitionserfordernisse entsprechend möglich macht. Das ist natürlich etwas, was als längerfristiges Finanzierungsinstrument gesehen werden kann. Denn der Regionalfonds ist ja keine Direktfördereinrichtung, wo das Geld hinausgegeben wird und damit Geldgeschenke gemacht werden, sondern es ist eine reine Finanzierungseinrichtung, die zumindest kurzfristig mehr Finanzmittel bereitstellt, die dann im Regelfall über fünf Jahre wieder entsprechend abzarbeiten sind. Diesen Intentionen folgend hat der Kärntner Landtag am 16. Dezember 2004 das Kärntner Regionalfondsgesetz beschlossen. Ich bedanke mich bei allen Damen und Herren Abgeordneten, die diesen wichtigen Gesetzesbeschluss damals einhellig mitgetragen haben! Dieses Instrumentarium zur Förderung der regionalen Verkehrsinfrastruktur ist im Land Kärnten eingerichtet worden. Seit der Aufnahme der operativen Fondstätigkeit, das war im Juli 2005, ist der Fonds in seiner Wirkung gestanden. Ab dem Zeitpunkt sind Mittel bereitgestanden, wobei das erste Halbjahr durchaus gewisse Anlaufschwierigkeiten gehabt hat, in der Mitte des Jahres, zusätzlich Mittel anzusprechen. Da sind die Investitionsmaßnahmen in den Gemeinden meistens schon gelaufen gewesen, aber in jedem Fall war er seit Juli 2005 operativ verfügbar und in Funktion. Dann haben wir begonnen die Sanierung im Bereich des ländlichen Straßen- und Wegenetzes umzusetzen. Ich darf Ihnen sagen: Wir haben in dieser Zeit allein 23,6 Millionen an Förderungsdarlehen aus dem Kärntner Regionalfonds an die Kärntner Gemeinden vergeben, 23,6 Millionen Euro! Rechnen Sie das in Schilling um, dann

Ing. Rohr

wissen Sie, was da teilweise tatsächlich an Investitionsvolumen ausgelöst wurde! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Was das noch Interessantere ist: Es ist gelungen, insgesamt 430 Kilometer – überschlagsmäßig ungefähr die Strecke von Klagenfurt nach Nürnberg – ländliches Straßen- und Wegenetz entsprechend neu herzurichten und den zeitgemäßen Zustand für dieses Straßen- und Wegenetz zu schaffen.

Genau aufgegliedert schaut der Förderbereich folgend aus: Im Bereich der Gemeindestraßen sind es 91 Wegekilometer mit Förderdarlehen von 5,6 Millionen Euro. Im Bereich des ländlichen Wegenetzes – und damit ist es auch ein entsprechendes Ergänzungsprogramm zum Programm des Kollegen Martinz – sind 50 Kilometer umgesetzt worden mit Förderdarlehen von 2,5 Millionen Euro. Überregionale Radwege – da haben wir auch einiges zustandegebracht – sind in der Größenordnung von 44 Kilometern. Da ist das überregionale Radwegenetz in Kärnten mit einem Investitionsaufwand oder mit Förderdarlehen von 1,44 Millionen Euro erweitert worden, das ist nur ein Drittel Finanzierungsanteil. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Wenn man noch zwei Drittel dazurechnet, dann wissen Sie, was in den Bereich investiert wurde. Ortsdurchfahrten: 14 Kilometer oder 1,8 Millionen. Straßenbau nach Kanal: 230 Kilometer oder 12,2 Millionen Euro, also gesamt 430 Kilometer oder 23,6 Millionen Euro Förderdarlehen! Sie sind alle Politiker in Kärnten, am besten ist es, Sie schauen es sich vor Ort an! Ich empfehle Ihnen einmal in die Gemeinde Fresach zu fahren oder in die Heimatgemeinde des Abgeordneten Tiefnig (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte zum Schluss zu kommen!*) nach Irschen, dann werden Sie sehen, wie dieser Regionalfonds auch qualitätsverbessernd für die Dörfer, für die Ortschaften in unserem Land wirkt. Das ist der beste Beweis dafür, dass dieses Instrument wirkungsvoll ist! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der BZÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Ing. Haas!

Abgeordneter **Ing. Haas** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Nachdem auch dir, lieber Landesrat, bekannt sein müsste, dass das Landesstraßennetz L aufgrund des ständig steigenden Verkehrs, des schlechten Unterbaues vom Grunde her mit den im Budget vorhandenen Mitteln nicht entsprechend saniert und erneuert werden kann, wie es gebraucht wird, stellt sich mir natürlich eine ganz entscheidende Frage, die lautet:

Warum weigerst du dich, dass für die verstärkte Sanierung vorgesehene Mittel aus dem Zukunftsfonds hergenommen werden?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Haas! Ich könnte es mir jetzt leicht machen und könnte dir sagen, ich bin für die Landesstraßen nicht zuständig, daher frage dein Regierungsmitglied Landeshauptmann-Stellvertreter Gerhard Dörfler. Weißt du, die Gefahr ist natürlich, wenn man sich – und das bemerke ich beim Kollegen Dörfler schon – überhebt, indem man die Zukunft verpfändet, indem so große Projekte umgesetzt werden, und dann ruft, aus dem Zukunftsfonds soll das Geld, das im Straßenbaubudget nicht mehr vorhanden ist, dotiert werden, dass man dann nicht die Hoffnung zu haben braucht, dass das wieder einmal in den Zukunftsfonds zurückkommt. Daher denke ich, Zukunftsfonds ist Innovation, ist Ausbildung, ist Wirtschaftsförderung im weitesten Sinne, wenn es um den Bereich Forschung geht, aber Zukunftsfonds ist mit Sicherheit nicht damit verbunden, dass man sagt, dass man derartige Töpfe, die für andere Zwecke da sind, für grundlegende Infrastruktur – und eine Straße, ein Kanal, eine Wasserversorgung gehören zur grundlegenden Infrastruktur – ausräumt. Ich glaube vielmehr, der Kollege Dörfler wird, wenn er plausibel nachweist – und ich weiß, dass das so ist – dass das Landesstraßennetz L und B natürlich in vielen Bereichen sanierungsbedürftig ist ... Ich halte es für eine Schande, dass ich, wenn ich nach Zell Pfarre hinein fahre, ab Zell Freibach auf einer Schotterlandesstraße fahren muss! Wir sind im 21. Jahrhundert und es ist ja wirklich eine Schande, dass eine Gemeinde im Wege einer Landesstraße nur über eine Schotterstraße erreichbar ist und ich denke mir, da sollte der Kollege Dörfler vielleicht einmal ein biss-

Ing. Rohr

chen weniger inserieren, einmal ein bisschen weniger keilen, ein bisschen weniger Spaten verteilen, ein bisschen weniger auf Fototour unterwegs sein! Er sollte sich vielleicht einmal mit seinen Experten an seinen Schreibtisch setzen und vernünftige Modelle entwickeln. (*Abg. Trettenbrein: Das sagen die Richtigen! Na bravo! – Abg. Rossmann: Mah bitte!*) So wie wir auch zuerst darüber nachgedacht haben, als wir das Problem erkannt haben, dass Handlungsbedarf besteht. Dann haben wir den Landtag überzeugen können – und ihr wart alle mit dabei – dass in dem Bereich Erfordernisse umzusetzen sind und es ist gegangen.

Ich denke, das ist das Mindeste, was man von einem Politiker erwarten kann, dass er in seinem Zuständigkeitsbereich, dort wo er seine Verantwortung zu tragen hat, auch dafür sorgt, dass nicht schnell einmal ein paar Millionen aus einem Zukunftsfonds, die eigentlich für einen anderen Zweck eingesetzt werden sollten, ausgeräumt werden, sondern eine Finanzierung nachhaltig sichergestellt wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Hueter!

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Herr Landesrat! Grundsätzlich glaube ich auch, dass es nicht gescheit ist – so wie du richtig gesagt hast – eine Frage mit einer Gegenfrage zu beantworten, speziell dann, wenn es nicht in das eigene Referat geht. Ich glaube, dieser Regionalfonds ist eine sehr gute Einrichtung des Landes, ist auch für uns Gemeinden eine sehr große Hilfe und vor allem sind in Straßenbau und Kanal in den letzten Jahren 12 Millionen Euro eingebracht worden. Das ist grundsätzlich eine gute Sache. Meine Frage lautet nun:

Ist es von deiner Seite aus angedacht, dass das Land bei den Annuitätenrückzahlungen – die Gemeinden müssen jetzt über fünf Jahre plus zwei Prozent Zinsen dazu zahlen – bei den Zinsen einen Zuschuss, in welcher Form auch immer, gewährt?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Hueter! Ich kann dich beruhigen. Erstens einmal haben wir Rahmenbedingungen geschaffen, wo die Gemeinden wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie ein Darlehen im Regionalfonds verwenden. Der Zinssatz für die Gemeinden bleibt gleich. Das Zinsrisiko, das jetzt leider schon zum Tragen kommt, weil wir steigende Zinsen zu verzeichnen haben, trägt in der Finanzierung das Land. Das war seinerzeit auch so vereinbart, daher denke ich, es ist für die Gemeinden eine berechenbare Situation, ein Regionalfondsdarlehen in Anspruch zu nehmen, weil die Zinsen mit knapp zwei Prozent über fünf Jahre verteilt, nicht wirklich den Löwenanteil ausmachen. Ich denke, dass das durchaus in einer guten Verantwortung gegenüber den Gemeinden steht. Ihr habt volle Berechenbarkeit, ihr habt volle Sicherheit, dass die Kosten nicht davonlaufen, dass, wenn man am Anfang ein Geld aufnimmt, dann weiß ich wieviel mehr zurückzahlen ist, weil die Zinsen davon galoppieren. Das ist nicht der Fall. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Nun hat der Fragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Ich nehme diese Möglichkeit wahr und frage Sie, Herr Landesrat:

In diesem Jahr 2008 stehen Ihnen ja unter dem Deckmantel „Asphalt für Schotter“ zusätzlich vier Millionen Euro für die Sanierung von Gemeindestraßen zur Verfügung.

Nach welchen Richtlinien werden Sie denn diese Mittel aufteilen?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Schlagholz! Wir haben in den Budgetverhandlungen des Jahres 2008 beziehungsweise im Nachtrag 2007 sicherstellen können, dass vier Millionen Euro zusätzlich als Direktfördermittel für das Gemeindestraßennetz zur Verfügung stehen. Wir haben einen Richtli-

Ing. Rohr

nienentwurf ausgearbeitet, wo wir gesagt haben, wir können uns vorstellen, dass noch zu asphaltierende oder derart desolate Gemeindestraßen, dass sie de facto schon wieder dem Zustand von Schotterstraßen entsprechen, dass diese zu einem Drittel aus diesen vier Millionen direkt gefördert werden sollen. Das heißt also, vier Millionen sollen als Direktzuschuss in dieses Straßennetz gehen, ein weiteres Drittel sollte über den Regionalfonds finanziert werden können und ein weiteres Drittel müssen die Gemeinden liquid verfügbar haben, um die entsprechenden Vorhaben auch umzusetzen. Grundlage dafür wird auch sein, dass wir natürlich Wert darauf legen, dass die Kategorisierung und unser digitalisiertes Straßennetz Voraussetzung für diese Förderung sind. Ich denke, auf der einen Seite ist es wichtig, einen Anreiz zu bieten, aber auf der anderen Seite ist es auch wichtig, eine Rechtsverbindlichkeit zu schaffen, damit die Gemeinden, die diesen Topf beanspruchen wollen, damit sie die gesetzlichen Grundlagen bereits erfüllen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Wir kommen nun zur nächsten Anfrage 4.

4. Ldtgs.Zl. 409/M/29:**Anfrage des Zweiten Präsidenten Ferlitsch an Landesrat Ing. Rohr.**

Herr Präsident, ich ersuche dich, die Frage zu stellen. – Bitte!

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat und Gemeindereferent! Die Abwasserbeseitigung ist ein besonders wichtiger Bereich im Sinne unserer Umwelt. Dabei ist es auch wichtig, dass die finanzielle Grundlage für diese Projekte vorhanden ist. Der Kärntner Wasserwirtschaftsfonds ist ein wesentlicher Faktor im Bereich der Finanzierung und gibt allen Gemeinden Finanzierungssicherheit. Die Abwicklung funktioniert besonders effizient. Ich frage Sie daher, Herr Landesrat:

Wie viele Projekte wurden in dieser Zeit über den Kärntner Wasserwirtschaftsfonds gefördert?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Abgeordneter und Präsident Ferlitsch! Der von mir initiierte Kärntner Wasserwirtschaftsfonds als Instrument für eine rasche, effiziente und kostengünstige Umsetzung von kommunalen und privaten Bauvorhaben in der Siedlungswasserwirtschaft in Kärnten hat sich seit seiner Einführung im Juli 2005 hervorragend bewährt. Ich erinnere Sie alle daran, die Sie schon vor 2004 in der Landtagsperiode im Landtag gesessen sind, wie ich darum gerungen habe, entsprechende Fördermittel für die Wasserbautenförderung aus dem Budget zur Verfügung zu bekommen. Das war einfach nicht möglich! 29 Millionen Euro hätten wir gebraucht, 14 haben wir bekommen. Daher haben wir aus der Not eine Tugend gemacht und haben den Kärntner Wasserwirtschaftsfonds eingerichtet, der so wie der Regionalfonds im Juli 2005 operativ in Funktion gekommen ist. Im Wesentlichen geht es um die Kärntner Siedlungswasserwirtschaft für Kanal- und Wasserversorgungs- und -entsorgungsprojekte und es ist ein wichtiger Beitrag in der Daseinsvorsorge für die Kärntner Bevölkerung und natürlich auch ein ganz besonders bedeutender Faktor für die Kärntner Wirtschaft. In den drei Jahren des Bestehens des Wasserwirtschaftsfonds, Herr Präsident Ferlitsch, konnten insgesamt für 359 Projekte Förderungen in der Größenordnung von rund 66 Millionen Euro zugesichert werden. Und wenn Sie jetzt rechnen, 66 Millionen Euro sind deutlich über 20 Millionen Euro jährlich, die damit verfügbar waren. Diese 66 Millionen Euro haben natürlich für die heimische Kärntner Bauwirtschaft und das Baunebengewerbe in Summe ein Investitionsvolumen von über 150 Millionen Euro bewirkt. In Schilling umgerechnet weit über eine Milliarde Schilling, die hier verbaut wurde. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dieses Investitionsvolumen umgelegt 1.500 Ganzjahres-Arbeitsplätze in der Baubranche.

Ein weiterer, wichtiger Schritt dazu war neben der Einführung des Wasserwirtschaftsfonds, dass wir es im Bund erreicht haben, dass es auch für die Sanierung von Wasserversorgungsanlagen wieder Fördermittel gibt. Das war ja ein schwieriger Diskussionsprozess! Die schwarz-blaue Bundesregierung hat im Jahr 2001 diese Fördermaßnahmen aus den Förderrichtlinien der Siedlungswasserwirtschaft gestrichen. Dann ist

Ing. Rohr

mehr oder weniger der gesamte Aufwand für Sanierungen, der auch im Zuge von Kanalbau-maßnahmen, beispielsweise bei Wasserversorgungsanlagen, aufgetreten ist, auf den einzelnen Bürger umzulegen gewesen! Und ich brauche hier nicht zu erwähnen, wer schon die längste Zeit schreit: „Die Gebühren belasten die Bevölkerung so!“ Selbstverständlich belasten die Gebühren die Menschen in diesem Land und sind auch ein wesentlicher Teil der Lebenshaltungskosten, die notwendig sind, um das Leben zu bewältigen. Aber Faktum ist, dass wir mit der Wiedererreichung der Sanierungsförderung zumindest die Gebühren für die Menschen bei entsprechenden Baumaßnahmen in erträglichem Maße gestalten können. Daher bin ich sehr froh, dass es nach einer gehörigen Portion Überzeugungsarbeit – denn der Minister Pröll ist ja derselbe geblieben, der war ja in der schwarz-blauen Regierung der verantwortliche Minister und ist es jetzt in der rot-schwarzen Regierung wieder – gelungen ist, dass wir diese Sanierungsförderung (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) wieder aufleben lassen konnten, die es jetzt im Interesse der Menschen möglich macht, dass desolate Wasserleitungen (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) nicht wieder zugeschüttet, sondern tatsächlich erneuert werden, weil es auch die entsprechenden Fördermittel dazu gibt. Ob du es glaubst oder nicht, Herr Kollege Gallo, es ist einfach so! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der BZÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Das ist nicht der Fall. Von der ÖVP-Fraktion? – Auch nicht. Dann hat der Anfragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage. Bitte!

Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Ich möchte davon Gebrauch machen, allerdings in der Form, dass ich mich bei dir, lieber Gemeindereferent, für dein innovatives Wirken in all deinen Belangen namens der Gemeinden herzlich bedanke. Erstens für den Wasserwirtschaftsfonds, für den Regionalfonds, von dem die Gemeinden hervorragend Gebrauch machen, aber auch vom Bodenbeschaffungsfonds, der

eine große Hilfe für die Gemeinden ist. Danke dir!

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

(*Der Vorsitzende lachend:*) Das war keine Zusatzfrage, Herr Präsident! Wir kommen nun zur nächsten Anfrage 5.

5. Ldtgs.Zl. 410/M/29: Anfrage des Abgeordneten Strauß an Landesrat Ing. Rohr

Ich ersuche Sie, die Frage zu stellen. Bitte!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Die Energiedebatte und die Abhängigkeit von Energieimporten ist ein wesentlicher Teil der Diskussion nicht nur hier im Kärntner Landtag, sondern auch innerhalb der Bevölkerung, der Menschen hier in Kärnten. Meine Frage an Sie:

Welche Änderungen beziehungsweise Neuerungen sind im Bereich der Alternativenergieförderung im Jahre 2008 zu erwarten?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter Strauß! Auch wenn der Kollege Gallo mit Zwischenrufen versucht, meine sachlichen Antworten (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo lacht lauthals.*) zu kontakalisieren. Herr Abgeordneter Gallo, gilt: „Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen“, heißt es in einem Sprichwort. Wenn einer fest arbeitet und schaut, dass in dem Land etwas weiter geht, dann hat er natürlich auch etwas zu berichten, (*Lärm und Zwiegespräche im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) meine Herren! Daher braucht ihr euch nicht aufregen, sondern seid froh darüber, dass es ein paar Politiker in dem Land gibt, die es wirklich im Laufe der letzten Jahre, in dieser Legislaturperiode, auch etwas weiter gebracht haben! (*Abg. Tretenbrein: Da gehörst aber du nicht dazu!*) Schaut einmal hinein ins „Regierungsprogramm“! Ich würde wirklich eine Nachlesung des auch hier

Ing. Rohr

präsentierten „Regierungsprogramms“ dieser Legislaturperiode empfehlen. Dann werdet ihr zumindest draufkommen, meine Herren, dass all diese Zuständigkeitsbereiche und all diese Vorhaben, die im Zuständigkeitsbereich der sozialdemokratischen Referatsmitglieder im „Regierungsprogramm“ stehen, auch tatsächlich umgesetzt sind, (*Abg. Ing. Scheuch: Ja, ja. Das sagst aber nur du!*) obwohl wir noch weit, weit weg von einem Landtagswahltermin sind, (*Abg. Ing. Scheuch: Eigenlob stinkt!*) meine Herren! (*Abg. Ing. Scheuch: Eigenlob stinkt!*) Dass das euch nicht schmeckt, das verstehe ich natürlich. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Ing. Scheuch, nochmals: Eigenlob stinkt!*)

Aber jetzt zur eigentlichen (*Lärm im Hause. – Vorsitzender: Bitte um Aufmerksamkeit! Bitte!*) Frage des Herrn Abgeordneten Strauß in Bezug auf die Alternativ- und Ökoenergiepolitik in Kärnten. Kärnten – und das wurde ja auch hier im Landtag immer wieder schon diskutiert und auch von mir mehrfach gesagt und auch von den Vertretern der Landtagspartei bestätigt – hat sehr früh erkannt, dass wir erstens einmal die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, mit Kyoto CO₂-Reduktion und Treibhausgasproblematik entsprechend mit einer engagierten Energie- und Umweltpolitik in Angriff nehmen müssen. Zum anderen sind wir unter den österreichischen Bundesländern führend, was den Einsatz von alternativen regenerierbaren und erneuerbaren Energieträgern betrifft. 42 Prozent des Gesamtenergieverbrauches in Kärnten kommen aus erneuerbarer und regenerierbarer Energie! Österreichweit sind wir bei einem Prozentsatz von 23 Prozent. Ich möchte jetzt gar nicht darüber diskutieren, was gerade auf der europäischen Ebene mit dieser 20:20:20-Formel diskutiert wurde. Da sind wir weit weg. Trotzdem müssen wir einiges tun und müssen uns bemühen, dass wir den zunehmenden Verkehr, der über uns herein bricht, kompensieren können, in dieser Energiebilanz, dass wir also den Anteil 42 Prozent erneuerbare Energieträger auch tatsächlich halten können.

Wir haben im Energiereferat Ökoenergieanlagen in den letzten Jahren jährlich mit 10 Millionen Euro gefördert. 2002 war dieser Fördertopf ungefähr mit 4,5 Millionen Euro jährlich gefüllt. Seit 2005 sind wir also auf dem highest level von 10 Millionen Fördervolumen, das wir zur Verfügung haben. Wir haben auch eines getan -

und da bitte ich, weil er gerade herein kommt, auch den Kollegen Scheuch, wirklich mehr Ehrgeiz an den Tag zu legen -, wir haben sozusagen als Ankick die Passivhausenergieförderung, 50 Passivhäuser gibt es schon im dritten Jahr, eingeleitet. Aber wir haben dadurch natürlich auch den Stand der Passivhäuser in Kärnten, erstmalig sozusagen, auch Jahr für Jahr verdoppelt. Es wäre jetzt endgültig wichtig und an der Zeit, dass wir diese Förderung im Bereich der Wohnbauförderung so gewichten, dass der Löwenanteil der Wohnbauförderung in den Bereich Niedrig- und Passivenergiehäuser geht. Damit, denke ich, dass wir im Bereich der Energieressourcen (*Zwischenruf von LR Dipl.-Ing. Scheuch*) und des Energieverbrauchs natürlich entsprechende Einsparungspotenziale erreichen können.

Eine Anmerkung zum Passivhaus: 400 Kilogramm CO₂ pro Jahr, das sind um 90 Prozent weniger (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) als beispielsweise ein normales Haus nach heutigem Standard produziert. Die Förderzahlen, denke ich, sprechen eine entsprechende Sprache. Wir haben also insgesamt 14.000 Ökoenergieanlagen, von der Solar- über die Pellets- bis zur Scheitholz-Hackschnitzelheizung, Wärmepumpe, gefördert und mit Fernwärmeanschlüssen versucht, hier auch eine entsprechende Effizienzsteigerung in der Energieausnutzung zu erreichen. (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen! Die Redezeit ist abgelaufen!*)

Wir haben die „Energieleitlinien“, wo alle Ziele fest geschrieben sind. Ich denke, wenn wir dort konsequent drauf bleiben, dann werden auch die Ziele bis 2015 umsetzbar sein. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der BZÖ-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Gritsch hat sich gemeldet. Ich bitte, die Frage zu stellen!

Abgeordneter **Gritsch** (F):

Sehr verehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Man kann sich oft des Eindrucks nicht erwehren und es ist auch für viele nicht nachvollziehbar, dass der Herr Landesrat als Lobbyist des Gas-Dampfkraftwerkes in Kla-

Gritsch

genfurt (*Abg. Ing. Scheuch: Das ist er!*) in Erscheinung tritt. Und das auch noch entgegen den Interventionen der sozialdemokratisch orientierten Marktgemeinde Ebenthal! Das auch entgegen den Intentionen von zehn Bürgerinitiativen!

Deshalb frage ich Sie: Wann werden Sie die vom Landtag in Auftrag gegebenen Alternativlösungen präsentieren? (*Abg. Ing. Scheuch: Wir haben dich damit beauftragt, im Landtag! Das ist eine gescheite Frage!*)

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Gritsch, du kannst nur im Schutze deiner Immunität derartige Behauptungen, die klagswürdig wären, (*Protest des Abg. Ing. Scheuch*) hier im Landtag aufstellen. Ich bin als Umweltreferent der Verfahrensreferent für die Umweltverträglichkeitsprüfung. (*Abg. Ing. Scheuch: Und was ist mit den Alternativen?!*) Bei mir liegt ein Antrag über ein Projekt. Und dieses Projekt wird jetzt in der Umweltverträglichkeitsprüfung auf Alternativen, auf die Machbarkeit, auf die Nichtmachbarkeit hin überprüft. Am Ende wird es vielleicht einen Bescheid geben oder keinen Bescheid geben.

Der Stand der Dinge ist so, dass derzeit kein Grundstück für dieses Projekt vorhanden ist, daher kann es sowieso keinen Bescheid geben. (*Abg. Ing. Scheuch: Dann mach' die Termine!*) Da wird aber der Herr Kollege Scheuch auch mit einer entsprechenden Raumverträglichkeitsprüfung gefordert sein, das festzustellen, ob sich der Standort dann für das eingereichte Projekt eignet oder nicht.

Eines kann ich euch auch sagen: Die Alternativen, meine Herren, (*LR Dipl.-Ing. Scheuch: Die Damen auch! Oder?*) wurden im Verfahren geprüft. Ich werde der Regierung auch empfehlen – nur braucht es dazu auch eines, Herr Kollege Gritsch – Ziele zu beschließen, wo man sagt: Was braucht Kärnten? Wir brauchen mehr Strom, in der Zukunft. Der Strombedarf geht nicht zurück. Wir brauchen für die Industrie in Kärnten mehr verfügbares Gas, und wir brauchen für Klagenfurt und den Großraum Klagenfurt eine kostengünstige Fernwärme und eine deutliche Verdichtung des Fernwärmenetzes. Das sind einmal die drei Punkte, wo ich glaube, dass jeder in der Regierung auch sagen kann,

dass das kein erfundenes Szenario ist, sondern dass das ein reales Szenario ist, auf dem aufbauend entsprechende Lösungen zu erarbeiten sind.

Jetzt möchte ich eines auch sagen: Ich bin der Verfahrensreferent für einen Antrag. Das ist eine Geschichte. Das Zweite ist die Diskussion zwischen der Marktgemeinde Ebenthal und der Stadtgemeinde Klagenfurt. Da denke ich mir, ist der Kahn total verfahren. Dort wird man nicht dazu kommen, dass man sagt: So, jetzt machen wir eine große Lenkungsgruppe. Da sitzt, vom Landeshauptmann angefangen, jedes Regierungsmitglied drinnen (*Abg. Trettenbrein: Alternativen?!*) und die Antragsteller für das bestehende Projekt sitzen drinnen, die Stadt Klagenfurt sitzt drinnen und Experten sitzen drinnen und weiß ich, wer noch alles, sitzt drinnen. Weil dann werden wir ein Problem kriegen: Dann werden die Ebenthaler nicht hinein gehen, weil sie sagen, da ist ein Ungleichgewicht auf Grund ihrer Interessenslagen in so einer Lenkungsgruppe gegeben. Das wird nur ein Diskutierklub, wo am Ende – dann vielleicht fünf Minuten vor einer Landtagswahl – ein paar sich davon stehlen und sagen: Weil wir uns gerade politisch dort mehr Stimmen erwarten, deswegen nehmen wir dann diese Haltung ein. Das BZÖ ist ja gut abgedeckt, derzeit, von den Interessenslagen her. In Ebenthal haben der Herr Landeshauptmann und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dörfler die Bürgerinitiativenbegehren unterschrieben. Der Herr Scheuch (*Abg. Ing. Scheuch: Du hast einen Auftrag des Landtages bekommen. Komm' diesem Auftrag nach!*) verhandelt mit der Verbund verschiedene Angelegenheiten. (*Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*) Er verhandelt mit dem Herrn Scheucher verschiedene Angelegenheiten. Der Herr Freunschlag als ehemaliger Präsident des Landtages ist sozusagen in einer Plattform für Alternativenergie, (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Du brauchst nur sagen, was du nicht tust!*) für Biomasseinsatz in Ebenthal im Einsatz. Also ihr seid von der Interessenslage her breit abgedeckt. (*Abg. Ing. Scheuch: Du, setz' einen Termin!*) Aber in der Sache habt ihr keine Haltung. Ihr habt auch in Wahrheit überhaupt keine Vorschläge, wo man sagen kann: Das ist vielleicht eine machbare Lösung, das ist ein machbarer Weg. (*Abg. Ing. Scheuch: Zur Sache! – Lärm im Hause.*)

Daher schlage ich vor, meine sehr geschätzten Damen und Herren: (*Abg. Ing. Scheuch: Da sind*

Ing. Rohr

wir aber neugierig!) Zurück, in gewisser Weise, an den Start, was die Gesprächsfähigkeit zwischen Klagenfurt und Ebenthal betrifft. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Dann musst du mit der Volksschule wieder anfangen!* – Vorsitzender: *Noch eine halbe Minute Redezeit, bitte!*) Ich denke, da werden wir unbeeinflusst eine neutrale Stelle schaffen, die in Wahrheit die Gleichgewichte der Gesprächsebene zwischen Klagenfurt und Ebenthal wieder herstellt. Dort wird es dann notwendig sein, (LR Dipl.-Ing. Scheuch: *Was hat das mit Verfahren zu tun?*) die offenen Inhalte so abzustimmen, dass man am Ende sagen kann: Das ist vielleicht auch eine mögliche Alternative, die sich aus dem Diskussionsprozess und der unterschiedlichen (Vorsitzender: *Die Redezeit ist abgelaufen. Bitte, zum Schluss zu kommen!*) Standpunkte zwischen Klagenfurt und Ebenthal ergibt. Wenn wir den Weg erreichen, dann haben wir alle gewonnen, dann bringen wir etwas zusammen. (Abg. Ing. Scheuch: *Um Gottes willen!*) Wenn wir nur politisch taktieren, dann wird das Thema sozusagen nicht lösbar sein, und Klagenfurt wird in der „dreckigen Luft“ ersticken, weil wir haben Feinstaub und NO_x-Probleme, die wir nicht bewältigen können. (Vorsitzender: *Herr Landesrat, wir sind eine halbe Minute über der Redezeit!* – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Gibt es von Seiten der ÖVP-Fraktion eine Zusatzfrage? – Bitte, Herr Abgeordneter Lutschounig! (Abg. Trettenbrein: *Das Einzige, was zum Schluss noch zu sagen wäre, wäre: Lei, lei!*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Ja, meine geschätzten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne! Geschätzter Herr Landesrat, wenn wir wieder zur ursprünglichen Frage zurückkommen: Es ging nämlich um die Alternativenergie. Und Gas gehört bekanntlich nicht zur Alternativenergie.

Aber meine Frage zur Alternativenergie, Herr Energiereferent: Sie wissen ja, dass viele Biogasanlagen-Betreiber eigentlich unverschuldet in große finanzielle Nöte gekommen sind, speziell jene, die erst jetzt gerade investiert haben und davon ausgegangen sind, dass die Rohstoffe, mit denen sie kalkuliert haben, sich etwa so beibe-

halten werden, wie sie es vorgesehen haben. Aber, siehe da: Der Weltmarkt am Getreidesektor, Maissektor, hat sich innerhalb eines Jahres beinahe verdoppelt. Somit sind große Probleme natürlich für die Betreiber dieser Biogasanlagen entstanden.

Wir wissen schon, dass die Förderung über den Preis erfolgt, über den Einspeistarif erfolgt und einiges nachjustiert worden ist - Gott sei Dank! -, in Wien. Aber meine Frage: Sehen Sie als Energiereferent diese wichtige Maßnahme auch in der Zukunft, auch aus der Sicht Kärntens, als förderungswürdig?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter Lutschounig! Ich denke mir, die Biogasanlagen-Betreiber sind unter gewissen gesetzlichen Rahmenbedingungen in die Produktion sozusagen von Wärme und Verstromung von Biogas gegangen. Jetzt haben sich die Umfeldbedingungen geändert. Ich sage einmal, zum Teil ist es natürlich Unternehmerrisiko, das man zu tragen hat, dass sich die Rahmenbedingungen verändern. Ich denke auch, dass man im Bereich der Landwirtschaft – weil dort ja vorwiegend diese Anlagen beheimatet sind – darüber nachdenken sollte, inwieweit man da eine gewisse Stützungsförderung geben soll, damit nicht Konkursfälle produziert werden. Ich glaube auch, dass man im Bereich der Ökostromtarifizierung, die jetzt ja im Bund ansteht – und das ist ausschließlich Bundesangelegenheit – eine Gewichtung vornimmt, die zumindest, sage ich einmal, über die wirtschaftliche Nutzungsdauer Ökostromtarife ermöglicht, die ein Kostendeckungsprinzip in sich tragen.

Jetzt, aufgrund der gegebenen Situation, dass halt die Rohstoffkosten bei der Biogasproduktion so gestiegen sind, denke ich mir, sind alle gefordert sind, ihren Beitrag zu leisten, damit wir nicht Konkursfälle produzieren. Aber es ist schon schwierig, aufbauend auf eine bestehende gesetzliche Grundlage, da jetzt neu zu gewichten und zu sagen: Die Biogasanlagen kriegen jetzt solche Ökostromzuschläge, dass damit eine Sanierungsförderung für viele Bauern beinhaltet ist. Das sollte nicht passieren, sondern ich glaube, da sind alle zuständigen Verantwortlichen in der Politik aufgefordert, eine Lösung herbeizuführen, die einfach wirtschaftliche Pleiten ver-

Ing. Rohr

hindert. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Nun hat der Fragesteller noch die Möglichkeit einer Zusatzfrage! Herr Abgeordneter, bitte!

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Vor allem aber geschätzte Damen und Herren, die heute sehr zahlreich als Zuhörerinnen und Zuhörer zu dieser Landtagssitzung gekommen sind! Das Thema „Energie“ ist hier schnell im Bereich der BZÖ-Abgeordneten in zwei Minuten Schreiduellen bzw. Zwischenrufen gegenüber dem Landesrat verpufft.

Meine konkrete Frage: Energie ist ja etwas Langfristiges. In Kärnten ist auch ein Energiefonds installiert worden. Welche Auswirkungen hat er auf die Kärntner Wirtschaft?

Landesrat **Ing. Rohr** (SPÖ):

Es gibt in Kärnten einen Energiefonds, der zum einen bei der Photovoltaik die landesanteilige Ökostromtarif-Frage mitfinanziert. Dort ist in etwa 1 Million Euro dafür eingesetzt. Dann haben wir 1 Million für Forschungsförderung ausgegeben. Im wesentlichen soll sich diese Forschung damit beschäftigen, die Ökostromerzeugung aus regenerierbaren Energieträgern oder vor allem aus Biomasse entsprechend zu forcieren und dort entsprechende Forschungsprojekte zu unterstützen. Das tun wir bei Holzvergassungsanlagen. Da laufen Forschungsprojekte mit einem wesentlichen und potenten Kärntner Betrieb, der Firma Urbas. Wir haben aber auch einen Wettbewerb ausgeschrieben. Da haben wir eigentlich wenig Innovations- und Förderwürdiges hereinbekommen. Ich denke, in dem Bereich sollte man auch darüber nachdenken, wie man die Förderrichtlinien in Kärnten insofern macht, damit der Energiemix sowohl für die Heizwärmeversorgung als auch für die elektrische Energieerzeugung und entsprechende neue Wege, neue Technologien, Perspektiven, die vielleicht Zukunftspotentiale in sich tragen, entsprechend unterstützt werden. *(Abg. Lutschounig: Das wä-*

re wichtig!) Dieser Fonds wird jährlich mit 500.000,-- Euro aus den Ökostromtarifen von der Bundesseite gespeist. Wir haben dort in etwa 2 Millionen Euro liegen. Das Geld könnte man natürlich für die Unternehmer und für die Forscher bei innovativen Projekten entsprechend zum Einsatz bringen, nur brauchen wir wirklich neue Ideen und neue Projekte. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Somit ist die Fragestunde wegen Zeitablaufes beendet. Es sind eine Reihe von Anfragen nicht zur Aufrufung gelangt, und zwar die Anfragen 6 bis 17. Ich frage daher die Damen und Herren Abgeordneten als Fragesteller, ob sie diese Anfragen bei der nächsten Sitzung mündlich wieder drauf haben wollen? *(Die Angesprochenen nicken bejahend.)* Ich sehe zustimmendes Nicken, daher erübrigt sich jede weitere Anfrage der schriftlichen Beantwortung.

Bevor wir nun zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich auf der Zuhörertribüne die Schülerinnen und Schüler der landwirtschaftlichen Fachschule Buchhof unter der Begleitung von Frau Ing. Susi Krall sehr herzlich begrüßen! Herzlich willkommen hier im Hohen Haus! *(Beifall im Hause.)* Verspätet eingetroffen aufgrund der Massenkarambolage auf der Autobahn zwischen Villach und Klagenfurt, aber umso erfreulicher für uns, dass sie heute nicht mit Beschädigungen und Verletzungen hier sind, sind die Schülerinnen und Schüler der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe der HLW Spittal unter der Begleitung von Frau Prof. Ertl eingelangt, herzlich willkommen! *(Beifall im Hause.)* Es ist für die Damen und Herren Abgeordneten dieses Hauses immer eine Freude, wenn Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihres Unterrichtes – Geschichte, Politische Bildung – den Besuch dieses Hauses in den Mittelpunkt des Unterrichtes und in den Mittelpunkt ihrer politischen Reise hierher nach Klagenfurt stellen! Allen ein herzliches Willkommen, einen schönen Aufenthalt hier und eine spannende Sitzung!

Hohes Haus! Wir kommen nun zur Durchführung der Aktuellen Stunde.

Lobnig**Aktuelle Stunde**

In der Obmännerkonferenz sind wir darüber überein gekommen, was das Rederecht dieses Themas betrifft. Dieser Antrag wurde von der ÖVP-Fraktion gestellt, die ist heute in der Rotation auch an der Reihe. Nachdem es in materielle Hinsicht mehrere einstimmige Beschlüsse in der Landesregierung gibt, haben wir in der Obmännerkonferenz beschlossen, auch alle verantwortlichen Regierungsmitglieder dazu reden zu lassen. Ich erteile nun dem Herrn Klubobmann Tauschitz als erstem Redner der Antrag stellenden Fraktion das Wort! Ich verweise auch auf die Redezeit von fünf Minuten! Bitte, Sie sind am Wort!

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Präsident! Hohes Haus! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Magister! Tsunami-Magister!)* Sehr geehrter Herr Landesrat Rohr als einziger anwesender Regierungsvertreter! *(Abg. Mag. Dr. Kaiser: Landesrat Dipl.-Ing. Scheuch und Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Dr. Gaby Schaunig-Kandut sind auch anwesend!)* Ah, habe ich nicht gesehen, Uwe und Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, das tut mir leid!

Banda Aceh! Die Vorgänge rund um den Spenden- und Steuerskandal in Banda Aceh sind heute das Thema der Aktuellen Stunde, und das nicht das erste Mal. Denn am 15. März des letzten Jahres schon haben wir darüber diskutiert. Und der Herr Klubobmann Scheuch hat damals noch gemeint, der Herr Landesrat hätte sich vorbildlich verhalten und hätte vorbildlich geholfen. Wenn das BZÖ etwas angreift, dann funktioniert das auch. Wenn der Herr Landeshauptmann und das BZÖ helfen, dann wird die Hilfe hoffnungslos übertrieben inszeniert, dann wird das Projekt selbst grauenvoll schlampig umgesetzt. Und wenn es dann flopt, dann wird jede Verantwortung und jede Mitschuld abgestritten. Das Projekt ist schlicht und ergreifend ein einziger Flop! Wenn nicht Landesrat Martinz, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo lacht lauthals.)* der in jeder einzelnen Regierungssitzung – lesen Sie nach, Herr Ingenieur Gallo, lesen Sie in den Regierungssitzungspro-

tokollen nach – *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Ich bin kein Ingenieur! Beleidigen Sie mich nicht!)* der in jeder einzelnen Sitzung davor gewarnt hat, ein Projekt in einem Kriegsgebiet ohne professionelle Hilfe und erfahrene Institutionen abzuwickeln! Wenn Landesrat Martinz nicht geholfen hätte, würde das Waisendorf, das Kinderdorf in Banda Aceh heute noch ein Geisterdorf sein. Das wäre heute noch ein Fünf-Sterne-Hotel für Kakerlaken. Denn das ist das einzige, was es dort unten zuhauf gibt und die in so ein Dorf einziehen, wenn es nicht bewohnt ist. Es war der Landeshauptmann, der selbst entschieden hat, dieses Projekt zu machen! Es war der Landeshauptmann, der den Spendenaufruf gemacht hat und der einsam und allein und ohne Hilfe dieses Projekt trotz Warnungen durchgezogen hat! Und es war der Landeshauptmann, der auch das Personal und die Mithelfer gebracht hat! Denn der Herr Bradach und der Herr Wuzella und der Herr Koloini und die Frau Revedin sind ja eindeutig vom Herrn Landeshauptmann gebracht worden, Wuzella, Koloini und Bradach ohnehin als die Top-Experten für Hilfsprojekte! *(Abg. Dr. Lesjak lacht lautstark.)* Und der Koloini sollte sich vielleicht beim ORF bewerben, dort könnte er nämlich ein Job kriegen als Professor für quasi eh fast alles, bei Dorfers Donnerstark! Da, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Verantwortung zu suchen. Es war seine Idee, es war seine Initiative, es war seine Abwicklung und deshalb ist das Kärnten Dorf auch sein Spendenkandal! Auch wenn er jetzt versucht sich hinter Koloini und hinter seinen Mitarbeitern zu verstecken, wird er nicht auskommen, die Verantwortung zu übernehmen. Ein altes Sprichwort sagt: „Wie der Herr so das Gscher!“ In dem Fall passt das, glaube ich, ganz gut!

Seit der Rechnungshofbericht – seit Donnerstag oder Freitag, dem 1. ist er heraußen – bekannt ist, rufen die Spenderinnen und Spender an und fühlen sich verraten und verkauft, weil sie dem Landeshauptmann in gutem Glauben Spendengeld zur Verfügung gestellt haben, damit man es dann bei den Waisenkindern einsetzt. Nichts davon ist passiert! 204.000,- Euro wurden ausgeben, ohne dass dafür eine konkrete Leistung

Tauschitz

weiterverrechnet oder geleistet wurde. Das Geld ist schlicht und ergreifend futsch und 108.000,-- Euro liegen auf einem ominösen Konto einer noch viel ominöseren Stiftung, mit einer Stiftungsvorsitzenden Frau Bradach und im Stiftungsrat die zwei Töchter von der Frau Bradach. Bis heute ist nicht bewiesen, wo dieses Geld ist, auch wenn der Landeshauptmann durch seinen Pressesprecher verkünden lässt, dass es schon aufgeklärt sei, wo dieses Geld sei. Das ist wieder einmal die typische Geschichte der BZÖ, die es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt. Denn bis heute gibt es schlicht und ergreifend keinen Kontoauszug, der beweisen würde, welche Finanztransaktionen auf diesem Konto ein- und ausgegangen sind. Mit irgendwelchen selbst geschriebenen oder mit irgendwelchen Kontoblättern oder Ein- und Auszahlungsscheinen kann man in dem Fall keine glaubwürdige Beweisführung antreten. Ich will wissen, wo dieses Geld ist! Und wenn dieses Geld nicht auftaucht, dann soll der Herr Landeshauptmann dieses Geld zurückzahlen und wenn es aus seiner eigenen Tasche ist! Denn er hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) in die Verlässlichkeit der Politik und in die Verlässlichkeit von Spenden erschüttert! Das ist kräftig in die Hose gegangen! Es ist schlicht und ergreifend inakzeptabel, wenn ein Landeshauptmann sich bei einer Spendengeschichte, wo es um das hart erwirtschaftete Geld der BürgerInnen geht, so verhält! Der einzige, der in dem Fall verlässlich war und der sich durch Verlässlichkeit ausgezeichnet hat, ist der Herr Landesrat Martinz. Der hat immer schon gesagt: Das kann so nicht funktionieren, das wird so nicht funktionieren und Recht hat er behalten! Macht braucht in dem Fall mehr Kontrolle als je zuvor, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte zum Schluss zu kommen!*) in dem Fall mit der Ohnmacht der BZÖ bei der unglaublich katastrophalen Abwicklung so einer peinlichen Geschichte und bringen Sie das wieder in Ordnung! (*Einwand von Landesrat Dipl.-Ing. Scheuch. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nicht genügend! Setzen! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Scheuch das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! (*Lärm in der SPÖ-Fraktion.*) Die Hühnerhofstimmung bei der SPÖ, die sich ja schon ihre Landesrätin als Verstärkung in die erste Reihe gesetzt hat zeigt, dass wir richtig liegen. „Alles Unwahre ist gleichzeitig lächerlich,“ meint jedenfalls Kant. Und so kann man eigentlich über die Worte meines Vorredners doch maximal lächeln und wahrscheinlich – und da werde ich sicher richtig liegen – wird auch mein Nachredner ähnliche unhaltbare Kritikpunkte bringen. (*Abg. Tauschitz: Weil es die Wahrheit ist!*) Da nützen Ihre verzweifelten Hilferufe nichts, Herr Klubobmann-Kollege! (*Abg. Tauschitz: Beweise! Beweise! Die kannst du nicht bringen! Da kommst du nicht heraus!*) Der Versuch einer stereotypen Anschüttungspropaganda gegenüber einem erfolgreichen Landeshauptmann ist letztendlich zum Scheitern verurteilt.

Die Faktenlage ist in diesem Fall, und auf die sollte man zurückkommen, eine ganz andere. Nach der Tsunami-Katastrophen wurde in der Kärntner Landesregierung einstimmig der Beschluss gefasst, ein Kärnten Dorf in Banda Aceh zu errichten, am 26.12.2004. Und danach hat es noch eine Regierungssitzung gegeben, nämlich am 7.6.2005, die die bis dato getätigten Aktivitäten zum Inhalt hatte, wie zum Beispiel die Grundstücksauswahl, die Gründung der Stiftung, die Planung, die Angebote und – man höre und staune – auch die Vergabe. (*Abg. Tauschitz: Aber nicht das Geld im Indischen Ozean zu versenken!*) Hier hat es auch Einstimmigkeit gegeben (*Abg. Zellot: Hört! Hört!*) und in diesem Gremium, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landesregierung sitzen noch, noch – Doppelausrufezeichen – auch Vertreter der SPÖ und der ÖVP! (*Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Tauschitz: Deine Allmachtsphantasien werden wir dir schon austreiben! – Einwand von LR Ing. Rohr.*) Lieber Herr Landesrat, für diesen Spezialzwischenruf kriegen Sie eine Spezialantwort: Sie haben aber schon letztendlich auch die Verpflichtung einen Akt durchzulesen? Oder haben Sie sich überhaupt schon total abgemeldet? (*Unruhe in der SPÖ-Fraktion.*) Es hat in diesem Bereich – und das sei hier auch ganz offen und ganz klar, auch für die vielen Besucher gesagt – aber auch schwerste Fehlmängel, schwerste Fehlleistungen und auch große Män-

Ing. Scheuch

gel gegeben! Das steht außer Zweifel! (*Lärm im Hause.*) Diese hat es gegeben bei der Bauplanung, bei den Bauangeboten, bei der Baudurchführung und letztendlich auch bei der Bauabnahme. Hier gibt es eine klare Verantwortung, die der ausführenden Architektin Jana Revedin, die gleich – und auch das sei hier einmal gesagt – nach der Devise „Haltet den Dieb“ ihren Kollegen Bradach beim Rechnungshof angeschwärzt hat und auch das eine oder andere in diesem Bereich revidieren musste. (*Abg. Tauschitz: Ist der Bradach jetzt ein Roter?*) Wobei klar ist, dass letztendlich auch Christian Bradach zur Verantwortung gezogen werden muss, natürlich! Dafür stehen wir, aber die Werkverträge der Frau Revedin sprechen eine klare Sprache, die schriftlichen Bestätigungen über den Baufortschritt, den sie gemacht hat, auch. Und die Frau Revedin hat sich letztendlich auch noch in der „Woman“ abfeiern lassen, indem sie für ihr soziales Engagement in Banda Aceh einen Preis bekommen hat: „Sie ist ständig vor Ort und betreut die Bauarbeiten“ wird hier gesagt. Wir haben klar reagiert, es gibt eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen diese Vorgangsweise, die auch auf einem Rechtsgutachten fußt. (*Abg. Tauschitz: Eine Woche vorher habt Ihr euch nicht getraut!*)

Ich stehe hier aber auch an, eines zu sagen: Es gibt hier anscheinend auch einen großen Unterschied, eine Diskrepanz zwischen dem Rechnungshofbericht und der Hilfsorganisation, die Banda Aceh zur Zeit betreibt. Denn im Rechnungshofbericht steht hier: „Alles in allem war festzustellen, dass eine zweckentsprechende Inbetriebnahme nur nach umfangreichen Investitions- und Sanierungsmaßnahmen zu bewerkstelligen ist.“ (*Einwand von LR Dipl.-Ing. Scheuch.*) Betreffend der schweren Baumängel gibt es einen Bericht des Hilfswerkes. O-Ton: „Es handelt sich hierbei jedoch meist um Kleinigkeiten, die rasch zu beheben waren. Und schließend wäre eines zu sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren: (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Es gibt in Banda Aceh inzwischen drei Betreuerinnen, es gibt in Banda Aceh drei Gärtner, einen Koch, es gibt Hilfskräfte, es gibt einen Arzt, es gibt zwei Schwestern hier und das freut uns besonders, es gibt 16 Waisenkinder, die hier eine Heimat gefunden haben! (*Beifall von der F-Fraktion.*) In Banda Aceh hat man sicherlich im Bau und in

der Organisation Fehler gemacht, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) – ich komme zum Schluss, Herr Präsident – die bestraft und beanstandet werden müssen, aber Sie, insbesondere Sie, Herr Tauschitz, sollten sich schämen für eine Kampagne, (*Abg. Tauschitz: Ich soll mich schämen? Stimmt es nicht, dass ihr bezahlte Kinder hergeholt habt für bezahlte Fotos? Bezahlte Kinder! Bezahlte Fotos!*) wo Sie das als Kakerlaken bezeichnen! Schämen Sie sich! (*Beifall von der F-Fraktion. – Es herrscht starker Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Ich würde um mehr Disziplin und Gesprächskultur hier im Hohen Hause bitten! Wir versuchen immer wieder, vor allem junge Menschen, Schülerinnen und Schüler, für die Politik zu begeistern, das Interesse zu steigern und es ist nicht die schöne und feine Art, wenn man sich hier dann so aufführt. Die Leute sind dann deprimiert und gehen nach Hause und sagen, das war ein Kindergarten. Also bitte ich wirklich alle Damen und Herren Abgeordneten, dem Redner mit mehr Disziplin und mehr Begeisterung die Aufmerksamkeit zu schenken! Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dr. Kaiser. Ich erteile dir das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe anwesende Vertreterinnen und Vertreter auf der Regierungsbank! Als die SPÖ am 15. März des Vorjahres das Thema der aktuellen Stunde „Der Umgang mit Spenden und Steuergeldern beim Kärntendorf in Banda Aceh“ auf die Tagesordnung setzte, parallel dazu über Gaby Schaunig in der Regierung und über den Abgeordneten Schober den Landesrechnungshof beauftragte, zu untersuchen, wussten wir nicht, welche Tiefen dieser Bericht aufzeigen würde. Wir haben damals den sorglosen Umgang mit Spenden und Steuergeldern, die ortsunüblich außerordentlich hohen Errichtungskosten, die von maßloser Selbstüberschätzung und Unprofessionalität getragene Herangehensweise des Landeshauptmannes an

Mag. Dr. Kaiser

dieses Projekt, die sattsam bekannte Selbstinszenierung des Landeshauptmannes, – zur Abwechslung einmal in indonesischer Nationaltracht – die Businessclass-Kosten des Landeshauptmannes und seiner kompetenten Expertenstäbe inklusive des Lieblingserfüllungsgelbes des Landeshauptmannes, des Herrn Koloini, kritisiert. Wir haben kritisiert, dass die Einbeziehung von ortskundigen Hilfsorganisationen oder auch jene des entwicklungspolitischen Beirates nicht passiert ist. Noch schlimmer ist jedoch, und auch das haben wir bereits aufgezeigt, die Spendenbereitschaft der Kärntnerinnen und Kärntner, der Wille, zu helfen und die geübte Solidarität der Bevölkerung, die sind enttäuscht, die sind sogar missbraucht worden!

Meine Damen und Herren, man kann das drehen und wenden, wie man will: Die Verantwortung dafür trägt Landeshauptmann Dr. Haider! Angesichts des Rohberichtes des Landesrechnungshofes, (*Abg. Ing. Scheuch: Es ist nichts herausgekommen! – Abg. Ing. Scheuch hält vier Fotos in die Höhe.*) der diese Vorhalte bestätigt und noch viel mehr an Unregelmäßigkeiten aufzeigte, sodass dieser Bericht bereits bei der Staatsanwaltschaft liegt, – unter anderem eingebracht von Ihrem Sprecher, Herrn Petzner – haben meine Fraktion und ich erwartet und wahrscheinlich auch viele Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, dass sich der Landeshauptmann als Hauptverantwortlicher zumindest dieser Debatte hier im Hohen Haus stellt! Weit gefehlt! Weit gefehlt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Gleich wie bei der Kärnten Werbung, gleich wie bei der Seebühne, gleich wie bei Styrian Spirit und eben auch Banda Aceh, der Landeshauptmann flüchtet im wahrsten Sinn des Wortes aus seiner Verantwortung. Er ist zu feig, die zu Tage getretenen Ergebnisse hier vor dem Kärntner Landtag politisch zu verantworten! Um es mit der Kärntner Woche zu sagen: „Schämen Sie sich, Herr Landeshauptmann!“ (*Abg. Ing. Scheuch hält erneut die Fotos in die Höhe und ruft dem Redner zu: Da schau! Schau!*) Ich werde Ihnen jedoch die Aussagen des Landeshauptmannes zu Banda Aceh nicht ersparen, Herr Klubobmann Scheuch! Und ich ersuche Sie, diese Aussagen des Landeshauptmannes, die ich aus dem stenographischen Protokoll des Kärntner Landtages zitiere, angesichts des veröffentlichten Rechnungshofberichtes selbst zu prüfen! Zu dir, zu Kant-Zitaten und zu allen anderen Bereichen

komme ich noch! Es wäre dir gut angestanden, Kollege Scheuch, wenn du bei Kant den kategorischen Imperativ, der im Menschen so etwas wie ein Selbstreinigungsgefühl erzeugt, zitiert hättest und nicht irgendetwas anderes. Meine Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat hier in diesem Saal angesichts der aktuellen Stunde auf Vorhaltungen meiner Kollegin Trannacher Folgendes gesagt: „Ich möchte dem Wunsch der Frau Abgeordneten Trannacher entsprechen und ihr versichern, dass alle Maßnahmen, die bisher ergriffen worden sind, dazu beitragen, dass wir über die Spendenflüsse, die Spendengelder, die Verwendung der Mittel lückenlos Auskunft geben können und dass so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft jeder, der mit uns, mit dem Land Kärnten zusammenarbeitet, davon ausgehen kann, dass die Dinge ordentlich abgewickelt werden!“ (*Abg. Ing. Scheuch: Ja!*) Angesichts des Rechnungshofberichtes, Klubobmann Scheuch, klingt das eher wie eine gefährliche Drohung denn eine Rechtfertigung! Weiters sagt er auch: „All diese Aufregung, (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) die Sie hier jetzt investieren, ist absolut unberechtigt!“ Ich frage Sie, warum ist dann – auch seitens Ihrer Partei – die Staatsanwaltschaftsanzeige erfolgt? Er sagt auch weiter: „Es ist sozusagen zu 100 Prozent nachweisbar, dass 100 Prozent der Spendengelder in die Errichtung des Dorfes investiert worden sind!“ (*Zwischenrufe von Abg. Tauschitz und Abg. Ing. Scheuch.*) Der Landesrechnungshof sagt etwas anderes!

Und der Höhepunkt, der absolute Höhepunkt zur Debatte, findet sich im ORF online. (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit! – Mehrere Zwischenrufe von Abg. Ing. Scheuch.*) Beruhige dich ein bisschen! Hör zu, dann wirst du etwas dazu lernen! (*Abg. Ing. Scheuch: Warum hat die Frau Schaunig zugestimmt? – Abg. Ing. Scheuch hält wiederum die Fotos in die Höhe.*) Haider 2007 ORF online im Originaltext: „Kein Grund für ein Scherbengericht!“ Das Projekt sei keineswegs gescheitert, es ist eine unverantwortliche Diskreditierung aller mit dem Projekt befassten Personen. Er wird Klage gegen die Medien erheben! All jene Medien, die sagen, dass es hier zu Spenden- und Steuergeldermisbrauch gekommen ist. Er wird jetzt wahrscheinlich den Herrn Petzner klagen, weil der Herr Petzner genau dasselbe behauptet hat und der Herr Petzner damit zur Staatsanwaltschaft gegangen ist.

Mag. Dr. Kaiser

(Es herrschen starker Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte zum Schluss zu kommen!) Mit dem letzten Satz komme ich zum Ende, ein Teil geht ja auf Kosten meines Klubobmannkollegen: Das System Haider, und da könnt ihr euch künstlich aufregen soviel ihr wollt – ist zum Scheitern verurteilt! Spätestens im nächsten Jahr werdet ihr die demokratische Beantwortung der Kärntnerinnen und Kärntner bekommen! *(Abg. Scheuch hält erneut die Fotos in die Höhe. – Es erfolgen Missfallenskundgebungen von der F-Fraktion. – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! Wenn ich heute etwas verschnupft bin, dann nicht nur wegen der Aufmerksamkeit der Abgeordneten, sondern auch der Bakterien wegen, deswegen entschuldige ich mich für meinen nasalen Tonfall und warum ich nicht gleich die Zwischenrufe von hier aus mache. Wenigstens für die Tribüne zum Aufpassen: Mir kommt es so vor wie „Und täglich grüßt das Murmeltier“! Wir stehen immer wieder am gleichen Morgen vor den gleichen Problemen, vor den gleichen loose-loose-Situationen in Kärnten. Das eigentliche Problem ist, dass es hier um ein System „Haider“ geht. Ob das jetzt die Seebühne ist oder die indonesische Seebühne Banda Aceh – hier wird ein Thema hergenommen und der Landeshauptmann verkauft sich. Er stellt sich auf alles drauf und das ist der grundsätzliche Missbrauch der Dinge! Hier geht es um mehrfachen Missbrauch! Dass man nicht zu blöd ist, einen Tsunami zu nehmen und das Leid von Menschen, um sich selber damit zu inszenieren! Hier geht es nicht um das Problem und die Lösung der Probleme, hier geht es um einen Film, der in Kärnten gedreht wird und der heißt „Ich bin Jörg Haider und ich kann alles!“ Aber eben nur im Film! Der Film geht am Ende gut aus und wenn man sieht, wie das Projekt geplant war, dann war hier einfach nur ein Beitrag zu Banda Aceh geplant und sobald der abgespielt war, war es vollkommen egal, ob das Dorf unten bewohnt oder unbewohnt ist. Man ist erst Monate später draufgekommen, da wohnt ja keiner, aber das hat auch niemanden mehr interessiert, denn der Film war ja schon fertig. *(Bei-*

fall von der SPÖ-Fraktion.)

Aber nicht nur der Film war schon fertig, nicht nur die armen Kinder dort, die nicht eingezogen sind, wurden missbraucht. Nein! Auch die Kärntnerinnen und Kärntner sind missbraucht worden! Wo Schüler ein bis zwei Euro gespendet haben, sind Menschen hergegangen und sind erster Klasse dort hinunter geflogen! Das hat die gleichen Kosten ausgemacht wie der Bau des ganzen Dorfes! Ja bitte, was ist an solchen Menschen erstklassig, wenn sie sich mit Spendengeldern von Kindern in die erste Klasse setzen? Das ist wirklich letztklassig! Und wenn das jetzt zurückgezahlt wurde, dann aus dem Grund, weil man ein Unrecht erkannt hat und nicht, weil man es nicht begangen hat! Das wird ja nicht ungeschehen gemacht dadurch. Das ist der zweite Missbrauch. Der dritte Missbrauch geht in Richtung Jana Revedin. Man hat schon gemerkt, jedes Mal wenn der Landeshauptmann auf einen zukommt, ob das jetzt der Zanella ist oder wer auch immer, dann kann man nur verlieren! Das ist das zweite loose am loose-loose in der Zusammenarbeit mit Jörg Haider! Man wird verwendet und am Schluss wird man dann angepatzt. Der ist schuld! Die Jana Revedin war die Erste, die gesagt hat, hallo, da passt etwas nicht, da geht Geld ab, das ist zu teuer, da gibt es kein Controlling! Jetzt ist sie mit schuld und da sollten sich alle überlegen, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wo hast du denn das her?)* die glauben, mit dem Landeshauptmann Geschäfte zu machen, dass man hier einfach angepatzt wird. Auch der Bradach unten mit seiner Frau, der arme Botschafter, der dem Landeshauptmann zur Seite steht, wenn der in indonesischen Lederhosen herum-springt und sagt, ah das ist alles gut, der wird schon merken, wenn er zu Gericht kommen und auch vor dem Kontrollausschuss aussagen wird müssen. Der nächste Missbrauch geht in Richtung Medien. Hier wird er inszeniert! Die Medien werden doppelt missbraucht! Zuerst für die Aktion, wo sich der Jörg Haider hinaufstellt und dann noch mit dem Vorstoß, mit der Flucht nach vorne: „Hallo, ich habe den Rechnungshofbericht! Das ist zwar nur ein Rohbericht, aber bitte tut den geschwind veröffentlichen, dann kann ich in der Öffentlichkeit so laut schreien, dass es so aussieht, als ob alle anderen schuld sind.“ Das ist nicht die richtige Art und Weise, wie man so etwas macht und klarerweise ist dann der nächste Missbrauch der des Rechnungshofes.

Holub

Der Rechnungshof wird vom Landeshauptmann missbraucht! Es werden die Rohberichte herausgerissen und es wird so getan, als ob das fertig wäre. In dem Rohbericht kann niemand seine Stellungnahme abgeben und er ist auch nicht für die Medien bestimmt! Nur weil alle ihn kriegen, heißt das noch lange nicht, dass das rechtens ist! Dann wird geschrieben: „Der Holub jammert herum!“ Ich jammere nicht! Ich fordere ein, dass alle stehen bleiben, wenn Rot ist, und wenn Grün ist, alle gehen. Nur weil alle bei Rot über die Straße gehen, heißt das nicht, dass es rechtens ist.

Ich will, dass der Kontrollausschuss diesen Bericht bekommt, wenn er fertig ist und dann werden wir sehen, was wir daraus machen! Dann werden wir die Zeugen vorladen, aber auf die Art und Weise wird der gesamte Kontrollausschuss einfach ausgeblendet, den gibt es nicht mehr. Damit gibt es aber den Landtag auch nicht mehr! Damit werden die Probleme in den Medien abgehandelt und wer am meisten lügt, bekommt Recht. Das ist das Problem hier! Die Verluderung des Rechtssystems, die hier bei uns passiert! In Wirklich ist Banda Aceh einfach nur ein Zeichen (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) dafür, wie es auch Kärnten geht. In Wirklich wird Kärnten bald so wie Banda Aceh ganz leer herumstehen, weil wir nichts anderes sind als die Bühne des Landeshauptmannes. Ich will wissen, wo das Geld ist und ich verspreche allen, wir werden keine Ruhe geben, bis wir nicht den letzten Cent aufgeklärt haben! Danke schön! Dazu gibt es noch einen Antrag der Grünen, dass Rohberichte des Rechnungshofes einfach nicht mehr zugelassen werden, es gibt nur mehr Endberichte und ich hoffe auf die Zustimmung! Danke schön! (*Beifall von Abg. Dr. Lesjak und der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schwager das Wort.*)

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete des Kärntner Landtages! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Auch ich will nicht jammern, aber es ist ein Faktum, das man immer wieder aufzeigen muss, dass es einen Rohbericht des Landesrechnungshofes gibt, der mir als Abgeordnetem auf legalem Wege nicht

zugänglich ist! Nicht vom Rechnungshof direkt, nicht von der Landesregierung, auch nicht vom Landtagsamt. Mir den Rohbericht irgendwie zu beschaffen, was möglich wäre, das will ich nicht! Denn ich will zu diesen Vorgängen, die es in der Landesregierung ständig gibt, nicht selbst noch eine nicht legale Tat dazusetzen! Verehrte Damen und Herren! Diese Regierungsparteien, auch wenn wieder ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden soll, die regieren sich selbst! Kleine Parteien, die nicht in der Regierung sind, die – so wie es in der AGO für die Kärntner Gemeinden geregelt ist – federführend an einer Kontrolle beteiligt sein sollen, das gibt es im Kärntner Landtag nicht! Sehr geehrter Herr Präsident! Es sei mir gestattet – ich bin ein sehr disziplinierter Redner in diesem Hause und habe in 19 Jahren noch nie einen Ordnungsruf erhalten – (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Heute willst du einen haben, oder was? – Der Redner lacht.*) heute trotzdem meine Kritik am Präsidium der Kärntner Landesregierung festzuhalten.

Es wäre schon die Aufgabe der Präsidenten, dafür zu sorgen, - und es hat ja schon Gespräche darüber gegeben, ist aber auf die lange Bank geschoben worden – dass alle Abgeordneten in diesem Hause einer Gleichbehandlung unterliegen! Das nächste ist, dass ich heute sieben Dringlichkeitsanträge habe, wo es den Abgeordneten der Grünen sowie mir nicht gestattet ist, zu diesen Dringlichkeitsanträgen, die sich ja zum Teil mit dieser Causa befassen, zur Dringlichkeit unser Wort zu erheben! (*Abg. Trettenbrein: Franzi! Wärscht du bei uns geblieben, dann könntest du reden! – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Wärscht du bei uns geblieben!*) Das ist nicht möglich und deshalb kündige ich wieder an, dass ich, wenn diese Dringlichkeitsanträge zur Aufrufung kommen, aus Protest den Plenarsaal verlassen werde! (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Das mag dir ja gefallen, Abgeordneter Gallo, aber wenn deine Rechte hier in diesem Haus beschnitten würden, wärest du natürlich der Erste, der sich darüber besonders aufregen würde!

Sehr geehrte Damen und Herren, zur Sache selbst und zu den Untersuchungsausschüssen, die angekündigt sind, möchte ich folgendes sagen. Es ist jetzt schon fast bei jeder Sitzung, bei der letzten Sondersitzung des Kärntner Landtages ein Untersuchungsausschuss zur Kärntenwerbung eingerichtet worden. Heute wurde angekündigt, dass es auch einen Untersuchungs-

Schwager

ausschuss zu den finanziellen Vorgängen bei Banda Aceh, diesem Kärntendorf, geben sollte. Ich bin dafür, dass das untersucht wird. Konsequenzen soll es geben, wenn der Untersuchungsausschuss zu einem Ergebnis gekommen ist. Das ist meine Meinung. Es war in der letzten Sitzung, in dieser Sonderlandtagssitzung, auch ein Rohbericht die Grundlage und die Einsetzung eines U-Ausschusses dieses Sonderlandtages. Es hat dann Dringlichkeitsanträge gegeben. Die Aufkündigung von Dienstverträgen von Angestellten des Landes Kärnten oder der Kärntnerwerbung war auch Inhalt. Das muss ich ablehnen. Ich muss das auch der SPÖ sagen, dass man zuerst genau recherchieren sollte. Ich erwarte auch von einer Partei, die sich „sozial“ oder „sozialdemokratisch“ nennt, dass man nicht, ohne alles genau geprüft zu haben, schon die Abberufung von Beamten oder Bediensteten fordert.

Sehr wohl bin ich der Meinung, dass die Untersuchungsausschüsse eines ganz besonders herausarbeiten haben: dass es die politische Verantwortung der jeweiligen Regierungsmitglieder gibt. Darauf wird wohl jeder von uns Abgeordneten einen großen Wert legen. Ansonsten (*Vorsitzender: Die Redezeit beachten!*) möchte ich zu dieser Causa nicht allzu viel vorweg sagen, weil in der Debatte meiner Vorredner hat man ja schon gehört, dass es dazu Pro und Contra gibt. Ich bin der Meinung, dass das genau geprüft gehört, die ganzen Vorwürfe. Es wäre traurig genug, wenn sie Recht behalten würden, jene Abgeordnete, die hier diese Vorwürfe untermauert haben und der Rohbericht des Rechnungshofes, der mir nicht vorliegt, Recht behalten würde. Das wäre natürlich dahingehend eine Tragik, dass in Kärnten Spendengelder und öffentliche Gelder (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen!*) nicht zweckmäßig eingesetzt worden wären. Das darf es in diesem Lande nicht geben! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Lutschounig das Wort.*)

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich habe es fast als eine gefährliche Drohung empfunden, wie der Herr Klubobmann Scheuch gemeint hat: „Noch sitzen SPÖ und

ÖVP auch in dieser Regierung.“ Will er in der Zukunft nur noch allein regieren? Es regiert diese Partei ohnedies mit 42 Prozent so, als ob sie 100 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen würde, in diesem Lande. (*Abg. Ing. Scheuch: Das kann werden. Das werden die Wähler entscheiden!*) Gott bewahre vor dieser gefährlichen Drohung! (*Abg. Ing. Scheuch nochmals: Das werden die Wähler entscheiden!*) Dass in diesem Dorf Banda Aceh nichts los ist: Umsonst gibt es einen Bericht des Rechnungshofes über 60 Seiten, wo er all das kritisiert. Oder tun Sie vielleicht die Arbeit des Rechnungshofes auch in Frage stellen, in dieser Causa? Meine sehr geehrten Damen und Herren, (*Abg. Ing. Scheuch: Distanziere dich von den Kakalaken!*) das muss man natürlich schon in aller Deutlichkeit sagen!

Wenn der Herr Scheuch dann die Bilder herzeigt hat: Ja, diese Bilder mit den Kindern, das ist vom Hilfswerk von der Frau Burkhard, (*Vorsitzender: Herr Klubobmann, bitte!*) dass die Kinder, die dort gezeigt worden sind. (*Abg. Ing. Scheuch zeigt wiederholt die Fotos vor, auf denen die Kinder abgebildet sind und ruft erregt: Ist das das, was der Tauschitz gemeint hat? Und wo wohnen die Kinder?! -Vorsitzender: Herr Klubobmann, bitte keine Schreiduelle! Am Wort ist der Herr Abgeordnete!*) Eines ist natürlich ganz klar: Diese 16 Kinder sind ausschließlich die, wie das Hilfswerk die übernommen hat, dass die Kinder dort auch einen entsprechenden Platz gefunden haben. Denn was steht da drinnen, noch am 27. April, bei dem Amtsvortrag für die Regierungssitzung? – „Auf Grund der seit einem Jahr ungenutzten Situation erscheinen die Gebäude der Camping Carinthia in einem verlotterten Zustand. Die Qualität entspricht nicht europäischen Standards. Es wurde schlampig gearbeitet und billiges Holz verwendet. Die Dächer sind teilweise undicht. Das Dorf ist derzeit nicht bezugsfähig. In der Bevölkerung besteht die Meinung, dass die Baukosten viel zu hoch sind, viele Personen mitgeschnitten hätten und dass das Projekt stark von finanziellen Überlegungen kleiner Gruppen geleitet war.“

Ja, genau das ist es, meine Damen und Herren! Da muss ich natürlich schon sagen: Die Leute, die der Herr Landeshauptmann hier installiert hat, die Namen, ob die jetzt Bradach sind, Koloni, Wuzella oder wer da immer mit dabei ist. Ein Honorarkonsul hat offenbar den Begriff

Lutschounig

falsch verstanden. Ein Honorarkonsul ist nicht jener, der für seine Tätigkeiten Honorare kassiert, sondern genau das Gegenteil sollte der Fall sein, bei dem Honorarkonsul. Wenn es heißt: „Alles ist ehrenamtlich gemacht worden.“, meine Damen und Herren, ist das auch falsch. Der Bericht des Rechnungshofes beweist es. Er hat sich alles sehr teuer und gut bezahlen lassen, was er hier für seine vermeintlich guten Freunde, deren Land er zu vertreten hat, gemacht hat. Das ist einfach eine Schweinerei, die da passiert ist.

Ich zitiere auch, wie Klubobmann Kaiser: „Schämt euch!“, schreibt die „Kärntner Woche“. Ich glaube, das ist der richtige Ausdruck, der Tupfen auf dem i, wenn es um diese Sache geht. Der Herr Landeshauptmann ist natürlich sowieso in der Business Class hinunter geflogen und hat sich nicht entblödet, mit den armen Kindern sich fotografieren zu lassen, um zu zeigen: Es ist schon Leben in diesem Dorf. Alles nur Show! Alles nur aufgebauscht! In Wahrheit, wie gesagt, steht dieses Haus leer.

Jetzt frage ich mich noch: Koloini ist ohnedies bei allen Unregelmäßigkeiten, offenbar, die in diesem Land passieren, dabei: ob das bei den Sportvereinen ist, ob das bei der Seebühne ist, ob das sonst wo ist. Überall ist Koloini dabei. Ich muss sagen: Ich weiß nicht, wer deckt denn eigentlich den Koloini noch? Normalerweise müsste er schon längst aller Funktionen entoben sein. (*Abg. Ing. Scheuch: Was hat denn der für eine Funktion?*) Welche Qualität steckt wirklich in diesem Koloini, dass man ihn so deckt? Wieso versucht man, ihn in allen Funktionen zu behalten, (*Abg. Ing. Scheuch: In was für einer Funktion denn?!*) trotz dieser vielen Dinge, die er macht. Überall ist Koloini dabei. Ich habe schon Angst, wenn ich das Wort Koloini höre, dass irgendwo wieder etwas nicht mit rechten Dingen zugeht, meine Damen und Herren! Das ist ganz klar. Und jene, die hier versucht haben, ein bisschen eine Linie hinein zu bringen, wie unser Landesrat Dr. Martinz, (*Abg. Trettenbrein lacht.*) der selbstverständlich versucht hat, auch über das Hilfswerk, eine Linie hinein zu bringen. Es war ja in der Regierungssitzung, ich habe das aufgeschrieben, am 1. Feber 2005, wo damals noch der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Ambrozy und auch Martinz gefordert hätten: Mehr Aufklärung! Der Landeshauptmann hat sogar zugegeben, dass er schlecht informiert hat und dass er sie zu spät informiert hat. Er hat

diesen Fehler sogar eingestanden, aber beide, Ambrozy und Martinz, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) haben festgestellt, dass es ganz wichtig ist, dass es entsprechende Aufklärung gibt. Natürlich wollten alle helfen. Der gute Sinn ist ja selbstverständlich da gewesen, dass wir helfen. Aber dass es von einer Hilfe zu einem Missbrauch kommt, das wollte wirklich niemand bei dieser Regierungssitzung haben. Ich glaube, das ist aufklärungswürdig und das ist eigentlich ein Synonym: So wie es in Banda Aceh zugegangen ist, das ist die Spitze des Eisberges, so geht man in Kärnten überall mit Steuergeldern und mit Spendengeldern um. Das ist, glaube ich, das, was die Bevölkerung so verunsichert. Da besteht Aufklärungsbedarf. Schauen Sie, wo jeder Cent hingekommen ist! (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte, zum Schluss zu kommen!*) Schauen Sie, dass die Konten offen gelegt werden und dass das Geld zurück fließt, das angeblich auf einem Konto irgendwo noch übrig geblieben ist! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Dr. Strutz das Wort.*)

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder des Kärntner Landtages! Die Katastrophe des Tsunamis in Indonesien war sicherlich eine, die uns alle, angesichts des großen Leides, das über Nacht über Tausende Familien und Kinder herein gebrochen ist, eine gewesen ist, die uns sehr betroffen gemacht hat. Kärnten und der Herr Landeshauptmann haben sicherlich in guter Tradition helfen wollen, so wie es seinerzeit bei der Erdbebenkatastrophe in Friaul der Fall gewesen ist. So, wie wir in Kriegszeiten im benachbarten Jugoslawien oder Ex-Jugoslawien geholfen haben, so haben hier auch die Kärntner und die Kärntner Landesregierung erkannt, dass man den Menschen, die hier unverschuldet in Not geraten sind, Hilfestellungen geben soll. Ich bin überzeugt davon, dass es sicherlich gut gemeint gewesen ist. Es war sicherlich kein Alleingang des Herrn Landeshauptmannes, wie es hier von den Vorrednern festgestellt wird. Denn das Land Kärnten hat die notwendigen Beschlüsse, die für dieses Kärntendorf in Banda Aceh notwendig gewesen sind, die Errichtung,

Dr. Strutz

in der Regierungssitzung am 26. 12. einstimmig beschlossen, nachdem andere Hilfsorganisationen wie das SOS-Kinderdorf erklärt haben, dass sie nicht in der Lage oder auch nicht willens waren, hier ein Hilfsprojekt zu machen oder zu organisieren.

Zudem wurde in einer weiteren Regierungssitzung, nämlich am 7. 6., auch einstimmig beschlossen, die weiteren Aktivitäten, wie beispielsweise eine Stiftung zu gründen, wie eine Grundstücksauswahl und Ähnliches. Ich frage mich jetzt, warum die Empörung bei SPÖ und ÖVP so groß ist, wo man doch damals eigentlich auch die Konstruktion einer Stiftung in Indonesien ein bisschen hinterfragen konnte oder warum auch diese Beschlüsse, die zur weiteren Vorgangsweise geführt haben, einstimmig gewesen sind.

Es steht aber außer Zweifel, dass in der Folge es zu Fehlern und sicher auch zu Ungereimtheiten gekommen ist, die der Rechnungshofsbericht aufgezeigt hat. Ich möchte nur zu bedenken geben, dass die Errichtung des Dorfes sicherlich unter schwierigen Rahmenbedingungen, auch die politischen Rahmenbedingungen in dieser Krisenregion entstanden ist. Es ist bei der Bauplanung, beim Bauangebot, bei der Baudurchführung, bei der Bauabnahme des Kärntendorfes zu Fehlern gekommen. Hier gilt es, auch die Verantwortungen klar zu definieren.

Es hat eine Architektin gegeben, die auch im Rahmen eines Werksvertrages klare Aufgaben und klare Verantwortungen zugeordnet bekommen hat. Es hat einen Honorarkonsul gegeben, der ebenfalls vertraglich verpflichtet und vertraglich gebunden war, verschiedene Aufgaben durchzuführen, abzurechnen und auch den Verantwortlichen vorzulegen. Deshalb sagen wir auch: Wir sind dafür, die Vorwürfe, die der Rechnungshofbericht aufwirft, lückenlos aufzuklären, und wir werden uns hier auch dem nicht entgegen stellen.

Ich möchte aber auch sagen, wie es die Vorredner gemacht haben, dass die Verantwortungszuweisung an den Landeshauptmann doch eine ist, die nicht in Ordnung ist. Wenn es zu Verfehlungen auf untergeordneter (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Ebene kommt, wie beispielsweise bei den Sozialdemokraten, wenn ein Mitarbeiter mit der Kasse durchgeht, dann kann ich auch nicht gleich sagen, dass die Par-

teivorsitzende die Konsequenzen zu tragen hat oder dafür zur Verantwortung zu ziehen ist.

Ich möchte auch noch darauf verweisen, dass es auf Bundesebene bei der Verwendung der Tsunamigelder zu offensichtlich schweren Verfehlungen gekommen ist, dass von versprochenen 34 Millionen Euro an Bundesmitteln (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte, zum Schluss zu kommen!*) nur 8,9 Millionen Euro ausbezahlt worden sind.

Ich möchte nur einen Punkt noch anmerken, als Mitglied auch des Kontrollausschusses, zur weiteren Vorgangsweise: Ich sehe es ähnlich wie mein Vorredner Holub. In Wirklichkeit können wir den Kontrollausschuss im Kärntner Landtag eigentlich auflösen, weil seine Aufgaben (*Vorsitzender: Herr Präsident Strutz, die Redezeit ist schon eine halbe Minute drüber! Bitte, zum Schluss zu kommen, sonst muss ich Ihnen das Wort entziehen!*) von anderen wahrgenommen werden. Wir haben nicht umsonst, Herr Präsident, einen Ausschuss eingerichtet, der die Aufgaben zu erfüllen hat, zu hinterfragen hat. Die Berichte, die vorliegen, aber das machen mittlerweile Parteisekretariate. (*Der Vorsitzende schaltet die Mikrofonanlage ab, womit die Rede beendet ist. – Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schober. Bevor ich ihm das Wort erteile, werden wir die Technik überprüfen, nachdem es hier am Rednerpult Vibrationsgeräusche gibt. – (*Vorsitzender und Schriftführer besprechen die Angelegenheit. – Vorsitzender freundlich appellierend:*) Jawohl! Es werden die Abgeordneten ersucht, das Rednerpult nicht „als ihr Eigentum“ zu betrachten, um das festzuhalten und damit diese Geräusche los zu lassen. Gut! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Tsunami wird das sein?*)

Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort! Bitte!

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben jetzt innerhalb kurzer Zeit drei Rechnungshofberichte auf den Tisch bekommen: Das war die Kärnten Werbung, die EURO-Bewerbung und

Schober

nummehr ist es der Bericht über Banda Aceh. Die werden eigentlich in verschiedener Art und Weise diskutiert. Ich erinnere mich noch an die letzte Landtagssitzung, wo es auch Kritik darüber gegeben hat, dass solche Berichte öffentlich werden und dass die vertraulichen Berichte überhaupt öffentlich werden. Und genau jene Kritiker, die das damals massiv bekrittelt haben sind es, die mit diesem Bericht „Banda Aceh“ als erstes und ganz offensiv in die Öffentlichkeit gegangen sind. Für mich ist das eine Flucht nach vorne, für mich ist das ein Beweis, dass das Gewissen gedrückt hat. Denn seit über einem Jahr gibt es diese Kritik und ich erinnere mich an die Aktuelle Stunde vom 15. 3. 2007, die heute schon erwähnt wurde. Ab dieser Zeit wurde alles verteidigt, alles gutgeredet, es wurde mit massiven Klagen gedroht. Ich denke nur an die Medienvertreter, die diese Dinge, die sich jetzt als richtig erwiesen haben, aufgezeigt haben, die wurden mit Klagen bedroht. Wenn der Bericht nun völlig wertfrei und objektiv die gravierenden Fehler aufzeigt, dann glauben einige auch schon, die Schuldigen gefunden zu haben. Meine Damen und Herren, diese Vorverurteilungen sind unrichtig, (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) ich behaupte, sie sind charakterlos und sie gleichen auch wiederum einem Schuldeinbekenntnis! Und eines fällt schon auf, dass der Landeshauptmann heute nicht da ist, wurde schon erwähnt, aber es wurden verschiedene Verteidigungsstrategien angewendet und die neueste stammt von gestern – und das muss ich betonen – vom Landesparteiobmann des BZÖ namens Petzner, der die rechte Hand des Landeshauptmannes darstellt. (*Abg. Ing. Scheuch: Stellvertreter!*) Und er sagt oder er beklagt, dass der Landeshauptmann in diesem Bericht namentlich überhaupt nicht vorkommt. Meine Damen und Herren, (*Wiederum Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) ich kann mich an keinen Rechnungshofbericht erinnern, wo ein politisch Verantwortlicher namentlich erwähnt wurde. Wenn man sich aber die ganze Chronologie anschaut, dann spricht die eine eindeutige Sprache. Die Idee dieses Kärnten Dorf zu errichten, stammt vom Herrn Landeshauptmann Dr. Haider! (*Zwischenruf von Abg. Zellot.*) Keine Aktivität wurde von ihm ausgelassen, um aufzuscheinen. Alle Beteiligten stammen aus dem Umfeld des Landeshauptmannes! (*Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.*) Er selbst war auch vor Ort und hat sich diese Dinge angesehen und,

um es kärntnerisch zu formulieren, an sich gerissen! Deshalb ist es nicht das Kärnten Dorf, sondern es ist das so genannte „Haider-Dorf.“ (*Abg. Ing. Scheuch, Bilder von der Eröffnung des Kärnten Dorfes, das den Landeshauptmann mit Kindern zeigt, in die Höhe haltend: Das da?*) Und jetzt, wo sein Kind krank wird, da stößt er es weg! Meine Damen und Herren, so charakter- und verantwortungslos wird hier Politik gemacht. Und wenn heute schon mehrmals betont wurde, na ja die Landesregierung hat ja zugestimmt, diese Verantwortung zu diesem Fiasko trägt einzig und allein Landeshauptmann Haider und sonst niemand! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Jetzt verurteilst du das! Früher hast du gesagt ...*) Fehlleistungen dieser Art und Weise müssen aufgezeigt werden! Meine Damen und Herren, wir Sozialdemokraten, die übrigens diesen Rechnungshofbericht beantragt haben, werden alles unternehmen, damit dieser sorglose, ich behaupte fahrlässige Umgang mit Steuer- und Spendengeldern aufgeklärt wird, damit die Schuldigen gefunden werden, (*Abg. Zellot: Wie bei der Hypo!*) und dass sie auch zur Schadenswiedergutmachung verurteilt werden! (*Abg. Zellot: Sowie bei der BAWAG und bei der Gewerkschaft! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Und noch eines: In einem Punkt gebe ich dem Landesparteiobmann Petzner in seiner gestrigen Kritik recht. Nur, er hat das falsch zitiert. Er sagt: „Schließlich fordert Petzner Rot und Schwarz auf, zuerst im eigenen Haus für Ordnung zu sorgen, bevor Sie den Landeshauptmann attackieren.“ Meine Damen und Herren, die Tsunami-Katastrophe ist zu Weihnachten 2004 passiert. Der 9.1.2005 war ein ganz besonderer Tag. Damals hat die ÖVP-BZÖ-Regierung in Wien getagt, eine Krisensitzung unter Beteiligung der Landeshauptleute wurde abgehalten. Damals ist auch die Idee von Banda Aceh geboren worden. Haider hat gesagt: „Ich werde ein eigenes Dorf errichten.“ (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Von damals an ist es noch immer unklar, wo viele Millionen versickert sind. (*Abg. Trettenbrein: Du redest einen Blödsinn!*) Und interessanterweise, und das hat er nämlich nicht gesagt: Wer war denn damals in der Regierung? Ein Gorbach, der von einem 20 Millionen-Eisenbahnprojekt in Banda Aceh philosophiert hat, das nie verwirklicht werden konnte. (*LR Dipl.-Ing. Scheuch: Hol gescheiter die Soldaten aus dem Tschad zurück! Hol gescheiter*

Schober

die Soldaten aus dem Tschad zurück!) Eine Haubner war in der Regierung und es war, und das muss man auch sagen, ein Ernst Strasser, der damals als Koordinator eingesetzt wurde, der jetzt gerade aktuell im Bereich des Innenressorts wieder (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte zum Schluss zu kommen!*) eine äußerst unrühmliche Rolle spielt! Das alles muss gesagt werden, um hier zur Klarheit zu kommen! Danke! (*Lärm im Hause. – Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Lesjak das Wort.*)

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Verehrter Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler auf der Tribüne! Es ist offenkundig und augenscheinlich, dass mit diesem Rechnungshofbericht das zum Vorschein kommt, was wir schon lange vermutet haben, was schon lange klar war: Ein Riesenspendenskandal um dieses Dorf Banda Aceh, ein Riesenmissbrauch von Steuergeldern. Und das ist so ziemlich das Schlimmste, was man in einer Demokratie tun kann, dass man Steuer- und Spendengelder missbraucht, die Menschen enttäuscht und dass hier eine Misswirtschaft vorliegt, die man dann auch noch schönredet. Das ist an der Diskussion auffällig – damals wie heute – vor einem Jahr sind wir hier gestanden in der Aktuellen Stunde und heute auch, und damals wie heute wird dieses Projekt vom BZÖ schöngeredet, alle Skandale werden vertuscht, die eigene Verantwortung wird geleugnet und auf andere abgeschoben. Nun haben wir es schwarz auf weiß, dieser Bericht liegt vor. Hier kommt wirklich diese rein polemisch orientierte Spenden- und Steuerpolitik des BZÖ zum Vorschein. Aus diesem Bericht geht dieses Missmanagement hervor, Projektmanagement hat es keines gegeben. Das ist jetzt schwarz auf weiß, wir wussten das aber auch schon letztes Jahr aufgrund einer Anfragebeantwortung. Nachdem es hier diese Aktuelle Stunde gab, haben wir eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann gemacht, und aus dieser Anfragebeantwortung geht hervor, dass es keine Projektleitung vor Ort gab. Das wussten wir hier alle, alle Abgeordneten, seit dem Juni letzten Jahres. Es gab kein Projektmanagement

vor Ort! Es steht zwar in der Anfragebeantwortung, (*Einwände von Abg. Dipl.-Ing. Gallo und von Abg. Ing. Haas.*) dass Gespräche geführt wurden, aber aus diesen Gesprächen ist nichts geworden und die Menschen sind abgesprungen. Und aus dem Rechnungshofbericht, den ich mir am Medienschwarzmarkt erworben habe – man hat ihn mir von den Medien her zugesteckt – geht hervor, ich zitiere: „Nach Betrachtung der Leistungsinhalte der den Honorarkonsul und die Architektin betreffenden Werkverträge ist festzuhalten, dass für die Wahrnehmung wichtiger Baufunktionen (örtliche Bauaufsicht des Auftraggebers, begleitende Kontrolle) durch entsprechend qualifiziertes Personal in nicht ausreichendem Maß Vorkehrung getroffen wurde.“ Also, die Bauaufsicht des Auftraggebers wurde hier nicht gemacht und auch die begleitende Kontrolle nicht. Und das steht angeblich auch nicht im Vertrag mit der Frau Revedin, was auch logisch ist, weil die Frau Revedin ist ja eine Architektin. (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe aus der F-Fraktion. – Abg. Rossmann: Das steht aber drinnen!*) Das steht nicht drinnen! Der Rechnungshof hat das nachgewiesen, dass das eben nicht drinnen steht. Die Frau Revedin ist eine Architektin und sie ist nicht mit der Bauleitung beauftragt worden. Das hat der Herr Landeshauptmann in der Anfragebeantwortung auch gesagt, bitte lesen Sie das durch! Es steht da drinnen: „Es gibt keine Projektleitung vor Ort“, damit wir einmal bei der Wahrheit bleiben und das festhalten, was hier Sache ist!

Was traurig ist ist, dass die BZÖ damals wie heute wieder alles abstreitet, alles verleugnet und sich als große Helferpartei aufspielt und in Wirklichkeit diesen Spendenskandal vertuscht. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Was tun denn die Grünen? Alles schlecht machen!*) Das Hauptproblem ist, dass das BZÖ nicht kritikfähig ist. Weil in dem Moment, wo andere sagen, passt auf, da läuft etwas schief, und wenn etwas sichtlich den Bach hinuntergeht, nicht einmal dann wird zugehört! Dann wird sofort abgewehrt, dann wird sofort alles so emotional, der Herr Scheuch springt dann auf und es gibt dann archaische Gesten, es werden Bilder herumgezeigt, es ist eine Dramatik wie in einem Musikantenstadel! (*Abg. Trettenbrein: Trotzdem ist alles einstimmig beschlossen worden!*) Diese Kinder, die er herzeigt, die hat nicht er hier hineingesetzt, das Hilfswerk hat das gemacht! (*Es erfolgt ein Zwie-*

Dr. Lesjak

gespräch zwischen Abg. Rossmann und Abg. Tauschitz in den Abgeordnetenbänken.) Er schmückt sich mit fremden Federn und das ist auch ein Markenzeichen des BZÖ! Dauernd sich mit fremden Federn zu schmücken, da eine emotionale Abwehr aufzufahren und hier eine Dramatik zu machen und eine Emotionalität! Aber es ist ganz klar: Wenn die Emotionalität steigt, dann führt es dazu, dass die kognitive Situation zu einer Mangelsituation wird. Diese heftige Offensive absorbiert das rationale Denken völlig und deswegen ist diese Diskussion hier so schwierig. Deswegen ist es auch schwierig zu sagen: Hallo, das war nicht professionell, das war unprofessionell. Denn wenn man nicht klar denken kann, wenn man nur von irgendwelchen Abwehrgefühlen gesteuert ist, dann kann man nicht professionell arbeiten! Das zeigt sich in diesem Rechnungshofbericht, aus dem geht das hervor. Wir haben gesagt: Bitte setzt Hilfsorganisationen ein, den Entwicklungspolitischen Beirat et cetera. Dort sitzen die Experten. Was ist passiert? Man hat den Koloini da hinuntergeschickt! Der ist ja wirklich bekannt für seine Expertisen, für den sorgsam Umgang mit den Steuergeldern, das hat er uns jetzt gezeigt. Und dieser Herr Koloini wird da dahintergesetzt! Noch mehr daneben kann es eigentlich nicht sein! (Vorsitzender: *Noch eine halbe Minute Redezeit!*) Und es muss auch zur Kenntnis genommen werden: Da ist etwas schief gegangen! Da ist ganz Vieles passiert, was nicht rechtens ist, das moralisch und politisch zu verurteilen ist. Ich erwarte schon, dass man hier demokratische Spielregeln einhält. Der Herr Landeshauptmann soll sich gefälligst bei allen Kindern und Jugendlichen entschuldigen, die ihr Taschengeld gespendet haben, bei allen anderen, die sonst gespendet haben, weil diese Spenden missbräuchlich verwendet worden sind. (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: *Wo denn? Beweise!*) Das sehen wir heute am Rechnungshofbericht. Diese 100 Prozent, was da der Herr Scheuch letztes Jahr geschrieen hat, 100 Prozent (Vorsitzender: *Die Redezeit ist abgelaufen! Ich bitte zum Schluss zu kommen, Frau Abgeordnete!*) sind letztlich hier verbaut worden, das stimmt einfach nicht! Da wurde absichtlich eine Unwahrheit gesagt. Wenn jemand absichtlich eine Unwahrheit sagt, dann ist das in meinen Augen eine glatte Lüge! Oder? Weil ... (Vorsitzender: *Frau Abgeordnete, Sie sind schon über die Zeit! Ich würde Sie bitten, Schluss zu machen!*) Die anderen halten sich

auch nicht an die Redezeit! (Vorsitzender: *Ich habe Ihnen über 20 Sekunden dazugegeben, sowie allen anderen, bitte!*) Die anderen reden eine Minute! (Beifall von Abg. Holub und von der SPÖ-Fraktion. – Beifall von den Zuhörern auf der Tribüne.)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Bitte keine Beifallskundgebungen von der Zuhörertribüne aus! Ich darf nun als nächstem Redner Abgeordnetem Mag. Raimund Grilc das Wort erteilen! Bitte!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwei Vorbemerkungen: Vor knapp 14 Tagen haben wir hier eine Sondersitzung abgeführt. Und ich habe mich damals maßlos darüber aufgeregt, dass der vertrauliche, vorläufige Bericht bereits den Medien präsentiert wurde, knapp danach als er durch meine Unterschrift freigegeben wurde. (Abg. Rossmann: *Wer ist denn der Vorsitzende des Kontrollausschusses?*) Jetzt hat es eine Steigerung davon gegeben. Diesmal habe ich bewusst zugewartet, als ich von der Einladung zur Pressekonferenz gehört habe. Ich habe an diesem Tage keine Unterschrift gegeben, um festzustellen, ob man mit einem vertraulichen Bericht trotzdem in die Medien geht, obwohl er nicht freigegeben wurde. Man hat es getan! Ich erwarte jetzt eine Steigerung nur mehr in dieser Form, dass das BZÖ-Parteisekretariat den nächsten Rechnungshofbericht vorausschreibt, dann den Herrn Dr. Reithofer zu einer Pressekonferenz einlädt und mitteilt, was Sache ist. (Es erfolgen Beifallskundgebungen von Abgeordneten aus der ÖVP-Fraktion. – Beifall von der SPÖ-Fraktion.) Ich muss aber auch hinzufügen, ich habe natürlich reagiert und ich möchte das kurz erklären, warum ich es so getan habe. Nach dieser Pressekonferenz und nachdem bekanntgegeben wurde, man würde die Inhalte dieses Berichtes der Staatsanwaltschaft übermitteln, da habe ich gesagt, dann mache ich die Probe auf das Exempel. Ich habe tatsächlich veranlasst, dass dieser Bericht der Staatsanwaltschaft zugemittelt wurde, ohne besonderen Kommentar, ohne Vorverurteilung, ohne besondere Hinweise. Sondern dort

Mag. Grile

soll einmal geprüft werden, ob es Dinge gibt, die rechtlich nicht in Ordnung sind, soweit der bisherige Vorgang.

Ein Zweites: Wenn hier diskutiert wurde, dass in der Landesregierung mitunter zu diesen Hilfsmaßnahmen Zustimmung gegeben wurde, dann kritisiere ich politisch ganz klar und unmissverständlich eines: Die Beschlüsse in der Regierung wurden aufgrund von Informationen getätigt, die unvollständig und zu diesem Zeitpunkt zum Teil nicht richtig waren. (*Abg. Tauschitz: So ist es!*) Das gilt für die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ und auch für unseren Parteivorsitzenden Dr. Martinz. Die Vorgänge, wie sie in der Regierung geschildert wurden, waren eigentlich unter dem großen Deckmantel diskutiert worden: Wir helfen, wir wollen helfen. Natürlich waren alle innerlich davon überzeugt, etwas Richtiges zu tun. Aber der Rechnungshofbericht hat eben herausgefiltert, dass gewisse Dinge nicht so als Grundlage für die Beschlussfassung da waren, wie es sich in Wahrheit dargestellt hat. (*Zwischenruf von Abg. Ing. Haas.*) Ich greife nur ein paar Kleinigkeiten heraus. Erstens einmal, ein Reisfeld als Baugrund anzukaufen ist schon eine sehr fragwürdige Sache! Denn wenn ich in Mitteleuropa einen Sumpf als Bauland ankaufe, wird sich jeder Bausachverständige wundern, warum man das tut. Die überhöhten Kosten bei der Bauausführung, die groben Mängel, die Defizite sind ja auch zugegeben worden. Das, was aber schlimm ist, ist der Verbleib von Geldern, über die es keine Aufzeichnungen gibt und das gehört aufgeklärt! Und hier auch unsere klare Forderung: Wo eben Dinge offengeblieben sind, gehört nicht nur aufgeklärt, sondern diese Gelder müssen wir auch versuchen zurückzubekommen. Etwas stört mich politisch schon, da gibt es aber keine Debatte darüber: Wenn es Photos von der offiziellen Eröffnung dieses Dorfes in Banda Aceh gegeben hat, mit Kindern, mit dem Landeshauptmann in der dortigen Tracht, dann sind diese Bilder damals manipuliert gewesen, um das klar zu stellen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Auch hier hat der Rechnungshof klar festgehalten, und das können Sie nachlesen, zu dem Zeitpunkt hat kein Kind in dem Dorf gewohnt und daher sind diese Bilder eine klare Fälschung! (*Abg. Trettenbrein: Der ORF hat auch gefilmt!*) Und das ist etwas, das mich dabei moralisch aufregt und dafür trägt der Landeshauptmann die

Verantwortung! Über alle anderen Dinge werden wir im Detail reden. Daher zuletzt noch einmal meine Forderung: Jene Gelder, die offen geblieben sind, die fordern wir zurück und darüber wollen wir auch Klarheit haben! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dipl.-Ing. Gallo das Wort.*)

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn man sich so wie ich und einige andere vor etwas mehr als zwei Stunden zwischen Leben und im Extremfall Tod bewegt hat, bekommen diese Diskussionen auch eine andere Dimension. Wir sind hier nicht da, um zu jammern, sondern um unsere Arbeit zu machen! Im Grunde genommen, und ich glaube, das ist das Verbindende, geht es auch bei dem, was wir hier diskutieren, um humanitäre Hilfe. (*Abg. Lutschounig: So sollte es sein!*) Ich habe am Vormittag viel Zeit gehabt, um darüber nachzudenken und es ist bei mir die Frage aufgetaucht: Wo ist der Unterschied, wenn das Land Kärnten im fernen Indonesien nach einer großen Katastrophe Hilfe anbietet und diese auch ausführt, zu dem, was Österreich macht, indem es Menschen, Soldatinnen und Soldaten, in das Kriegsgebiet des Tschad schickt, um dort – so wie es der Verteidigungsminister sagt – humanitäre Hilfe anzubieten? Ein Unterschied, glaube ich, ist heute allen klar geworden: Wenn Kärnten mit dem Landeshauptmann Dr. Jörg Haider an der Spitze etwas tut, dann kommen alle, die dabei sind, in des Teufels Küche. Ich will den Teufel hier nicht benennen, einige waren ohnehin schon aktiv! Wenn Österreich Menschen in den Tschad schickt, die dort nichts ausrichten können, sich in einem Keller verstecken müssen, weil es zu gefährlich ist, dann wird der Mantel des Schweigens darüber verbreitet. Daher werden wir heute auch zu diesem Punkt einen Dringlichkeitsantrag einbringen, um die Menschen dort heim zu holen. Und ich sage wieder, zum Thema Banda Aceh gerichtet, eines in aller Deutlichkeit: Wenn es hier Fehlleistungen gegeben hat, wenn wie behauptet, aber nicht bewiesen, kriminelle Tatbestände vorliegen, dann ist das zu ahnden! Ich vertraue der Staatsanwaltschaft, dort ist das in guten Händen! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Ich füge

Dipl.-Ing. Gallo

aber auch hinzu, es sollen sich weder überforderte Politiker noch Medien – im Grunde ist das eines – zum Oberstaatsanwalt aufspielen! Denn genau dieselben Leute, die immer nach dem Rechtsstaat rufen, lassen hier den Rechtsstaat selbst sehr stark vermissen! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Es ist offensichtlich zu einem Volkssport geworden, alles wo Jörg Haider draufsteht oder drin ist, (*Abg. Ing. Hueter: Wo Jörg Haider draufsteht, ist Koloini drin!*) zu skandalisieren, schlecht zu machen, zu verleumden.

Warum, frage ich Sie, machen Sie nicht den angekündigten Untersuchungsausschuss? Ich sage Ihnen, warum! Weil das Konzept ein anderes ist! Es muss die Vorwahlzeit bis zur nächsten Wahl gefüllt werden. Das ist der Grund! Weil Sie keine Leistungen vorzuweisen haben, um dann vor die Wähler zu treten, beginnen Sie einmal mehr mit der Skandalisierung. Das ist bei vier Ausschüssen bisher gescheitert und wird auch hier scheitern! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Es sind viele Vorwürfe erhoben worden. Ich möchte das nur ein bisschen gegenüber stellen, es ist hier von Businessclass-Flügen von Landesbediensteten die Rede gewesen. Der Herr Dr. Gusenbauer hat auch upgegraded und hat dann gezahlt, als es in den Medien gestanden ist. Hier ist noch nichts in den Medien gestanden, noch nichts geprüft worden und die Kosten sind ersetzt worden! Ein anderes Beispiel: Man macht sich große Sorgen, wo denn die Millionen geblieben sind. Der Herr Abgeordnete Schober ist bezeichnenderweise nicht da, obwohl er andere dafür verurteilt, dass sie nicht da sind. Er hat von einem Versickern der Gelder gesprochen. Er soll sich beim Herrn Dr. Gusenbauer und bei dieser 16 Millionen Euro-Geschichte bei der Aktion „Kanzler Gusenbauer am Ball“ betätigen. Hier fragt eine Zeitung: (*Der Redner hält die Kopie einer Zeitungseite hoch und liest ab.*) „Wo sind denn die 16 Millionen Euro Steuergeld für die EURO geblieben?“ (*Vorsitzender: Noch eine*

halbe Minute Redezeit!) Da ist eine Aufgabe, die zu erledigen ist! Und wenn Sie nicht so weit blicken wollen, dann gehen Sie bitte in die Marktgemeinde Paternion, wenn hier so viel von Baumängeln die Rede ist! Dort ist mit Hilfe des Landes ein Gewerbegebiet angekauft und zuerst Schotter abgebaut worden, jetzt wird wieder aufgeschüttet mit Kosten, die unvertretbar sind und die dem Zweck überhaupt widersprechen! (*Abg. Lutschounig: Angriff ist die beste Verteidigung!* – *Abg. Ing. Hueter: Immer die Anderen!*) Hier haben Sie Handlungsbedarf! Genau dasselbe darf ich der ÖVP sagen: Machen Sie im Innenministerium Mode, bei der Polizei in Wien! Das sind Aufgaben, die vor Ihnen stehen!

Wir jedenfalls, meine sehr verehrten Damen und Herren, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist abgelaufen! Bitte zum Schluss zu kommen!*) sagen eines zum Schluss noch: Der Prüfbericht ist ein Rohbericht, die Stellungnahme des Landes ist noch nicht eingearbeitet. Reden wir dann, das habe ich auch vor einem Dreivierteljahr hier gesagt, wenn alle Stellungnahmen und alle Fakten auf dem Tisch liegen. Wir werden weiter helfen, denn das ist unsere Aufgabe, ob es Ihnen passt oder nicht und mit dem werden wir auch vor die Wähler treten! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Hohes Haus! Die Zeit für die Aktuelle Stunde ist abgelaufen, sie ist damit beendet. Bevor wir nun zur Tagesordnung kommen, möchte ich noch bekannt geben, dass die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen und -anfragen genau um 12.21 Uhr endet. Wir kommen somit zur Tagesordnung und bevor ich den Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, behandeln wir die vorgezogenen Dringlichkeitsanträge und ich darf den Landtagsdirektor um die Verlesung des ersten Antrages bitten.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

**1. Ldtgs.Zl. 293-12/29 :
Dringlichkeitsantrag von Abgeordnete-**

**ten des Freiheitlichen Landtagsklubs
betreffend Teuerungsausgleich** mit
folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Mag. Weiß

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass in Österreich nach Kärntner Vorbild ein Teuerungsausgleich an sozial schwache Bevölkerungsgruppen zur Auszahlung gelangt.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Zur Geschäftsbehandlung bitte Herr Abgeordneter Holub!

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Es tut mir leid, wie schon vom Abgeordneten Schwager angekündigt, gilt auch für mich: Dadurch, dass wir bei der Dringlichkeit bei sieben Punkten nicht reden dürfen, da offensichtlich auf unsere Meinung kein Wert gelegt wird, verlassen wir kurzfristig symbolisch den Saal.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Warmuth zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordnete **Warmuth** (F):

Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren! Als innovative Sozialmaßnahme unseres Landeshauptmannes Haider ist der Kärntner Teuerungsausgleich zu bezeichnen. In wenigen Wochen haben hier in Kärnten bereits 15.000 Menschen mit geringem Einkommen diesen erhalten. Menschen, die eine Ausgleichszulage beziehen, eine Mütterpension, eine Wohnbeihilfe oder eine Familienförderung. Es werden 100,- beziehungsweise 150,- Euro ausbezahlt. Die Erhöhung des Lebenshaltungskosten ist eklatant, das wissen wir. Bei den Lebensmitteln 10 Prozent, bei Energie 9 Prozent, Wohnen 5 Prozent, insbesondere hervorgerufen durch die hohen Betriebskosten und innerhalb der letzten acht Jahre 64 Prozent bei der Erhaltung der Autos! Spannend ist für uns die Tatsache, dass die SPÖ auf Bundesebene – der Herr Dr. Gusenbauer – auch diesen Teuerungsausgleich verlangt. Besonders spannend deshalb, weil sich die Kärntner Sozialreferentin, Dr. Gabriele Schaunig, mit ihrem Team im Vorjahr zu diesem Teuerungsausgleich sehr kritisch geäußert hat und damit nach heuti-

gem Stand der Dinge gegensätzlich gegenüber ihrem Bundeskanzler gelegen ist. Eigenartig ist, dass auch die Bundes-ÖVP diesen Teuerungsausgleich als Almosen bezeichnet. Jetzt kann ich sagen, und ich freue mich auch darüber, dass die ÖVP hier im Land Kärnten über mehr soziale Kompetenz verfügt als die Bundeskollegen! Immerhin geben wir im Land Kärnten im heurigen Jahr 4,31 Millionen Euro aus. Künftiges Ziel muss sein, dass die Bundesregierung die Finanzierung dieses Teuerungsausgleiches übernimmt. Ich bin daher sehr gespannt, wie die Damen und Herren der Sozialdemokraten hier mitstimmen. Ich ersuche jedenfalls um Zustimmung zur Dringlichkeit. *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Prettnner zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordnete **Dr. Prettnner** (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Es liegt ein Dringlichkeitsantrag des Freiheitlichen Landtagsklubs zur Forderung des Teuerungsausgleiches vor. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass allgemein bekannt ist, dass die Inflationsquote in unserem Lande in den Monaten November und Dezember auf über 3,2 Prozent angestiegen ist. Ein extremer Anstieg der Inflationsquote, hervorgerufen vor allem dadurch, dass die Grundbedürfnisse, die Lebensgrundlagen in Kärnten und in Österreich insgesamt viel, viel zu teuer geworden sind. Das liegt beim Wohnen, das liegt bei den Energiekosten und bei den Grundnahrungsmitteln! *(Abg. Ing. Scheuch: Und beim Benzin!)* Und natürlich bei den Treibstoffkosten! Die inkludiere ich in den Bereich Energie. *(Abg. Ing. Scheuch: Und beim Herrn Gusenbauer liegt es auch!)* Und nun folgendes: Wir in Kärnten bemühen uns seit Jahren darum, die Wohnkosten leistbar zu halten. Wir bemühen uns redlich mit diversen Anträgen! Auch heute werden wir wieder einen Antrag einbringen, um die Wohnkosten in Kärnten zu senken. Nur die zuständigen Referenten aus dem BZÖ-Klub sind bisher untätig geblieben! Es ist bisher noch nichts passiert! Bei den Energiekosten weise ich nur darauf hin, dass unser Landeshauptmann zuständig und mitverantwortlich ist für die Kelag-Strompreise. *(Abg. Ing. Scheuch: Wie heißt denn der Energiereferent?)* Und gerade im letzten Sommer ist auf Antrag der Kelag

Dr. Prettnner

eine Energiepreiserhöhung durchgeführt worden. (*Abg. Ing. Scheuch: Wie heißt denn der Energie-referent? Mit Zustimmung des Landeshauptmannes aus dem BZÖ, der für die kleinen Menschen ist, der hat diesem Antrag zugestimmt! Ich frage mich: Warum haben wir so hohe Energiepreise in Kärnten? (Abg. Ing. Scheuch: Weil wir den falschen Energiereferenten haben!)* Um eine künstliche Fußballtruppe am Leben zu erhalten, die Kärnten als Schlusslicht repräsentiert! (*Abg. Ing. Scheuch: Und den VSV! Und den VSV!*)

Und zu den Grundnahrungsmitteln: Wenn ich denke, vor einem Jahr konnte man noch Butter unter einem Euro kaufen! Und das in einem Lebensmittelladen, der sich seit Jahren rühmt, immer die billigsten Butterpreise zu haben! Heute bekommen Sie keine Butter unter 1,5 Euro! Und ich frage mich: Wo gehen diese 50 Cent hin? Die Bauern in diesem Lande kriegen sie nicht, denn die Bauern in diesem Land werden international verglichen für ihre Leistungen geringer bezahlt als sonst wo. Für mich kann der Ansatz der Lösung nur darin bestehen, dass wir klare Preisregelungen haben. Vor allem für die Grundnahrungsmittel, vor allem für Wohnen, vor allem für Energie! Hier müssen wir klare Regelungen schaffen. Ein Teuerungsausgleich, wie er jetzt ausgezahlt wird, - und das finde ich auch gut, weil die Leute, die diesen Teuerungsausgleich beanspruchen, ihn ja brauchen – kann nur eine kurzfristige Lösung sein. Das ist so wie unsere Landeshauptmann-Stellvertreterin gesagt hat, ein Schmerzmittel, das keine Ursachenbekämpfung ist! (*Abg. Trettenbrein: Ursachenbekämpfung wäre, wenn der Gusi in Pension geht!*) Wie gesagt, wir fordern klare Regelungen bei Preisen, so wie es sie früher immer gegeben hat, dass Grundnahrungsmittel Obergrenzen haben, dass Brot, Milchprodukte et cetera einen Oberpreis haben, dass die Energiepreise – und hier könnte auch der Landeshauptmann mitwirken – leistbar sind.

Vor allem sind wir gegen Teuerungsausgleiche, wenn es gehandhabt wird, so wie im Lande Kärnten, dass es Einmalzahlungen sind, die da vom zuständigen Referenten oder Landeshauptmann per Handkasse ausgezahlt werden, wo sich dann Tausende Menschen anstellen müssen, bei Minusgraden, um 100 Euro zu bekommen. Das ist wirklich nur eine Almosenaktion. (*Abg. Ing. Scheuch: Das will ja der Gusenbauer!*)

Für uns kann nur eine rechtlich abgesicherte Erhöhung der Mindestsicherung sein. Der Ansatz ist aus Kärnten; wir haben eine Mindestsicherung. Dieses kann nur rechtlich abgesichert mit einer erhöhten Auszahlung stattfinden. Da ist es Ihnen unbenommen, zuzustimmen. Wir können unbenommen eine Erhöhung des Mindestbedarfes einführen. (*Vorsitzender: Eine halbe Minute Redezeit noch!*) Da sind wir voll hinter Ihnen. Wir sind für klare Preisregelungen bei Grundnahrungsmitteln, aber nicht für kurzfristige Einmalzahlungen, (*Abg. Ing. Scheuch: Das war auch der Gusenbauer!*) sondern für nachhaltige Wirkung auf die Kärntner Bevölkerung und die österreichische Bevölkerung. Danke! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Tauschitz zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der Dringlichkeitsantrag des BZÖ zum Teuerungsausgleich: Ja, „Schuster bleib bei deinen Leisten!“ Wir in Kärnten sollen uns um Kärnten kümmern, und in Wien sollen sie sich um den Rest kümmern. Wenn das BZÖ in Kärnten selbst dafür verantwortlich ist, dass wir hier die größten Teuerungen hinnehmen müssen, weil ein Belastungspaket im Jahr 2005 beschlossen worden ist, weil die Strompreise in die Höhe gegangen sind etc., und wenn der Landeshauptmann selbst hier in Kärnten nicht dafür sorgen kann, dass die Kaufkraft steigt und die Teuerung heruntergeht und wir aus einem anderen Grund, nämlich dem, dass wir meilenweit entfernt sind von der Kaufkraft der anderen Bundesländer, einen einmaligen Teuerungsausgleich durchgeführt haben, dann heißt das noch lange nicht, dass das, was in Kärnten gut ist, in Österreich auch funktioniert. Österreich ist bei Gott nicht so schwach wie Kärnten.

Aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag auch ab. Denn ein Teuerungsausgleich für 40.000 Menschen ist vielleicht finanzierbar – aber das, was auf Bundesebene jetzt diskutiert wird, ist schlicht und ergreifend der falsche Weg. In Wien hat man die Steuerhoheit. In Wien kann man an allen anderen Rädern drehen, was wir in Kärnten nicht können, denn wir haben keine Steuerhoheit, wir haben keine Möglich-

Tauschitz

keit. Das ist alles Bundeskompetenz. Es wird nicht der Bund, wo er doch alle Möglichkeiten hat, die Teuerungen anderweitig zu bekämpfen, einen Teuerungsausgleich durchführen, der in einem Bundesland, im schwächsten Bundesland Österreichs, vielleicht eine einmalige Aktion war, die durchaus einen Effekt hatte. Aber sicherlich nicht in Wien, wo alle Möglichkeiten bestehen, die Teuerung anders zu bekämpfen.

Schauen Sie, was Vizekanzler Molterer vorgeschlagen hat, dann wissen Sie, wie es geht. Dann wissen Sie, wie man die Teuerung auch tatsächlich mindern kann. Danke schön! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt: Bitte um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem FSG-Ausschuss zu. (*Abg. Zellot: Danke! Danke!*)

Bevor ich nun zur Verlesung des nächsten Dringlichkeitsantrages schreite, heiße ich sehr herzlich willkommen, hier auf der Zuhörertribüne, Schülerinnen und Schüler der Handelsakademie Villach, unter der Begleitung von Frau Prof. Karin Weiß! Herzlich willkommen, hier im Hause! (*Beifall*)

Nun, Herr Landtagsdirektor, bitte um die Verlesung des 2. Dringlichkeitsantrages!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

2. Ldtgs.Zl. 236-4/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Gebührenstopp und Aufhebung des Belastungspaketes von BZÖ und SPÖ aus dem Jahre 2005 mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. das vom BZÖ und SPÖ im Jahre 2005 beschlossene Belastungspaket für die Kärntner Bevölkerung in Form einer Verdoppelung der Orts- und Nächtigungstaxen, der Fremdenverkehrsabgabengebühren, der Einführung der Zweitwohnsitzabgabe usw. sofort rückgängig zu machen und
2. einen Beschluss dahingehend zu fassen, dass es in dieser Legislaturperiode zu keiner Erhöhung bzw. Neueinführung von Steuern und Abgaben kommen darf, auch nicht in Form von Valorisierungen von bestehenden Gebühren, Steuern und Abgaben sowie
3. in Verhandlungen mit der KELAG-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zu erreichen, dass die im letzten Jahr durchgeführte Strompreiserhöhung wieder rückgängig gemacht wird und es auch im Jahr 2008 zu keiner Strompreiserhöhung kommt;
4. dafür Sorge zu tragen, dass es zu einer deutlichen Senkung der Mietbelastungen kommt und
5. in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass es auch seitens der Bundesregierung zu einem Gebührenstopp kommt, wie dies von Seiten der Bundes-ÖVP gefordert wird.

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren auf der Zuhörertribüne! In dem vorhergehenden Antrag hat man wieder die Doppelbödigkeit des BZÖ kennen gelernt. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Doppelbödigkeit? – Wir haben eine Linie. Das ist Doppelbödigkeit! Das ist Doppelbödigkeit!*) Bitte, pass einmal auf! Die Doppelbödigkeit lautet dahin gehend, dass wir einen Teuerungsausgleich vor allem auf der Bundesebene haben, und hier im Land Kärnten beschließen wir ein Belastungspaket aus dem Jahr 2005, ohne mit einer Wimper zu zucken, in der Höhe von 15,5 Millionen Euro, was es ausmacht. (*Abg. Trettenbrein: Beleidigter Bürgermeister!*) Ich bin gar nicht beleidigt, als Bürgermeister. Ich hätte deswegen auch bei uns in meiner Meinung bis zum Schluss heraus gehalten und habe den Minimalstsatz gemacht. Ich sage

Ing. Hueter

dir ehrlich eines: Ich habe überhaupt keine Freude damit! Wie ihr habt das damals, 2005, verkauft, mit dem Argument: „Stärkung des ländlichen Raumes.“ Bitte schön, wer zahlt das heute? – Die Leute vor Ort! Die Tourismusbetriebe und die Betriebe, die Kärntner, die irgendwo einen Zweitwohnsitz haben, dürfen dann in der Gemeinde X noch einmal zahlen. Wenn das die „Stärkung des ländlichen Raumes“ ist, dann muss ich sagen, habe ich Gott sei Dank eine andere Anpassung dazu. Deswegen auch diese Dinge, die der Herr Landeshauptmann ganz leicht machen könnte: die Strompreiserhöhung. Die könnte er morgen rückgängig machen. Das wäre wirklich ein Teuerungsausgleich für die Kärntnerinnen und Kärntner! Das ist nicht passiert, deswegen sind diese Punkte, die wir hier gefordert haben, glaube ich, mehr als einleuchtend, vor allem, dass einmal generell keine Gebührenerhöhung einmal statt findet, weil es wird immer nur von Erhöhungen gesprochen und dann Almosen den Menschen wieder hinter gegeben. (Abg. Trettenbrein: Was du für einen Blödsinn zusammenredest! Wer ist denn Energiereferent?!) Die Devise lautet: Einen Euro geben und drei Euro wegnehmen. Dann fehlen immer noch zwei Euro in der Tasche. Das, glaube ich, ist der Punkt.

Wir hoffen, dass wir hier eine Mehrheit finden. Ich darf die Dringlichkeit, ich sage es heraus, werden wir sehen. Auf jeden Fall: Wir fordern wirklich einen schleunigsten Gebührenstopp (Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Dann fang du als Bürgermeister in deiner Gemeinde einmal an!) und die Aufhebung des Belastungspaketes aus dem Jahr 2005! (Beifall von der ÖVP-Fraktion)

(Den Vorsitz hat um 11.35 Uhr 2. Präs. Ferlitsch übernommen. - Der Vorsitzende erteilt Abg. Willegger zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Willegger** (F):

Geschätzter Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das beweist wieder einmal die Wehleidigkeit der ÖVP. In Wirklichkeit, in Wien draußen, leben sie alle über die Verhältnisse – aber, wie es scheint, noch immer nicht standesgemäß, bringen überhaupt nichts zusammen, außer wenn sie wie gestern gemeinsam auf der Tribüne sitzen und das 0:3 gegen Deutschland sich anschauen. Da herrscht Ein-

tracht, aber sonst passiert da überhaupt nichts, bitte schön! (Beifall von der F-Fraktion) Wie schaut es denn in Wirklichkeit aus, mit der Einmalzahlung 100 Euro, die wir in Kärnten schon durchgesetzt haben?! Wie schaut es aus mit der Preispolitik bei den Mineralölfirmen. Bitte, den Kärntnern wird ja der Hals abgeschnürt. Die Luft bleibt ihnen weg! (Beifall von der F-Fraktion)

Sehr geehrte Damen und Herren! Beweglichkeit werden sich nur mehr ein paar Reiche leisten können. Das ist unglaublich! Das ist unglaublich! Wie schaut es bei den Lebensmitteln bei den Handelsketten aus? Da kann man einmal schauen, was da passiert. Nichts passiert! Die gehören unter die Lupe genommen! Wie schaut es bei der Autobahnvignette aus? (Abg. Tauschitz: Aber, die ASFiNAG war das!) Die wird nächstes Jahr wieder erhöht werden. (Beifall von der F-Fraktion) Endlich, bitte schön, meine Damen und Herren, endlich einmal einen Gebührenstopp! (Abg. Ing. Hueter: Sonst derzahlen wir den Reichhold nicht! – Lärm im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.) Denken Sie an die Rezeptgebühren. Warum passiert da nichts?! Da werden Tausende Pensionisten zur Kasse gebeten, bitte, Tausende Pensionisten zahlen Rezeptgebühren! Und die sind nämlich gar nicht so wenig.

Das Tohuwabohu, bitte, bei den Pensionserhöhungen: Also bitte, die Bundesregierung ist wirklich aufgefordert, einmal tatsächlich etwas zu machen: von der Mindestsicherung an. Also, in Wirklichkeit, ihr schafft überhaupt nichts! Ihr könnt nur gemeinsam Fußball zuschauen und mehr nicht. Wir werden dieser Dringlichkeit natürlich nicht zustimmen! Danke! (Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Trettenbrein: Bravo!)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Seiser das Wort.)

Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Kollege Willegger, das war ein bisserl eine holprige Ablehnung des Dringlichkeitsantrages, (Abg. Ing. Haas: Na, Seiser!) weil du ja eigentlich den Gebührenstopp verlangt hast, etc. Wenn du also glaubst, mit sozialpolitischen Nebelgranaten à la Teuerungshunderter etc. reüssieren zu können,

Seiser

(Abg. Ing. Scheuch: Sag' das dem Gusi! – Lärm im Hause.) dann werden wir dich eines Besseren belehren, was die Reduktion der Rezeptgebühren betrifft. Wir werden dich mit der sozialdemokratischen Korrespondenz beteilen. Dann weißt du, dass die Pensionisten eine noch nie da gewesene Verringerung der Rezeptgebühren – dank unseres Bundeskanzlers Gusenbauer – erfahren haben. (Beifall von der SPÖ-Fraktion. – Abg. Willegger zeigt nun Tafeln vor: „Studiengebühren abgeschafft. Danke, Gusi!“; später „Benzinpreis erhöht. Danke, Gusi!“)

Jetzt aber zum Dringlichkeitsantrag der ÖVP, der durchaus in gewissen Teilen eine Ernsthaftigkeit und Berechtigung hat, wobei mir also die Ernsthaftigkeit der Bundesregierungsmitglieder doch ein bisserl abgeht. Wenn der Herr Vizekanzler Molterer den Stopp der Vignettengebühr verlangt und die Postgebühren einfrieren will, dann frage ich mich, was das einem Bedürftigen wirklich hilft. Wenn andererseits der Herr Kollege Bartenstein sagt: „100 Euro, das ist eigentlich nichts. Das ist also“, was weiß ich „zweimal eine Tankfüllung.“ Da würde ich schon ein bisserl mehr Empathie hören wollen, aus diesen Dingen. Dennoch, Herr Kollege Tauschitz, birgt dieser Antrag einiges an Sinnvollem in sich. Das gefällt mir ganz gut, insbesondere was die Mietbelastungen betrifft. (Abg. Rossmann: Was ist mit den ORF-Gebühren?!) Wir haben also heute auch wieder, glaube ich, schon den 15. oder 20. Antrag eingebracht, was die Senkung der Mieten betrifft. Die im BZÖ zuständigen Referenten schlafen offensichtlich permanent, aber das wundert nicht.

Wir werden, geschätzte Damen und Herren, diesem Dringlichkeitsantrag jetzt in Bezug auf die Dringlichkeit nicht zustimmen, freuen uns aber auf eine gemeinsame Behandlung dann im zuständigen Ausschuss. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall von der SPÖ-Fraktion)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Wir kommen zur Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit. Zweidrittelmehrheit ist erforderlich. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise den Antrag dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu.

Ich darf den Herrn Landtagsdirektor ersuchen, den weiteren Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

3. Ldtgs.Zl. 66-25/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend die Entwicklungsagentur Kärnten – 3 Vorstände für eine Mini-Gesellschaft; Rücknahme der Entscheidung mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag möge beschließen:

Der für die Entwicklungsagentur politisch verantwortliche Landeshauptmann Dr. Haider wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die noch dazu ohne Ausschreibung mit einem BZÖ-Bürgermeister besetzte Position eines dritten Vorstandes bei der Mini-Gesellschaft Entwicklungsagentur Kärnten unverzüglich zurück genommen wird.

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Dr. Kaiser zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Rasch, bevor die Kärntner Landesholding und ihre Gesellschaften zusammen geführt werden, vor der Eingliederung in die Landesholding, wird hier in schamloser Weise seitens des BZÖ Personalpolitik und Personalversorgung betrieben. Ich zitiere drei Schlagzeilen dreier unterschiedlicher Kärntner Zeitungen, die eigentlich in einem Satz das zum Ausdruck bringen, was die Kärntner Bevölkerung auch äußerst irritiert: „Rasche Versorgung eines Parteikollegen“, „Job für BZÖ-Bürgermeister. BZÖ-Bürgermeister in Entwicklungsagentur Kärnten gehievt.“

Dass das Ganze im System Haider ohne Ausschreibung, ohne Anforderungsprofil erfolgte, sei nur der Form halber festgestellt. Dass Begriffe wie „Freunderlwirtschaft“ oder „Versorgungsposten“, die man ja eher aus dem Munde des BZÖ immer wieder vernommen hatte, hier

Mag. Dr. Kaiser

schamlos tot geschwiegen werden, sei nur der Form halber erwähnt.

Es gehört auch einmal die Frage hier offen gestellt: Was hält man denn von Ausschreibungsbestimmungen, von Objektivierungen, wenn man dann, wenn es notwendigerweise so ist, als Eigentümervertreter herantritt und einfach, weil es einem zufällig passt, in eine Gesellschaft – die letztendlich 16 Beschäftigte hat – den dritten Vorstand hinein setzt, so unter dem Motto: „Je fünf Beschäftigte ein Direktor.“ Und das natürlich mit entsprechender Bezahlung.

Hier macht die SPÖ nicht mit, meine Damen und Herren! Wir fordern daher in unserem Dringlichkeitsantrag, den Eigentümervertreter, Landeshauptmann und Finanzreferent und Wirtschaftsreferent Dr. Haider auf, diese parteipolitische Besetzung – und nichts Anderes ist es – sofort zurück zu nehmen. Denn das ist, glaube ich, ein Gebot der Stunde! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

Meine Damen und Herren! Sie haben auch hier, in diesem Hohen Haus – mein Kollege Markut hat dazu gesprochen -, die Zustimmung der SPÖ dafür bekommen, dass wesentliche Gesellschaften in die Landesholding eingegliedert werden sollen.

Wenn Sie jetzt de facto fünf Minuten vor 12 dort noch Ihre Leute versorgen, dann ist das aus meiner Sicht Missbrauch eines politischen Entgegenkommens von anderen Parteien im Kärntner Landtag. Denn das ist in Wirklichkeit nichts anderes als das, was Sie allen anderen immer vorgeworfen haben: Freunderlwirtschaft, Parteiluchwirtschaft und das in übelster Form! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

(Zwischenruf von Abg. Dipl.-Ing. Gallo.) Das ist die Firma, bei der du nie arbeiten wirst, Joe Gallo! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Tsunami-Magister!)* Ich muss dem Peter Kaiser in allen Punkten vollkommen recht geben, weil es ist schlicht und ergreifend eine bodenlose Frechheit, wenn jetzt noch knapp vor der Eingliederung der Kärnten Werbung der Bürgermeister von Mühldorf – ich

meine, man müsste überhaupt schauen, wo die BZÖ-Bürgermeister alle so arbeiten, denn einige davon haben sehr interessante Nebenjobs – bei der Kärnten Werbung mit einem Vorstandsposten betraut wird! *(Abg. Ing. Scheuch: Ich kenne einen, der arbeitet in der Gemeindeabteilung! Der Mörtl!)* Mein lieber Kollege Scheuch! Dagegen war die Verstaatlichte – Entschuldigung – aber ein Kindergeburtstag gegen das, was Ihr in Kärnten aufführt! Es ist schlicht und ergreifend unerträglich! Ihr bringt überall irgendwelche Leute in Positionen und vor allem in Positionen, denen sie nicht gewachsen sind. Oder ist das der nächste Experte für quasi eh fast alles, *(Abg. Ing. Scheuch: Dann dürftest du nicht da draußen sein!)* wie der Franzi Koloini? Oder ist das der nächste Hilfeinsatzkoordinator wie der Honorarkonsul Bradach, der zwar ein fettes Honorar kassiert, aber nichts Honoriges an sich hat? Der Antrag ist schlicht und ergreifend richtig. Denn es kann nicht sein, dass wir Steuergeld beim Fenster rauswerfen und für fünf Bedienstete einen Vorstand einsetzen, *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist ja kein Vorstand!)* das wird jeder normale Mensch verstehen! Der Landeshauptmann hat immer gesagt, der Kreisky ist ein bisschen sein Vorbild. Das ist so wie damals: Verstaatlichte, Kreisky, Geld hinausschmeißen, die nächsten Generationen verschulden, volles Programm! *(Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der SPÖ-Fraktion.)* Ja, Rudi, die ganze SPÖ ist jetzt natürlich gegen mich, das verstehe ich schon, aber das Erbe wird das gleiche sein. Die Frau Kollegin Knicek sitzt dort hinten, genau die gleiche Geschichte. Die Frau Bundesministerin hat einschreiten müssen, *(Abg. Mag. Knicek: Es gibt ein Auswahlverfahren! – Abg. Ing. Scheuch: Geh fertig studieren! – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen!)* richtig, weil die Frau Bundesministerin jetzt die ganze Geschichte beendet hat. Es ist Postenschacher, es ist Freunderlwirtschaft und ihr betreibt das in einer Art und Weise und in einer Präpotenz, die es noch nie in diesem Land gegeben hat! *(Es herrscht starke Unaufmerksamkeit im Hause.)* Selbstverständlich werden wir diesem Antrag die Zustimmung geben! *(Lärm im Hause. – Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Zur Dringlichkeit hat sich der 3. Präsident Dr. Strutz gemeldet. Ich darf dir das Wort erteilen! (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der Tauschitz kann zum ORF gehen! – Abg. Ing. Scheuch: Der soll einmal fertig studieren! – Es herrscht starke Unruhe in der F-Fraktion.*) Meine Damen und Herren, beruhigen Sie sich! Am Wort ist der 3. Präsident Dr. Strutz! Bitte!

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Richtig gesagt, geschätzte Mitglieder des Landtages, beruhigen Sie sich, denn niemand, von keiner politischen Partei, darf beim Thema Postenschacher hier den Mund aufmachen! Weder die SPÖ noch die ÖVP, auch nicht die Grünen, Kollege Holub – wenn ich an den Kollegen Strobl im ORF denke – (*Abg. Holub: Ja, aber der gehört nicht mir! – Unruhe im Hause.*) weder die Freiheitlichen noch das BZÖ!

Vor wenigen Tagen verhandelte die Kärntner Landesregierung mit dem Verbund, mit den Vorständen des Verbundes. Wer sitzt einem gegenüber? Eine gewisse Frau Baumgartner – ÖVP-Nationalratsabgeordnete – plötzlich Vorstand im Verbund, (*Abg. Tauschitz: Weil sie kompetent ist und nicht weil sie zu versorgen ist!*) ein Herr Dr. Sereinig, Büroleiter des Dr. Vranitzky, qualifiziert, (*Zwischenruf von Abg. Ing. Scheuch.*) jetzt Vorstand des Verbundes! (*Abg. Ing. Scheuch: Hört! Hört!*) Als es darum ging, den Sekretär des Landeshauptmannes Zernatto als Direktor im LKH Klagenfurt zu versorgen, hat die ÖVP geschwiegen. Als es darum ging, als Peter Ambrozy aus der Landesregierung ausschied, einen Mitarbeiter zum Direktor im LKH in Hermagor zu machen, hat die SPÖ geschwiegen, hat das BZÖ geschwiegen! (*Lärm im Hause.*) Warum? Weil wir gesagt haben, das sind qualifizierte Leute! Und ich möchte hier die Frage stellen: Darf eine Brigitte Ederer nicht Vorstand bei Siemens sein, die erfolgreich arbeitet, die ihre Lehrjahre in der Politik gesammelt hat? (*Abg. Tauschitz: Freilich darf sie! Wohl!*) Darf ein Wolfgang Rutensdorfer, ein Rudolf Scholten, plötzlich nicht mehr in der Privatwirtschaft tätig sein? Ich stelle die Frage: Darf jemand, der ein unabhängig gewählter Bürger-

meister ist – nicht auf einer BZÖ-Liste, sondern direkt vom Volk (*Starker Lärm im Hause.*) in Mühldorf gewählt – darf er deshalb keinen Beruf in Kärnten mehr ausüben? Hat er auf Lebzeiten Berufsverbot, meine sehr geehrten Damen und Herren? (*Unruhe im Hause. – Beifall von der F-Fraktion.*)

Ich habe vor gar nicht allzu langer Zeit im Dezember des Vorjahres an den Kollegen Martinz eine Frage gerichtet, weil eine ÖVP-nahe Person ohne Ausschreibung gleich in der Holding angestellt wurde. (*Abg. Ing. Scheuch: Hört! Hört!*) Neue Vorstände, neue Aufsichtsratsvorsitzende (*Abg. Ing. Scheuch: Alle Sekretäre raus!*) und der Herr Martinz hat hier im Hohen Haus am 3. Dezember geantwortet: „Deshalb ist es auch so, dass die Aufnahme von Personal eine Maßnahme der ordentlichen Geschäftsführung ist, die dort entsprechend abzuwickeln ist.“ Und: „Eigentlich bin ich froh darüber, der Vorstand hat also die Meinung gehabt, das ist die beste Besetzung für diese Position und für die massiven Aufgaben in der Landesholding,“ aus, Schluss, basta! Das ist die Stellungnahme des Herrn Martinz, wenn es um einen ÖVP-Günstling geht. Deshalb sage ich hier: Richtig wäre, ein Personalbesetzungsgesetz im Kärntner Landtag zu verabschieden, das alle Spielregeln klar regelt. (*Abg. Tauschitz: Sowie das Objektivierungsgesetz!*) Ich bin aber gegen ein Berufsverbot für Politiker oder ehemalige Politiker, weil ich glaube, dass politisches Engagement ein wesentliches Element einer demokratischen Gesellschaft ist. (*Beifall von der F-Fraktion.*) Wo werden wir qualifizierte Persönlichkeiten finden, die sich für politische Parteien, für unser Allgemeinwesen interessieren, wenn sie – nachdem sie politisch tätig sind, sowie auch der Kollege Angerer direkt vom Volk gewählt, als unabhängiger Bürgermeister in Mühldorf, nicht einer politischen Partei zugehörig (*Abg. Tauschitz: BZÖ-Bürgermeister in Mühldorf!*) – dann auf Lebzeiten verfolgt werden und keine Position mehr haben dürfen? Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, (*Vorsitzender: Die Redezeit beträgt noch eine halbe Minute!*) dass der Dringlichkeitsantrag falsch eingebracht wurde. Drei Vorstände für die Entwicklungsagentur Kärnten ist falsch, es handelt sich hier um eine Prokuristenfunktion, also noch eine Stufe untergeordnet. Das wollte ich hier noch klargestellt haben! (*Beifall von der F-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Ich darf die Damen und Herren Abgeordneten bitten, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung, es ist Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer der Dringlichkeit die Zustimmung erteilt, bitte um ein Handzeichen! – (*Zwischenruf*

von Abg. Ing. Scheuch.) Ich darf trotzdem zählen, Herr Klubobmann! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit! (*Abg. Ing. Scheuch: Oje! Oje!*) Ich weise den Antrag dem Wirtschafts- und Finanzausschuss zu! Damit sind die vorgezogenen Dringlichkeitsanträge erledigt.

Tagesordnung

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 1:

1. Ldtgs.Zl. 368-2/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Veranstaltungsgesetz 1997 geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Mag. Ragger. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa ist die 1. Lesung erfolgt. Bevor ich jedoch dem Berichterstatter das Wort erteile, ist es mir eine Freude, die Lehrlinge aus den Kärntner Gemeinden vom interkommunalen Ausbildungsverband Kärnten zu begrüßen! Die Begleitung ist Mag. Martin Klemenjak! Herzlich willkommen! (*Beifall im Hause.*) Ich darf kurz unterbrechen, der Herr Berichterstatter Mag. Ragger ist nicht da. – (*Abg. Mag. Ragger betritt gleich darauf den Plenarsaal.*) So, Herr Berichterstatter Abgeordneter Ragger, ich darf Sie ersuchen, das nächste Mal pünktlicher zu sein! Bitte, ich erteile Ihnen das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Bei gegenständlicher Tagesordnung handelt es sich um eine Änderung des Kärntner Veranstaltungsgesetzes, insbesondere in wesentlichen Punkten des Public

Viewing. Das heißt, bereits vorausschauend für die Europameisterschaft 2008 sollte hier eine Möglichkeit geschaffen werden, für größere Veranstaltungen eine geordnete Veranstaltung abwickeln zu können. Es geht um einzelne Abklärungen im Veranstaltungsgesetz selbst wie zum Beispiel, dass bei einzelnen „Saufgelagen“ hier eine klare Regelung im Veranstaltungsgesetz getroffen wird sowie dass einzelne Adaptierungen vorgenommen werden.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(*Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Holub das Wort.*)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren auf der Tribüne! Wir werden diesem Tagesordnungspunkt zustimmen. Grundsätzlich geht es hier um Neuerungen, die drei Punkte betreffen. Die Sommerrodelbahnen fallen nun auch in das Veranstaltungsgesetz. Im Hinblick auf die Europameisterschaft werden eben jetzt gewisse Sachen unter das Veranstaltungsgesetz fallen, wie Public Viewing, also größere Fernsehapparate. Hier hat man dann mehr Möglichkeiten bei größerer Besucherzahl einzugreifen. Also, dass man zum Beispiel den alkoholischen Ausschank beschränken kann und dass Gemeinden erlaubt wird, wenn Not an Zeltlagern ist, so eines auch zu errichten, wie es wahrscheinlich auch im Europapark gemacht werden wird. Dieses Gesetz ist absolut notwendig. Aber uns geht es etwas zu wenig weit, weil die Sachen mit dem Campen nicht die gleichen Einschränkungen haben, wie es beim Campinggesetz der Fall ist, wo man

Holub

ziemlich genau festhält, was jetzt an Müll und an Abwasser gemacht werden muss und dass das Trinkwasser zur Verfügung gestellt werden muss. Ich denke, wir sollten uns nach der Europameisterschaft zusammensetzen. Denn dann wird man auch wissen, wo die Mängel waren, was da alles passiert sein werden wird. Und wenn man sieht, was man in Berlin machen musste, dass man am Kurfürstendamm Tonnen von Erdreich ausheben musste, weil es eben durch Fäkalien verseucht war, dann wird man bei uns erst merken, was man alles zur Verfügung gestellt haben hätte müssen. Deswegen wäre es gescheit, wenn wir uns wirklich ein paar Wochen nach der EM alle zusammensetzen und sagen: Falls so etwas noch einmal kommt oder bei Großveranstaltungen überhaupt – das GTI-Treffen ist ja auch so eine – dass man hier ein bisschen besser vorsorgt. Ich glaube, das wird nicht reichen, was man hier tut. Ich glaube auch, dass es für mich als Grüner problematisch ist, dass hier das Naturschutzgesetz nicht mehr zur Anwendung kommt, dass man jetzt Landschaftsschutzgebiete hernimmt und dort das Campen erlaubt, aber eben nicht nach dem Campinggesetz. Ich denke, dass hier doch einige Natur zerstört werden wird. Wie gesagt, wir stimmen dem zu, weil es ein erster Schritt ist. Mir ist es zu wenig, aber schauen wir erst nachher, wenn es soweit gekommen ist. Danke!

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Stark das Wort.)

Abgeordneter **Stark** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Damen und Herren! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Dieses Gesetz, das hier beschlossen werden soll, ist eigentlich eine Novellierung des Veranstaltungsgesetzes. Bei Novellierungen passieren auch Fehler, wenn man es genau durchsieht. Dass man heute bei über 3.000 Besuchern im Hinblick auf die rivalisierenden Anhänger wegen Alkoholverbot und dergleichen voranschreitet und die Mitnahme von alkoholischen Getränken durch die Besucher zu Veranstaltungen untersagt, finde ich richtig. Aber dass man dann bei außergewöhnlichem Besucheraufkommen beabsichtigt, eine Verpflichtung für den Veranstalter einzuführen Behelfsflächen einzurichten, die während der Veranstaltung dem Verbleib der Besucher dienen sollen, das ist schon weit her-

genommen. Mit solchen unsinnigen und nicht notwendigen Gesetzesänderungen wird man Veranstalter, die schon derzeit aufgrund der drückenden Auflagen nicht mehr in der Lage sind, Veranstaltungen kostendeckend abzuwickeln, weiter belasten. Solche Großveranstaltungen, welche für die Kärntner Wirtschaft enorm wichtig sind, dürfen nicht durch neue Auflagen abgewürgt werden!

Es wird daher im Interesse des Fremdenverkehrs und der Gesamtwirtschaft ersucht, obige Verpflichtungen der Veranstaltung von Großereignissen in Bezug auf Behelfsflächen nicht in das Kärntner Veranstaltungsgesetz 1997 aufzunehmen. Daher stimmen die drei Klubs, FPÖ-Klub, SPÖ-Klub und ÖVP-Klub, gemäß § 61 Absatz 6 der Geschäftsordnung des Kärntner Landtages zu, den Abänderungsantrag der Ziffer 11 a vom Kärntner Veranstaltungsgesetz auszunehmen. Bitte, lieber Herr Präsident, ich möchte dir den Abänderungsantrag überreichen! Ich hoffe, dass durch diese Abänderung den Veranstaltern von Großveranstaltungen, die in Kärnten ja sehr viele sind, auch geholfen werden kann. Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.)

Abgeordnete **Mag. Cernic** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abgesehen von den Regelungen im Bereich Public Viewing, von denen ich glaube, dass sie insbesondere im Hinblick auf die bei der EURO 2008 zu erwartende Häufung von Großveranstaltungen dieser Art unbedingt notwendig erscheinen, beinhaltet dieses Gesetz ein ausdrückliches Verbot von Veranstaltungen, bei denen die Anwesenden durch eine Wettbewerbssituation oder durch Spiele, dazu animiert werden, Unmengen von Alkohol zu trinken. Es ist dies der Versuch einer ersten Reaktion auf immer mehr Hinweise, dass wir bezüglich Alkoholmissbrauches, insbesondere auch bezüglich Alkoholmissbrauches, zu dem Jugendliche im Rahmen des Besuches von Veranstaltungen animiert werden, dazu angehalten sind, darauf zu reagieren. Insofern ist dieses ausdrückliche Verbot solcher Veranstaltungen ein erster Schritt in die richtige Richtung, obwohl bemerkt werden muss, dass das Land in dieser Hinsicht natürlich nur eingeschränkte

Mag. Cernic

Regelungsmöglichkeiten hat, weil Veranstaltungen dieser Art, wenn sie sich in Gaststätten, Gastbetrieben abspielen, den Regelungen der Angelegenheiten des Gewerbes unterliegen und das ist eine Sache bundesgesetzlicher Vorgaben. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass wir hier im Kärntner Landtag im Hinblick auf eine andere Sache sehr wohl Handlungsspielraum und -möglichkeiten hätten. Das wäre eine Neuregelung bezüglich des Kleinen Glücksspiels. Es wäre Sache dieses Landtags – jetzt, da wir wissen, zu welchen negativen Folgen diese Regelung führt, jetzt, da wir wissen, dass das, was alle Expertinnen und Experten vor zehn Jahren prophezeit haben, dass nämlich die Anzahl der spielsüchtigen Menschen im Land sprunghaft ansteigen wird – dies endlich zur Kenntnis zu nehmen und eine Umkehr einzuleiten.

Ich plädiere an dieser Stelle nach dieser ersten Initiative, die es in diesem Gesetz gibt, unsere Möglichkeiten wahrzunehmen und diese Initiativen von unserer Seite aus fortzusetzen und das Kleine Glücksspiel wieder neu zu regeln und den stufenweisen Ausstieg aus dem Kleinen Glücksspiel in Kärnten gemeinsam zu beschließen. *(Abg. Lutschounig: In die Illegalität! – Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ich hoffe sehr, dass sich für diesen Schritt in der nächsten Zeit doch eine Mehrheit finden wird, denn alles andere hieße, die Augen vor den negativen Konsequenzen zu verschließen. Die Augen zu verschließen davor, dass wir gesamtgesellschaftlich hohe Mittel aufwenden müssen, um diese Menschen zu behandeln und dass sich in dieser Art und Weise, abgesehen vom Leid der Betroffenen, nicht einmal mehr die Steuereinnahmen rechtfertigen lassen, die wir aus dem Kleinen Glücksspiel haben.

Ich möchte die Gelegenheit noch zu einer ganz anderen Sache nützen. Wie offensichtlich dem Kollegen Gallo ist es heute auch mir passiert, dass ich auf der Autobahn in diese fürchterliche Massenkarambolage geraten bin. Abgesehen vom Schrecken war das aber auch eine Gelegenheit, die wirklich hervorragende Arbeit unserer Einsatzkräfte ganz aus der Nähe zu beobachten. Es waren Polizei, Feuerwehr und dann auch die privaten Räumungsdienste gemeinschaftlich im Einsatz. Der Eindruck, den man da bekommen hat, war der, dass es unglaublich gut funktioniert hat, denn es war eine wirklich chaotische Situa-

tion. Wenn einmal über 600 Meter weit Fahrzeuge ineinander verkeilt sind, dann können Sie sich vorstellen, dass das wirklich ein Chaos war. Und daher möchte ich mich herzlich bedanken, weil ich glaube, dass es nicht selbstverständlich ist, dass man eine so chaotische Situation doch in einer akzeptablen Zeit wieder auflöst, Hilfe leistet und dazu beiträgt, dass alles wieder in geordnete Bahnen kommt. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir im Rahmen der Generaldebatte keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Dieser Antrag wird einstimmig beschlossen. – Auch der Antrag über die artikel- und ziffernmäßige Abstimmung erfolgt einstimmig. – Berichterstatter:)

Artikel I

Das Kärntner Veranstaltungsgesetz 1997 – K-VAG 1997, LGBl. Nr. 95, in der Fassung der Gesetze LGBl. Nr. 68/1998, 27/1999, 138/2001 und 77/2005 sowie der Kundmachungen LGBl. Nr. 119/1997 und 16/1998, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10, Ziffer 11

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme von Artikel I Ziffer 1 bis 11 erfolgt einstimmig. – Vorsitzender: Es liegt ein Abänderungsantrag vor. Herr Direktor, ich darf dich ersuchen, ihn zu verlesen!)

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Der Abänderungsantrag von F-Klub, SPÖ-Klub und ÖVP-Klub lautet:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen, die Ziffer 11 a entfällt.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist, dass wir das so beschließen, möge zum Zeichen bitte die Hand erheben. – Ebenfalls einstimmige Annahme. Bitte fortzufahren, Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Ziffer 12, Ziffer 13, Ziffer 14

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme von Artikel I Ziffer 12 bis 14 erfolgt ebenfalls einstimmig. – Berichterstatter:)

Artikel II

Dieses Gesetz tritt an dem der Kundmachung folgenden Monatsersten in Kraft. ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme von Artikel II erfolgt einstimmig. – Berichterstatter:)

Gesetz vom 7. Feber 2008, mit dem das Kärntner Veranstaltungsgesetz 1997 geändert wird. Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme von Kopf und Eingang erfolgt einstimmig. – Berichterstatter:)

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Veranstaltungsgesetz 1997 – K-VAG 1997 abgeändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme der 3. Lesung erfolgt einstimmig.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 erledigt. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2.

2. Ldtgs.Zl. 246-21/29:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zur Regierungsvorlage

betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999 geändert wird ./ mit Gesetzentwurf

Berichterstatter ist Herr Abg. Seiser. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa ist die 1. Lesung erfolgt. Bitte, Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abgeordneter **Seiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Kolleginnen und Kollegen! In Umsetzung der grundsatzgesetzlichen Regelungen des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes des Bundes, wie sie mit Gesundheitsrechtsänderungsgesetz 2006 BGBl. Nr. 122/2006 normiert wurden, sollen mit der vorgeschlagenen Novelle Regelungen betreffend staatsgrenzenüberschreitende Kooperationen zwischen Krankenanstalten getroffen werden und die Überwachung nosokomialer Infektionen und der Einsatz von Leiharbeitskräften in Krankenanstalten normiert werden. Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

(Der Vorsitzende eröffnet die Generaldebatte und erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Ganz kurz: Wir werden diesem Tagesordnungspunkt zustimmen. Es geht grundsätzlich um eine Möglichkeit, dass es jetzt örtlich getrennte Unterbringung von Abteilungen und Organisationseinheiten in grenznahen Gebieten gibt. Das heißt auf die Wirklichkeit übertragen, das Krankenhaus Klagenfurt könnte jetzt eine Abteilung in Laibach haben, natürlich nur nach unseren Gesetzen und unserer Krankenanstaltenordnung und, wenn ich es richtig verstanden habe, mit unserem Personal. Ich denke, das gilt nur für grenznahe Gebiet, also nicht für die Herzklinik in Dubai, dass wir dann nicht lauter „Dubairanten“ bei uns haben, die eine Abteilung führen. Ich hoffe auch, dass das nicht eine Hintertür ist, durch die etwas anderes hereinkommt. Das Zweite ist, dass die Rauchverbotszonen jetzt durch „Rauchen gestattet“-Zonen ersetzt werden.

Holub

Es ist in die Krankenanstaltenordnung jetzt auch die Patientenverfügung aufgenommen und es ist einmal definiert, dass ein Hygieneplan zu erstellen ist. Auch die Aufgaben des Hygieneteams sind definiert, deswegen unsere Zustimmung! Danke schön! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Es liegt mir im Rahmen der Generaldebatte keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort.

(Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. – Auch der Antrag über die ziffernmäßige Abstimmung wird einstimmig beschlossen. – Berichterstatter:)

Die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999 – K-KAO, LGBL. N. 26, zuletzt geändert durch das Landesgesetz, LGBL. Nr. 85/2005, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10, Ziffer 11, Ziffer 12, Ziffer 13, Ziffer 14, Ziffer 15, Ziffer 16, Ziffer 17, Ziffer 18, Ziffer 19, Ziffer 20, Ziffer 21, Ziffer 22, Ziffer 23, Ziffer 24, Ziffer 25

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme der Ziffern 1 bis 25 erfolgt einstimmig. – Der Vorsitzende: Kopf und Eingang! – Berichterstatter:)

Gesetz vom 7. März 2008, mit dem die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999 geändert wird.

Der Landtag von Kärntner hat in Ausführung des Bundesgesetzes über die Krankenanstalten und Kuranstalten, BGBl. Nr. 1/1959, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 122/2006, beschlossen:

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme von Kopf und Eingang erfolgt ebenfalls einstimmig. – Der Vorsitzende: Bitte 3. Lesung!)

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999 ge-

ändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme der 3. Lesung erfolgt einstimmig.)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 3.

3. Ldtgs.Zl. 162-19/29:

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks zur Regierungsvorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Jagdgesetz 2000 geändert wird
./ mit Gesetzentwurf**

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Lutschounig. Mit der Zuweisung dieser Materie an den Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumplanung und Nationalparks ist die 1. Lesung erfolgt. Bitte, Herr Berichterstatter!

Berichterstatter Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! In der Novellierung der hier vorliegenden Gesetzesänderung des Kärntner Jagdgesetzes geht es vor allem darum, dass aufgrund einer EU-Richtlinie das Jagen von Auer-, Birkwild und der Waldschnepe in der Balzzeit untersagt ist. Daher ist es notwendig, dass man hier eine Gesetzesanpassung vornimmt, damit es in Zukunft – zwar mit erheblichem bürokratischem Aufwand, aber immerhin – möglich ist, dieser Jagd nachzukommen und damit Einzelgenehmigungen, Einzelbescheide seitens der Kärntner Landesregierung ausgestellt werden.

Weiters ist auch drinnen, dass für jedes Jagdgebiet jeder Ausübungsberechtigte oder sein Jagdschutzorgan einen brauchbaren Jagdhund zu halten oder nachzuweisen hat, sodass ihm ein

Lutschounig

solcher jederzeit zur Verfügung steht. Als Nachweis der jagdlichen Brauchbarkeit ist auch eine jagdliche Leistungsprüfung nach der Prüfungsordnung eines vom Österreichischen Jagdgebrauchshundeverband anerkannten Zucht- und Prüfungsvereines zu erbringen.

Darüber hinaus ist auch geregelt, dass jene Abgänger oder Besucher der Höheren technischen Lehranstalten für Forstwirtschaft die Pflichtgegenstände „Angewandte Biologie“, „Waldökologie“ und „Waldbau“, „Jagdwesen und Fischerei“, „Forstliches Praktikum“ und den Freigegegenstand „Jagdliches Schießen“, zumindest während der ersten drei Jahrgänge, erfolgreich besucht haben und durch eine ausgestellte Bestätigung ein Mindestmaß an Schießfertigkeit nachgewiesen wird, sodass das bei der Prüfung dann auch eine Anerkennung findet.

Ich bitte um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Ich eröffne die Generaldebatte. Bevor ich dem ersten Redner das Wort erteile, darf ich auch den Geschäftsführer der Kärntner Jägerschaft, Herrn Dr. Steiner, herzlich begrüßen! (*Beifall*)

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hans-Peter Schlagholz. Ich darf dir das Wort erteilen!

Abgeordneter **Schlagholz** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Generaldebatte. Jagdgesetz-Änderung, da sind wir eh schon fünf Minuten vor oder schon nach Zwölf, unter Umständen. Das beruht in erster Linie darauf, dass der Europäische Gerichtshof schon einen Spruch getätigt hat und ein Vertragsverletzungsverfahren in Wahrheit ja schon eingeleitet worden ist. Jetzt war es natürlich im Zeitzug, dass wir das Jagdgesetz ändern, zum anderen aber auch so, dass es im Einvernehmen mit der Kärntner Jägerschaft geschieht. Mit dem vorliegenden Gesetz, das nun zur Beschlussfassung vorliegt, glauben wir, das dann auch getan zu haben.

Die Beanstandung des Europäischen Gerichtshofes gipfelt darin, dass im derzeit noch bestehen-

den Kärntner Jagdgesetz die "Vogelschutzrichtlinie" betreffend die Bejagung von Auer-, Birkhahn und Waldschnepfe nur unzureichend umgesetzt ist. Mit dem nun vorliegenden Gesetz glauben wir, das auch zu tun. Warum sage ich „glauben wir, das auch zu tun“, weil ja noch mit einem so genannten Passus der selektiven Freigabe, was die Bejagung von Auer-, Birkhahn und Waldschnepfe betrifft, in Zeiten, in denen der EuGH meint, dass das eine Schonzeit ist, wir aber in der Frage der Balzzeit sagen, dass man es bejagen kann, mit einer so genannten selektiven Freigabe, was nichts anderes heißt, als dass nach einer geordneten Zählung durch die zuständigen Fachleute dann ein gewisser Prozentsatz dieser Tiere zur Bejagung frei gegeben wird. Mit dieser Lösung glauben wir, zum einen die Kärntner Jägerschaft, zum anderen aber auch den Europäischen Gerichtshof ruhig gestellt, sagen wir es so, zu haben. Darüber hinaus ist dieses Jagdgesetz österreichweit akkordiert. Die Auskunftspersonen haben uns das zumindest wirklich glaubhaft gemacht, dass die betroffenen Tierarten in ihrer Population nicht gefährdet sind. Das heißt es gibt Gebiete in Kärnten, wo diese Tiere in Wahrheit gar nicht mehr vorkommen. Dort werden sie auch nicht bejagt, weil was willst du denn bejagen, wenn irgendetwas nicht da ist. Aber dort, wo es vorhanden ist, ist natürlich klar, dass man versucht, dann mit einer entsprechenden Bejagung auch diese Population – das gehört nämlich auch dazu – die Dynamik usw. auch sicher zu stellen.

In Zukunft wird es ja auch eine geringe Freigabe zum Abschuss geben. Auch das ist uns versichert worden von den Auskunftspersonen: das heißt von den so genannten derzeit 2006/2007 170 vorhandenen Auerhähnen ist es zu einem Abschuss von zirka 7 Prozent in der Vergangenheit gekommen. In Zukunft werden es dann 4 Prozent sein. Unsere Anregung im Ausschuss war es - und das wollen wir hier noch einmal wiederholen -, dass wir endlich den Bericht der Land- und Forstwirtschaft im jährlichen „Grünen Bericht“ es zu einem Anhang in diesem Bereich kommt, wo dann ein bisserl mehr über das Jagdwesen in Kärnten Auskunft gegeben wird, wo über diese Tierarten und deren Population dann eine Beilage in diesem Bericht erfolgt.

Geschätzte Herren Jagdberechtigte – du bist ja ein solcher (*Abg. Ing. Hueter: Jawohl!*) -, da sind wir hoffentlich im Einvernehmen, was das

Schlagholz

anlangt, dass im Kärntner Landwirtschaftlichen Bericht eine Beilage kommt, was das Jagdwesen anlangt, aber nicht nur die betreffenden, heute diskutierten Tierarten, sondern auch andere gefährdete Tierarten, damit auch der Kärntner Landtag Bescheid weiß über die lebenden Tiere in Kärnten. Dies, zumal wir ohnedies der Überzeugung sind, dass nicht eine geordnete Jagd die Population der Tiere gefährdet, sondern dass der vorrückende Mensch in das Biotop der Tiere der eigentliche Gefahrenmoment ist, ob Tiere bei uns noch leben können oder auch nicht.

Die weiteren Regelungen sind angeführt worden. Es ist sehr vieles auch nachvollziehbar. Wichtig scheint mir nur, damit das klar ist, dass in Zukunft jemand die Jagdkarte nicht mehr besitzen kann, wenn er mit einem Waffenverbot gerichtlich ausgestattet ist. Das heißt, es kann nicht sein, dass ein Gericht erkennt: Dem ist es verboten, mit einer Waffe zu hantieren – auf der anderen Seite hat er aber eine Jagdberechtigung in Form der Jagdkarte. Das Eine schließt das Andere klarerweise dann aus.

Natürlich hat mich ein bisserl verwundert, dass es also eine immense Diskussion, aber eine sehr sachliche Diskussion gegeben hat, was die Jagdhunde im Zusammenhang mit Jagdaufsichtsorganen, was die Brauchbarkeit der Hunde anlangt. (*Heiterkeit in der SPÖ-Fraktion*) Das war für einen Laien – und ich bin ja kein Jäger – ein hoch interessantes Thema, nämlich für mich hat es bisher immer geheißen: „Hund ist Hund.“ Aber das ist nicht so. Seit dieser Diskussion weiß ich, dass es auch hier Unterschiede gibt und dass dieser Nachweis der Brauchbarkeit auch glaubhaft dann bestätigt werden kann, somit die Jagdschutzorgane, die Jagdberechtigten auch das entsprechende Material an Tier für ihre Jagd zur Verfügung haben.

Summa summarum kann ich sagen: eine hoch interessante Diskussion und ein für mich nachvollziehbares, verständliches Gesetz und eine notwendige Novellierung, der wir gerne zustimmen werden. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Dr. Lesjak das Wort. – Abg. Willegger: Die grüne Jägerin!*)

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzte Damen und Herren! Verehrte Kollegen und Kolleginnen! Geschätzter Präsident! Diese Novelle zum Jagdgesetz wird nunmehr nötig, weil es vom Europäischen Gerichtshof bereits eine Verurteilung vom 12.6.2007 gibt. Also hier besteht absoluter Handlungsbedarf, weil Österreich die „Vogelschutzrichtlinie“ nicht eingehalten hat und jetzt durch die Androhung von großen Strafzahlungen, von einer großen Pauschale, 2,4 Millionen Euro werden uns da ins Haus gestellt, plus weitere Tagsatzzahlungen. Das steht uns bevor, wenn wir diese Richtlinie nicht umsetzen.

Wir haben sozusagen eine differenzierte Meinung zu dieser Umsetzung der Richtlinie. Erstens ist positiv anzumerken, dass jetzt im Gesetz drinsteht, dass die „Vogelschutzrichtlinie“ einzuhalten ist. Die Richtlinie sieht ja unter anderem vor, dass jeder Eingriff während der reproduktionsrelevanten Zeit zu vermeiden ist. Die EU zählt eben zu diesen reproduktionsrelevanten Zeiträumen auch die Balzzeit dazu. Sie meint, wenn man in der Balzzeit zu viel eingreift, dann wirkt sich das negativ auf die Population, auf die Vermehrung aus. Also das ist einmal positiv, dass das so festgehalten wird.

Allerdings umgeht man hier in Kärnten ein wenig diese Regelung. Da hat man eine Tür in diesem Gesetz im § 52 eingebaut, wo eine selektive Freigabe eingeräumt wird, unter der Voraussetzung, dass die Population erhalten bleibt, was dann auch vom Landesoberjägermeister Gorton argumentiert wird. Es gibt irgendein Berechnungsmodell. 1 Prozent der Mortalitätsrate soll zum Abschuss frei gegeben werden. Das hat anscheinend auch in dieses Gesetz Eingang gefunden, weil da geregelt ist: „Diese selektive Freigabe gilt für den Auerhahn vom 1. März bis 30. September, für den Birkhahn vom 1. April bis 20. September und für die Waldschnepfe vom 20. Feber bis 10. September.“

Ich habe mir dann von einigen Jägern erklären lassen, dass die Balzzeit des Auerhahns aber sehr wohl im März und April stattfindet. Das heißt, man hat im Gesetz jetzt verankert, dass genauso die Auerhähne eigentlich zahlenmäßig, wie bisher, abgeschossen werden dürfen. Laut „Abschussplan der Jägerschaft für das Jahr 2008“ sind 252 Stück Auerhähne frei gegeben bzw. 563 Stück Birkhähne. Die sind laut „Ab-

Dr. Lesjak

schussplan“ frei gegeben. Da frage ich mich schon: Was macht eine „Vogelschutzrichtlinie“ eigentlich für einen Sinn, wenn man dann über eine Hintertür wiederum die Abschüsse frei gibt. Ich weiß nicht, ob es solche Jäger gibt, denn es heißt ja immer, die „Jagd ist so emotional.“ Natürlich, ich verstehe schon, es geht darum, dass die Jäger sich drum reißen, wer das beste Wild kriegt. Aber es kann nicht sein, dass die Interessen der Jägerschaft derartig über die Interessen des Umwelt- und Naturschutzes gestellt werden. Wenn ich mir das so vorstelle: Man hat mir erklärt, dass der Auerhahn ja nur in der Balzzeit zu erlegen ist, und zwar deswegen, weil der Auerhahn durch seine lauten Geräusche das Anpirschen nicht hört. Und er ist völlig schutzlos und hilflos und kann sich nicht wehren, bemerkt den Jäger nicht. Genau in dem Moment, wo er seinem Trieb nachkommt und wo er praktisch hilflos ist und sich vom weiblichen Geschlecht angezogen fühlt, da wird er abgeschossen. Da frage ich mich schon: Ist das nicht irgendwo unfair, gerade in dem Moment, wo der sich vermehren will, wird er abgeschossen. Ich kann dieses Argument eigentlich nicht nachvollziehen, dass die Jägerschaft steif und fest behauptet: „Durch Abschüsse wird Vermehrung erzeugt.“, also wird die Population erhalten. (*Lärm im Hause*)

Darf ich Sie, bitte, zu einem Rechenexperiment einladen! Wenn ich einen Bestand von 20 Auerhähnen habe und ich schieße 5 ab, dann sind am Ende 15. Wenn ich keine abschieße, von 20, dann habe immer noch 20. (*Abg. Ing. Hueter: Nein, das ist eine falsche Rechnung!*) „Das ist eine falsche Rechnung.“, höre ich dann. Das ist interessant, weil angeblich haben wir ja auch Bären. Es gibt andere Wildarten, die vom Aussterben bedroht sind. Der Bär ist definitiv vom Aussterben bedroht. Es befindet sich in ganz Österreich eine einzige Bärenfamilie, die für Nachwuchs sorgen könnte; laut einem Monitoring-Bericht der Europäischen Kommission. Es ist also so, dass man hier die Bären praktisch ausgerottet hat: durch illegale Abschüsse. Darüber müssen wir auch einmal reden! Es kann nicht sein, dass man Fehlabschüsse und illegale Abschüsse einfach so durchgehen lässt. Wenn das schon geregelt ist, dass hier Abschüsse ganz genau zahlenmäßig frei gegeben werden, dann muss das auch eingehalten werden. Dann muss auch die Jägerschaft zur Kenntnis nehmen, dass es Interessen gibt, die den Naturschutz und den

Umweltschutz betreffen. Also aus unserer Sicht ist diese Regelung viel zu wenig weitreichend, weil zu befürchten ist, dass mittel- und langfristige Bestand des Auer- und Birkwildes zurückgehen wird, so wie wir das bei anderen Arten auch sehen.

Dennoch stimmen wir, mit Bauchweh, dieser Novelle zu, weil immerhin die „Vogelschutzrichtlinie“ jetzt im Gesetz wenigstens drinsteht. Danke! (*Beifall vom Abg. Ing. Hueter*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Franz Schwager. Ich darf dir das Wort erteilen. Bevor du dies jedoch tust, darf ich auch Herrn Landesjägermeister Dr. Gorton begrüßen. Herzlich willkommen! (*Beifall*)

Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter **Schwager** (FPÖ):

Werter Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Zuhörer auf der Tribüne! Jene, die mit der Jagd zu tun haben, werden sich nicht wundern, dass ich mit den Ausführungen der Kollegin, Frau Magister Lesjak, von vorne bis hinten schon mit keinem Satz einverstanden bin. Ich werde Ihnen ausführen, warum, wobei meine Argumentation auch den Schwerpunkt dessen bilden wird, was eben die Bejagung der Auer- und der Birkhähne betrifft.

Aber vorweg, was war: Vor zirka vier Jahren haben wir das Kärntner Jagdgesetz novelliert, und zwar einstimmig. Wir alle wissen hier in diesem Haus: Jagdgesetz ist Ländersache. Das muss man auch dazusagen. Ich glaube, wir haben eines der modernsten Jagdgesetze, nicht nur in Österreich sondern europaweit. Das wird anerkannt, wenn man mit Funktionären der Jägerschaft anderer Bundesländer spricht. Die wären froh, hätten sie so ein modernes Jagdgesetz, wie es Kärnten hat.

Und jetzt kommt es, Frau Mag. Lesjak: Die Hege und der Schutz aller Wildarten stehen in Kärnten im Vordergrund – und nicht der Abschuss. Nach deinen Ausführungen hier hat das geklungen, um das pointiert wiederzugeben:

Schwager

„Die schießwütigen Jäger sind sogar darauf aus, die Auerhähne während sie liebestoll sind, abzuschießen.“ Das hat einen eigenen Grund, dass während der Balzzeit geschossen werden soll und sogar muss. Das führt zu weit, das hier auszuführen.

Da werden mir die anderen alle Recht geben: Die Organe der Kärntner Jägerschaft haben wir aufgewertet und mit verbesserten Kompetenzen ausgestattet, sodass sie beinahe selbst wie eine Behörde in das recht sensible Jagdgeschehen eingreifen können. Das muss man ja auch noch betonen, dass der Bezirksjägermeister in seinen Kompetenzen in dieser Novellierung vor vier Jahren aufgewertet wurde.

Punktgenau und restriktiv werden Abschüsse vergeben. Die Wildarten werden beobachtet und gezählt. Für die Jäger, die sich nicht an die vorgegebenen Maßnahmen halten, gibt es strenge Strafen. Das muss man auch dazusagen! Darüber hinaus wachen noch die Bezirkshauptmannschaften und die Landesregierung über das Jagdgeschehen in Kärnten. Und das wird sehr genau genommen, wie jeder weiß, der damit zu tun hat.

Aber jetzt kommt es: Die EU-Richtlinie – sie wurde schon zitiert -, Artikel 7, Absatz 4, „Vogelschutzrichtlinie“ und das Urteil des EuGH vom 12. Juli 2007. Da bin ich der Meinung, so etwas kann es nicht geben. Wenn Jagdrecht Ländersache ist, dann kommt die EU mit ihrem Einheitsbrei und novelliert alles: Von Finnland bis hinunter nach Sizilien und Lampedusa, Malta, was halt jetzt zur EU gehört, mit denselben Richtlinien. Ich glaube, dass die EU gut daran täte, sich in jenen Ländern um die Vogelschutzrichtlinien oder überhaupt um das Jagdrecht zu kümmern, wo es im Argen liegt. Wir alle wissen, dass in nicht allzu weiten Nachbarländern, die EU-Mitglieder sind, bis zu Zig-Tausende Abschüsse verkauft werden, wo nur das Geschäft im Vordergrund steht und nicht die Hege. In einem Nachbarland von uns wird der Vogelfang nach wie vor besonders für Delikatessen betrieben, ob verboten oder nicht. Darum soll sich die EU kümmern und nicht um jene Bundesländer in Österreich, die ein geordnetes Jagdwesen und ein geordnetes Jagdrecht haben. Die Zulassung der Jagd auf Auer- sowie Birkhähne und auf Waldschnepfen zur Balzzeit soll per Gesetz untersagt werden! Und jetzt sagen wir alle: Na ja,

eine EU-Richtlinie muss befolgt werden. Ich sage: Ich bin diesen EU-Bürokraten gegenüber nicht umsonst sehr skeptisch und gegenüber vielen anderen in diesem Hause, aber die scheinen jetzt da nachzugeben. Ich bin nicht der Meinung, dass man da nachgeben sollte. Das zeigt uns wieder, was die Zukunft für unser Land bringt. Wenn dieser Reformvertrag beschlossen wird, dann können wir nur mehr Richtlinien und Verordnungen der EU nachvollziehen! Da möchte ich mich dagegen aussprechen, noch dazu wenn das in der Kärntner Jägerschaft – über 11.000 Jäger – äußerst unpopulär ist, bei allen Jägern mit denen ich gesprochen habe, bis hinauf in die Vertretung der Hohen Jägerschaft, die bei uns im Ausschuss war. Ich zitiere den Landesjägermeister, der hat dort gesagt, „dass diese Richtlinie und das Urteil des EUGH völlig unsinnig ist und für uns“ – da meint er die Kärntner Jägerschaft – „nicht nachvollziehbar.“

Wie schon gesagt: Auer- wie Birkhähne werden genau gezählt. Nach Zählung gibt es 2.700 Auerhähne und 5.000 Birkhähne. Es gibt nur 7 Prozent Abschüsse, und von denen werden auch nur wieder circa 60 bis 70 Prozent erfüllt. Die Populationen sind steigend, Frau Kollegin Mag. Lesjak! Bei Beachtung der Nist- und Brutplätze dieser Bodenbrüter wird besonders die Hege beachtet. Nicht umsonst nehmen die Auer- und Birkhähne wieder zu, bei besonderer Pflege und Hege ist das eben der Fall! Wir werden nicht alle an Altersschwäche sterben lassen, sondern es gibt auch hie und da einen Abschuss. Dann muss ich noch etwas aus dem Ausschuss zitieren – die angesprochene selektive Jagd. Es ist nicht einmal sicher, dass uns die EU das genehmigt. Unser Verfassungsjurist Dr. Glantschnig hat erklärt, dass das in der Schwebe ist, dass das nicht sicher ist, dass das nicht auf Null gedreht wird, dass überhaupt kein Auer- wie Birkhähne mehr geschossen werden könnten. Ich kann nur appellieren: In Österreich sind Jagdgesetze Ländersache und die EU soll sich um jene Mitgliedsländer kümmern, wo das Jagdwesen tatsächlich im Argen liegt.

Von mir gibt es zu dieser Gesetzesnovelle, die nur Nach- und keine Vorteile für das Kärntner Jagdwesen bringt, keine Zustimmung! (Abg. Dr. Lesjak: *Da besteht noch eine Hoffnung!* – Abg. Trettenbrein: *Italien!*)

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Ing. Hueter das Wort.)

Abgeordneter **Ing. Hueter** (ÖVP):

Geschätzter Präsident! Hoher Landtag! Geschätzte Damen und Herren, ganz besonders lieber Herr Landesjägermeister! Ich darf dich mit einem Waidmannsheil begrüßen! (*Der Redner wendet sich damit an den Herrn Landesjägermeister auf der Tribüne.*) Franz, ich staune über deine fachlichen Fähigkeiten betreffend der Jagd. Bei der Barbara Lesjak muss ich ganz ehrlich sagen bin ich froh, wenn sie dem zustimmt. Dass sie ein paar Lücken in der fachlichen Aufklärung hat, das verzeihen wir ganz großartig. (*Heiterkeit im Hause.*) Ich möchte aber eines sagen: Die Kärntner Jägerinnen und Jäger – das sind 12.000 an der Zahl – betreiben aktiven Naturschutz! Alle anderen reden nur davon, wir Jäger betreiben aktiv Naturschutz! Es ist unser eigenes Interesse, dass wir heute und auch morgen noch Auer-, Birkhähne, Schnepfen und alle Wildarten bejagen dürfen, damit wir uns heute zum Beispiel nicht von allen Seiten dreinreden lassen. Ich bin ein Verfechter der EU, aber in diesem speziellen Punkt, bei diesen Vogelschutzrichtlinien, da muss ich ehrlich sagen, da bin ich nicht dabei! Man muss auch wissen, wovon wir da jetzt definitiv reden: Die Freigabe der Abschusspläne ... Ich glaube, es wird keine andere Organisation so kontrolliert und es wird sonst nirgends so hineingeschaut wie bei den Jägern! Wir haben uns sogar selber freiwillig auferlegt, alle zwei Jahre die Birk- und die Auerhähne zu zählen, um genau zu wissen, wie es um unseren Bestand steht. (*Abg. Dr. Lesjak: Das ist das Mindeste!*) Wir müssen auch wissen, dass heute die Außeneinflüsse auf die Jagd viel größer sind als noch vor 20, 30, 40 Jahren. Ich denke jetzt nur ganz klar an die Bewirtschaftung des Waldes, an die Erhaltung des Biotops, das ist so ein schöner Ausdruck. Das ist genau dort, wo diese Auer-, Birkhähne und so weiter aufwachsen, wo man auch auf die Nachzucht schauen muss und wo sie auch einen natürlichen Lebensraum haben. Das ist der springende Punkt! Wir werden auch in Zukunft hier im Landtag ganz genau über die Nutzung der Natur zum Nulltarif reden müssen. Das wird sich wahrscheinlich nicht mehr spielen, weil heute die Jäger die einzigen sind, die dafür noch sehr viel Geld zahlen und von allen Seiten wird hineininterpretiert, was sie zu tun hätten! Da muss ich wirklich sagen, der Franz hat das richtig gesagt: Jagdrecht ist Gott sei Dank Ländersache. Wir sind da auch

sehr gut vertreten. Wir wissen selber wirklich gleich gut wie jemand von außen, was wir hier zu tun haben. Noch einmal: Das ist ureigenstes Interesse der Jägerschaft, dass wir auch morgen noch einen artenreichen Wildbestand haben, über den werden wir auch diskutieren und kämpfen müssen. Ich sage ehrlich, ich bin sofort dabei, wenn es um das Kämpfen geht, weil da weiß ich, da sind wir am richtigen Weg.

Ich habe schon gesagt, die Nutzung der Natur – Barbara, und da können sich die Grünen auch einmal sehr einbringen, wie wir das gemeinsam zusammenbringen: Dass wir heute zum Beispiel dieses Schneeschuhstapfen, dass wir heute das Nachwandern bei jeder Tages- und Nachtzeit, dass wir heute alle touristischen Maßnahmen haben, zu denen wir Jäger auch stehen. Aber dass zum Schluss, wenn etwas danebengeht oder wenn irgendetwas nicht mehr ist, nur mehr der Jäger da ist, das wird es nicht geben! Deswegen fordere ich alle politischen Vertreter auch hier im Landtag auf, dass wir uns hier auf einer friedvollen, gemeinsamen Basis Richtlinien auferlegen, wie wir diese Natur in Zukunft nutzen können. Ich will heute eines noch anbringen, dass zum Schluss nur mehr der Jäger übrigbleibt, der dann zahlen darf, dafür bin ich nicht zu haben! Das heißt, wir werden uns gemeinsam anstrengen müssen, wie wir das Ganze auf die Reihe bringen. Zu dieser Vogelschutzrichtlinie sind die Meinungen insofern absurd: Wer sich bei der Jagd ein bisschen auskennt, der weiß, dass die Schusszeit des Birk- und Auerwildes mit 10. Mai erfolgt. Da hat die Jägerschaft von sich aus – von sich aus, bitte – den Zeitpunkt möglichst weit nach hinten getan. Zuerst war der Schusstermin 20. April, dann hat man sich auf den 1. Mai geeinigt. Jetzt ist man von sich aus auf den 10. Mai zurückgegangen, damit man genau die Tretphase, also dort, wo die Hennen getreten werden, wo die Nachzucht, also die Eier befruchtet werden, damit dieser Akt abgeschlossen ist. Wir „jagern“ heute nur mehr in der so genannten „Afterbalz.“ Das ist so! Deswegen sollte man wirklich alles in unserer Macht stehende tun, damit wir hier diese Vogelschutzrichtlinie aussetzen bzw. umgehen können, damit wir in Zukunft anständig und gescheit „jagern“ können.

Die anderen Punkte, die da drinnen sind: Also dass hier nach dreijähriger – wie soll ich sagen – die Wortfolge „oder eine höhere Lehranstalt für

Ing. Hueter

Forstwirtschaft“ gestrichen und folgende Halbsätze werden angefügt: „oder an einer Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft die Pflichtgegenstände ‚Angewandte Biologie‘, ‚Waldökologie und Waldbau‘, ‚Jagdwesen und Fischerei‘, ‚Forstliches Praktikum‘ und den Freigegegenstand ‚Jagdliches Schießen‘ zumindest während der ersten drei Jahrgänge erfolgreich besucht und durch eine ausgestellte Bestätigung ein Mindestmaß an Schießfertigkeit nachgewiesen wird. Dass man das hier anerkannt bekommt, das ist absolut wichtig. Betreffend des Hundehaltens war jetzt auch schon im Gesetzestext drinnen, dass sich jeder eines jagdlichen Hundes bedienen muss. Jetzt steht es explizit drinnen, dass eben „für jedes Jagdgebiet der Jagdausübungsrechte oder sein Jagdschutzorgan einen nachweislich brauchbaren Jagdhund zu halten oder nachzuweisen hat, dass ihm ein solcher jederzeit zur Verfügung steht.“ Man muss natürlich auch in der Praxis wissen, von den über 12.000 Jägern halten circa 500 einen Hund. Da kann sich jeder ausrechnen, wie viele da eigentlich zur Verfügung stehen. Ich denke, wir haben es jetzt schon in der Praxis so, dass es diese Stationen gibt, wo man in jeder Talschaft nachweisen kann, wo es Jagdhunde gibt und wo man sich deren bedienen kann. Das ist unbedenklich, das kann man hineinschreiben.

Einen letzten Satz vielleicht noch zur Bestrafung bei Fehlabschüssen. Da ist man gerade mit dem Landesrat und mit dem Landesjägermeister auf einem sehr guten Weg, dass man hier über das ganze Gebiet Kärntens einen brauchbaren Weg zusammenbringt. Jetzt steht drinnen, dass jeder Fehlabschuss so quasi vom Bezirksjägermeister an die Bezirksverwaltungsbehörde zu melden ist. Das Ausmaß der Strafen ist momentan von Bezirk zu Bezirk unterschiedlich. Hier ist man gerade dabei etwas zusammenzubringen, was erstens einmal flächenmäßig überall gleich ist. Vielleicht bekommt man noch einen Passus zusammen, dass von dem wirklich nur in zwingenden Fällen – dort wo man sieht, dass der nicht mehr schaut, dass einfach alles zusammengesossen wird – Gebrauch gemacht wird. Ich persönlich glaube einfach, die Bestrafung der Jäger ist wirklich ein sehr heikles Thema. Grundsätzlich macht es keiner gerne. Es ist immer sehr schwierig, wenn man alle in den gleichen Topf wirft und sagt: Die Jäger sind schlecht und was weiß ich noch alles. Man sollte die paar

Prozent herausholen und bestrafen! Okay, über das kann man reden. Ansonsten wünsche ich allen Jägerinnen und Jägern für das Jagdjahr 2008 einen guten Anblick, ein kräftiges Waidmannsheil und vor allem, dass sie von den Pirschgängen unfallfrei und gesund heimkommen! Waidmannsheil! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Cernic das Wort.*)

Abgeordnete Mag. Cernic (SPÖ):

(*Abg. Lutschounig: Waidmannsheil, Frau Kollegin!*) Waidmannsdank! Ich habe jetzt diesen Wortmeldungen nicht ohne Amusement zugehört, geschätzte Damen und Herren, bei denen Jagdverbundene verständlicherweise ihre Interessenslage dargestellt haben. Aber ich muss versuchen, diese Darstellungen doch etwas zu relativieren, weil ich der Meinung bin, dass die Frau Kollegin Lesjak mit ihrer Wortmeldung nicht so Unrecht gehabt hat, wie man ihr hier von Seiten der Jagdbegeisterten gerne unterstellen möchte. Denn letztendlich sollte man das Ganze auch auf diese Größe bringen, die es hat und nicht größer machen als es ist. Es haben auch die Jäger eine Interessensgemeinschaft und eine Interessenslage bei der Nutzung der Natur! Wie andere Menschen auch nutzen sie die Natur für ihre Interessen, insofern unterscheiden sie sich nicht von den Läufern, Radfahrern und Bergwanderern (*Abg. Lutschounig: Zahlen müssen sie!*) und was da sonst noch alles zitiert wurde. Auch bezüglich der Darstellung der Jagd auf Auer- und Spielhähne muss ich sagen, dass man das relativieren muss. Man kann das nicht gleich sehen wie die Situation bezüglich anderen jagdbaren Wildes. Bei Auer- und Spielhähnen erfolgt die Jagd ausschließlich aus einem einzigen Grund. Und dieser eine einzige Grund ist die Trophäensammlung. Man kann vom Auer- und vom Birkhahn kein „Fuzer!“ verspeisen, da beißt man sich die Zähne aus. (*Abg. Ing. Scheuch: Freilich, haben wir schon gegessen! Haben Sie das schon probiert?*) Geh, da beißt man sich die Zähne aus! Erzählen Sie mir nicht als Biologin, wie das Fleisch von einem Auerhahn oder von einem Spielhahn beschaffen ist! (*Einwand von LR Dipl.-Ing. Scheuch.*) Da geht es ausschließlich um Trophäensammlung, es gibt keinen

Mag. Cernic

anderen Grund! Es zählt nicht das Argument der Regelung des Bestandes, im Gegenteil. Der Bestand bewegt sich an der unteren Grenze. Sobald er sich wieder ein bisschen erholt hat, wird wieder ein Auerhahn vom Ast geschossen, damit haben wir wieder die Grenzsituation. (*Wiederum Einwand von LR Dipl.-Ing. Scheuch.*) Damit gilt auch nicht das sonst berechtigt vorgebrachte Argument des Einschränkens gewisser Bestände, wenn diese Bestände eben im Übermaß da sind. Und es gilt auch nicht das Argument der Hege, weil das wird mir jetzt keiner erzählen können, dass die Auer- und die Spielhähne der Hege bedürfen. Insgesamt, meine Damen und Herren, muss man hier in der Argumentation sehr wohl die berechtigten Ansprüche der Jägerinnen und Jäger auseinanderhalten, was jetzt ihre Tätigkeit als hegende, pflegende und Bestände kontrollierende Gruppe betrifft, die im gesamtgesellschaftlichen Interesse tätig ist und was auf der anderen Seite aber den Abschuss von Auer- und von Spielhahn betrifft, die zu Recht durch die Vogelschutzrichtlinien der EU auch in einem gewissen Ausmaß geschützt werden müssen.

Dann sind wir bei einem dritten Anspruch, der heute hier gestellt wurde und den ich so nicht akzeptieren kann, geschätzte Damen und Herren! Ich kann nicht akzeptieren, dass der Rest Kärntens, nachdem wir bei der EU sind, zur Kenntnis nehmen muss, dass wir EU-rechtlichen Vorgaben Folge zu leisten und unsere Gesetze anzupassen haben, hier aber Abgeordnete des Landes Kärnten stehen und sagen: „Und beim Jagdrecht samma da in Kärnten und da haben wir unsere eigenen Gesetze und da können uns alle anderen gern haben!“ Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist zwar eine schöne Demonstration, aber eben nicht mehr als eine Demonstration (*Abg. Warmuth: Sie sollten sich mehr befassen mit der Materie! – Abg. Ing. Scheuch: Stimmen's einfach dagegen! – LR Dipl.-Ing. Scheuch: Kein einziger hat geklatscht! – Einzelbeifall von Abg. Dr. Lesjak.*) für ich weiß nicht wen, weil wahrscheinlich auch dem Herrn Landesjägermeister, wenn er zugehört hat, bewusst ist, dass wir nicht auf der Insel Kärnten sind, sondern dass wir Teil der EU sind und für uns EU-rechtliche Vorgaben eine gewisse Verbindlichkeit haben müssen, da können wir hier jetzt auftreten, wie wir wollen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Ing. Scheuch das Wort.*)

Abgeordneter **Ing. Scheuch** (F):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ja, ja, das ist schon richtig, dass es bezeichnend ist, dass kein einziger Abgeordneter zu diesen Ausführungen geklatscht hat. Das ist halt einfach so, und das ist ja eigentlich das Traurige, weil die Theorie der ausgebildeten Pädagogen oft doch ein bisschen anders ist als die Praxis. Deswegen repliziere ich auch ein bisschen auf meine Vorredner hier am Rednerpult, das sei mir doch gestattet. Fakt ist, ich habe schon Auerwild gegessen und ich gebe Ihnen Recht – das ist das Einzige, wo Sie wirklich Recht haben – schmecken tut das Ganze nicht! Aber natürlich gibt es letztendlich andere Gründe, um das Auerwild zu jagen. Es gibt zum Beispiel einen Grund, demgegenüber gerade die Grünen und die linke Reichshälfte im restlichen Europa recht aufgeschlossen ist: Der nennt sich nämlich Tradition. Er nennt sich auch Eigenverantwortung zu tragen und das ist es, was uns von Seiten der SPÖ im Rahmen von sämtlichen europäischen Themen immer versprochen wurde. Auch die ÖVP darf ich daran erinnern, dass man gemeint hat, dass die Vielfalt und die Eigenheit der Länder erhalten bleibt, dass es in nationalen Fragen keine Einmischung gibt, dass man die eigene Identität, die Tradition und die Eigenverantwortlichkeit in einem Europa der Regionen leben darf. Aber man hat uns ja viel versprochen! Man hat uns auch versprochen, dass der Euro kein Teuro ist und vieles mehr. Fakt ist, dass es natürlich zu schweren Einmischungen kommt und eine dieser Einmischungen ist heute hier nicht nur Gegenstand bei der Gesetzeswerdung, sondern man hat uns gleich ordentlich verurteilt beim Europäischen Gerichtshof und mit einer brutalen Strafe bedroht. So ist das eben! Die normative Kraft des Faktischen holt uns hier ein und ich sage an die Adresse von 12.000 Jägern: Diese EU wird uns noch in vielen Bereichen einholen! Sei es das Waffenverbot, sei es zum Beispiel das Verbot, den Kormoran zu schießen, der unsere einheimischen, autochthonen Fischbestände frisst, und, und, und. (*Abg. Rossmann: Bravo! – Beifall von der F-Fraktion.*) Und dann werden sie da stehen und sagen: Na ja, wir sind in einem großen EU-Verbund und haben das gar nicht gewollt und beschlossen!

Hier zeichnet sich eine Verantwortung ab, die ganz klar ist und da komme ich schon auch zu

Ing. Scheuch

meiner Vorrednerin, die sich auf Pädagogenebene, wie man hier bildlich sieht, (*Abg. Mag. Cernic und Abg. Dr. Lesjak führen in der Abgeordnetenbank ein Zwiegespräch.*) gut versteht. Wissen Sie, Frau Abgeordnete Lesjak, für die Kärntner Jägerschaft weise ich eines zurück, und zwar auf das Schärfste zurück, weil der Landesjägermeister – der übrigens Landesjägermeister heißt und nicht Oberlandesjägermeister, wie Sie gemeint haben – hier nicht reden darf: Dass es hier in Kärnten zu illegalen Bärenabschüssen kommen soll, ist ja wohl der Gipfel und die größte Frechheit, die man hier seit langem vom Rednerpult gehört hat! Eine absurde Unterstellung, die einen auch emotional betroffen macht! Emotional betroffen und beinahe wütend macht mich auch dieses EU-Urteil, weil viele Bereiche gar nicht widerspiegelt wurden. Man hat ein Rechenbeispiel gemacht und gesagt, wenn man von 20 Auerhähnen keinen schießt, bleiben 20. Von den Frau Pädagoginnen, die keine Kritik vertragen und deshalb den Saal verlassen, wurde aber vergessen, eine andere Rechnung aufzustellen, nämlich die Rechnung, dass, wenn man auf die 20 Auer- und Birkhähne nicht aufpasst und keine Hegemaßnahmen setzt, keine Biotopverbesserungen vornimmt, sehr schnell gar keiner mehr übrig bleiben wird. Ich glaube, dass man mit dieser sehr wichtigen Erkenntnis auch ein bisschen zum Nachdenken veranlassen kann. Für die EU-Richter ist es überhaupt kein Problem, dass wir im Herbst mit Hunden durch den Wald laufen und Birk- und Auerwild schießen. Das heißt aber auch, dass wir Hennen schießen, dass wir Küken jagen könnten! Da gibt es kein Problem!

Meine sehr geehrten Damen und Herren von den Grünen, Rolf, da muss ich dir wirklich ein Lob aussprechen, dass du hier sitzen bleibst und dir das anhörst. Weißt du, die EU erlaubt die Jagd auf Hennen und Küken und da gibt es keinen Kritikpunkt! Und ich sage Ihnen noch etwas, weil eben die Realität anders ist: Wenn man im Herbst mit einem Hund Auerhahnjagd betreibt, haben Sie keine einzige Möglichkeit, eine Auswahl zu finden, ist es ein alter Hahn, ist es ein Alphahahn, ist es ein Jungtier, ist es ein Hahn, ist es eine Henne, ist es ein Küken. Hier geht man den ganz konträren Weg, es gibt keine Selektion mehr. Wir wollen das nicht und wir werden auch dafür Sorge tragen, dass das nicht so bleibt! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Danke! Dann könnte ich noch ein Thema anbringen,

zum sicheren Schuss und so weiter, weil es auch gewährleistet ist, dass ein Auerhahn, der bei der Balz bejagt wird, sozusagen balztaub ist, man nahe heranpirschen und einen sicheren, tödlichen Schuss anbringen kann, ohne das Wild unnötig zu quälen. Ein so großes Tier wie einen Auerhahn mit Hund und mit einer Schrotflinte zu jagen, wäre für dieses Tier auch nicht angemessen und würde Tierschutzinteressen verletzen. Man muss auch noch sagen, dass die Kärntner Jägerschaft Vorleistungen getroffen hat, die wirklich vorbildlich sind, weil – und auch das hat man bis jetzt hier am Rednerpult vermisst – die Kärntner Jägerschaft im Gegensatz zu sämtlichen anderen EU-Ländern, die hier bei uns gescheit mit stimmen wollen, eine Zählung durchgeführt hat. Wir in Kärnten wissen genau, wie viel Stück Auerwild, wie viel Stück Birkwild es gibt und das fußt letztendlich auch darin, diese Natur zu nutzen. Wobei ich noch an die Adresse der SPÖ sagen möchte oder zumindest an die ihrer Rednerin, denn sie repräsentiert ja hier nicht die Meinung ihres Klubs, wenn sie sagt, wir Jäger nutzen die Natur wie Radfahrer und Schitourengeher, da muss ich Ihnen schon sagen: Die Jäger tun etwas für die Natur! Und die Jäger zahlen etwas dafür! Ich habe noch nicht gehört, dass die Grundbesitzer, die die Forstwege bauen, die dafür Sorge tragen, dass die Wege und alles andere erhalten wird, Geld bekommen haben! Die Kärntner Jäger, 12.000 Menschen, leisten auch einen großen Beitrag dazu, dass Grundbesitzer und Bauern in den entlegenen Talschaften eine Einnahme haben und diese Einnahme aus der Jagd ist nicht zu knapp, meine Damen und Herren und hat die Erlöse aus Weidevieh und Schafhaltung schon bei weitem überholt und das muss man auch ganz ehrlich sagen! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Was machen wir also in dieser Gesetzesnovelle?

Eigentlich schade: Wir kratzen uns mit der linken Hand am rechten Ohr und müssen via Gutachten und Sonderbewilligungen dafür Sorge tragen, dass die realen Abschusszahlen, nicht die beantragten, sondern die realen Abschusszahlen, die schon bis jetzt Status quo gewesen sind, gehalten werden können. Das werden wir versuchen, ich stehe aber nicht an, zu sagen, dass das nicht so sicher ist, ob das das Ende dieser Auseinandersetzung ist. Es gibt eben Leute wie die Frau Lesjak und wie die Frau Cernic, die wenig davon verstehen, sich aber einfach auf der Seite

Ing. Scheuch

einer vielleicht sogar Mehrheit sehen, die halt nicht so genau weiß, worum es geht, aber grundsätzlich gegen die Jagd und ihre Auswirkungen ist. Das ist eine altbekannte Strategie und das tut mir besonders leid, denn eines sage ich Ihnen hier ganz geradlinig: Wenn der Kärntner Landtag schon in sich nicht mehr ganz sicher ist, wie er mit den Kärntner Jägern und der Kärntner Jagd umgeht, dann wird es eine schwierige Situation werden! Denn dann werden genau diese Lobbyisten, die andere Interessenslagen haben, Naturschutz über einen Kamm scheren wollen, letztendlich obsiegen und dann wird sich Unwissenheit breit machen und dann wird es sehr schwer werden, diesen Abwehrkampf für die Kärntner Jagd zu führen! Herr Landesjägermeister, Sie werden jedenfalls hier mit großer Mehrheit eine Partnerschaft für dieses Gesetz finden und Sie werden auch in Zukunft hier im Kärntner Landtag einen verlässlichen Partner haben, auch wenn es den einen oder anderen Ausreißer gibt, ich hoffe, das werden nicht mehr! Danke vielmals! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Hohes Haus! Ich darf richtig stellen: Herr Klubobmann Scheuch hat gesagt, Frau Abgeordnete Cernic hat gesprochen. Es hat ebenfalls Herr Abgeordneter Hans-Peter Schlagholz im Rahmen der sozialdemokratischen Fraktion dazu Stellung genommen. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher darf ich dem Berichterstatter das Schlusswort erteilen. Bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Ich möchte davon auch Gebrauch machen. Jene, die schon länger hier in diesem Hause sitzen, wissen, dass die Jagddebatten immer sehr emotionsgeladen *(Abg. Ing. Haas: Und lang!)* und sehr lange geführt worden sind, aber wie ich feststellen muss, heute durchaus sehr sachlich. Einige Blickwinkel und Blickpunkte von manchen Abgeordneten sind natürlich anders, das ist auch zu respektieren, andererseits sollten diese aber auch den Blickwinkel des Jägers respektieren! Ich glaube, es wäre wichtig, dass man hier nicht mit einer „Funda-

mentalmeinung“ auftritt und die Jägerschaft in ein negatives Licht stellt, sondern wir müssen auch in Zukunft alles unternehmen – und da bedanke ich mich herzlich bei der Kärntner Jägerschaft, die sehr viel Imagepflege macht, die große Aufklärungsarbeit leistet, weil es einfach wichtig ist, auch medial entsprechend präsent zu sein – um zu zeigen, wie wichtig es ist, im Einklang mit der Natur zu sein, welchen Aufgaben die Jägerschaft nachkommen muss. Es ist nicht so, dass das schießwütige und tötungswillige Menschen sind, sondern so, dass sie im Einklang mit der Natur leben und dafür im Gegensatz zu vielen anderen auch entsprechend bezahlen. Daher muss man es in Zukunft respektieren, wenn die Kärntner Jäger und Jägerschaft auch eine Meinung haben und das Jagen in unserem Lande eine große Tradition hat! Ich bedanke mich auch für die Experten, die wir seitens der Jägerschaft zur Verfügung gestellt bekommen haben, die in Zusammenhang mit der Änderung dieses Gesetzes große Überzeugungsarbeit geleistet haben! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Herr Präsident! Ich ersuche um das Eingehen in die Spezialdebatte. *(Dieser Antrag wird mehrheitlich beschlossen ohne die Stimme des Abg. Schwager. – Auch der Antrag über die artikel- und ziffernmäßige Abstimmung wird mehrheitlich ohne die Stimme des Abg. Schwager beschlossen. – Berichterstatter:)*

Der Landtag von Kärnten hat beschlossen:

Artikel I

Das Kärntner Jagdgesetz 2000, LGBl. Nr. 21/2000, in der Fassung der Gesetze LGBl. Nr. 72/2001, 7/2004, 18/2004, 20/2005, 79/2005 und 53/2006 wird wie folgt geändert:

Ziffer 1, Ziffer 2, Ziffer 3, Ziffer 4, Ziffer 5, Ziffer 6, Ziffer 7, Ziffer 8, Ziffer 9, Ziffer 10, Ziffer 11, Ziffer 12, Ziffer 13, Ziffer 14, Ziffer 15.

Ich bitte um Annahme.

(Die Annahme von Artikel I erfolgt mehrheitlich ohne die Stimme des Abg. Schwager. – Der Vorsitzende: Bitte! – Berichterstatter:)

Artikel II

Die Nachweispflicht im Sinne von Art. I Z 12 wird fünf Jahre nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes wirksam.

Ich bitte um Annahme.

Lutschounig

(Die Annahme von Artikel II erfolgt ebenfalls mehrheitlich ohne die Stimme von Abg. Schwager. – Der Vorsitzende: Bitte! – Berichterstatter:)

Gesetz vom 7.2.2008, mit dem das Kärntner Jagdgesetz 2000 geändert wird.

Ich beantrage die Annahme.

(Die Annahme von Kopf und Eingang erfolgt mehrheitlich ohne die Stimme des Abg. Schwager. – Der Vorsitzende: 3. Lesung! – Berichterstatter:)

Berichterstatter Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kärntner Jagdgesetz 2000 geändert wird, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte um Annahme.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Ich bitte um ein Handzeichen! – Danke, das ist wiederum so beschlossen. Abgeordneter Schwager stimmte nicht mit. Die anderen Fraktionen ja.

Wir kommen nunmehr zum Tagesordnungspunkt 4:

4. Ldtgs.Zl. 356-2/29:**Bericht und Antrag des Ausschusses für Bildung, Kultur und Schule betreffend Ausbildung für Bademeister**

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Mag. Trodt-Limpl. Ich erteile ihr das Wort!

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (F):

Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Bei diesem Antrag geht es um ein einheitliches Berufsbild für Bademeister, das es noch nicht gibt. Es hat schon Situationen gegeben, wo Bademeister eingestellt worden sind, die eigentlich gar

nicht schwimmen konnten. Um die Sicherheit der badenden Gäste zu gewährleisten, ist es notwendig, dass Bademeister eine qualifizierte Berufsausbildung bekommen.

Ich beantrage das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Zweiter Präsident **Ferlitsch** (SPÖ):

Bevor ich die Generaldebatte eröffne, darf ich ganz herzlich die „Lebenshilfe Kärnten, Beschäftigungswerkstätte und Wohnhaus Klagenfurt“ begrüßen, unter der Begleitung von Frau Hrastnig, Frau Blassnig, Frau Schmölzer und Frau Santer! Herzlich willkommen! *(Beifall)*

Als Erster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo. Ich bitte dich, zu sprechen!

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine lieben, vor allem jungen Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir kommen vom Jagen zum Baden, denn die österreichische Rechtsordnung kennt den Begriff „Bademeister“ nicht. Er wird aber ausgeübt.

Wir haben bereits von der Frau Berichterstatterin gehört, dass es auch negative Erscheinungen bereits gegeben hat, dass aufgetaucht ist, dass es so genannte Bademeister gegeben hat, die nicht einmal schwimmen konnten *(Abg. Lutschounig: Der Bademeister ist aufgetaucht!)* und daher die ihnen zugeordnete Hilfestellung nicht gewähren konnten. Das war für uns auch der Grund, diesen Antrag zu stellen, um hier endlich eine Sicherheitsdiskussion einzuleiten und auch die Wege zu ebnen, um die Lücke, die es hier zweifellos gibt, zu schließen.

Dieses Schließen der Lücke ist gar nicht so einfach, wie es aussieht. Wir haben auch im Ausschuss mehrere Sitzungen gebraucht, um hier sozusagen symbolisch und auch in den Fakten klare Sicht zu erhalten. Immerhin gibt es in Kärnten etwa 1.000 künstliche Badeanlagen, dazu 500 Bäder in Oberflächengewässern. Allein im Bezirk Spittal an der Drau gibt es an die 100 Beckenbäder.

Dipl.-Ing. Gallo

Am Lückenschluss, was das Berufsbild des so genannten Bademeisters betrifft, arbeitet vor allem das Österreichische Normungsinstitut. Es ist dabei, ein „Anforderungsprofil“ zu formulieren, denn es gibt zwar noch keine – und das soll geschehen – ÖNORM, sie soll geschaffen werden, die aber nur eine „Richtlinie“ für die Betreiber wäre und nicht direkt ein „Anforderungsprofil“ regeln kann.

In Österreich gibt es darüber hinaus kein einheitliches Ausbildungsbild. Die neun Bundesländer gehen hier verschiedene Wege; nach eigenen Vorstellungen. Es gibt Kurse vom WIFI, von der Bundessportakademie, von den Innsbrucker Kommunalbetrieben und von der Linz AG. Die sind aber alle untereinander nicht vergleichbar. Österreichweit sind die Bademeister in Hygiene relativ gut geschult. Hier gibt es Vorgaben aus der Gewerbeordnung, aber was den Schutz der Gesundheit betrifft, geht es schon schlechter und was Erste Hilfe, Wasserrettung, auch Gästebetreuung betrifft, gibt es so gut wie gar nichts. Bademeister sind aber auch so etwas wie „Konfliktmanager“. Vergleichen wir das mit den Verhältnissen in Deutschland, muss man sagen: Es gibt dort sogar den Lehrberuf des Bademeisters. Daher ist es höchste Zeit, in Österreich hier etwas Ähnliches zu schaffen!

Ich habe bereits erwähnt, dass wir im Ausschuss in mehreren Sitzungen mit mehreren Auskunftspersonen die Beratungen geführt haben. Es galt, dabei auch auf berechnete und auf vorgebrachte Wünsche der Wirtschaft einzugehen. Es sollte keine Überreglementierung geschaffen werden. Umso befremdlicher ist es – ich habe das auch im Ausschuss als Vorsitzender gesagt –, dass die Wirtschaftskammer hier kein guter Partner in den Beratungen war; durchgehend gut. Denn wenn wir daran denken, dass der Herr Wirtschaftskammerpräsident in Kärnten allen Möglichen immer gute Ratschläge gibt, selber aber seinen Laden offensichtlich nicht im Griff hat, muss ich ihn auffordern, zuerst vor der eigenen Türe zu kehren. Denn wir haben von der Wirtschaftskammer, um wirklich eine fundierte Beratung und Beschlussfassung zu ermöglichen, eine Stellungnahme zu einem weiteren Entwurf, der erarbeitet worden ist, gebeten. Das ist nicht gekommen! Und zur Ausschusssitzung hat der Herr Präsident einen Vertreter der Wirtschaftskammer kurzfristig hier hergeschickt. Es zeichnet den Magister Koska aus, dass er gekommen

ist und trotzdem hier positiv mitgewirkt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch ein bisschen auch auf das eingehen, was Inhalt dieses Berufsbildes sein soll. Denn die Norm wird so angelegt sein, dass immerhin Begriffe wie „Wasseraufbereitung“, „Betriebsführung“, „Wellnesshygiene“, „Sicherheitstechnik“, „Nutzungssicherheit“, „Kommunikation“, „Beschwerdemanagement“, „Rechtliche Grundlagen“ und „Praktische Umsetzung“ verlangt werden. Voraussetzung für den Prüfungsantritt sollte sein: ein „Helferschein“ bzw. ein „Retterschein“ der Österreichischen Wasserrettung und eine „Erste-Hilfe-Ausbildung“. In Österreich ist daran gedacht, dass die Basis der Ausbildung eine abgeschlossene andere Berufsausbildung sein soll. Das heißt der Beruf „Bademeister“ – ich sage das bewusst unter Anführungszeichen, weil einige damit keine so große Freude haben, aber im Volksmund ist er gut verankert – wird als Schulung auf dem so genannten zweiten Bildungsweg angeboten. Ich denke, dass es hier eine weitere Chance für vor allem junge Menschen gibt, eine interessante, aber vor allem verantwortungsvolle Tätigkeit zu erreichen.

Wir hoffen, dass unser Antrag, der im Ausschuss einstimmig erfolgt ist, bei der Bundesregierung Handlung auslöst. Ich bitte die beiden anderen Fraktionen (die SPÖ und die ÖVP), in Wien dahingehend einzuwirken, dass hier österreichweit ein einheitliches Berufsbild geschaffen wird, das eine sinnvolle und vor allem der Sicherheit dienende Ausbildung gewährleistet. *(Beifall von der F-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Holub das Wort.)

Abgeordneter **Holub** (GRÜ):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein historischer Augenblick. Wir werden mit diesem Beschluss natürlich einige Menschenleben retten, vor allem die Leben der Bademeister, die nicht schwimmen können. Das hat es bis jetzt gegeben. Es ist ja wirklich ein Kuriosum, das erst durch einen Fall bekannt geworden ist, dass hier ein Bademeister ist, der – wenn er ins Wasser springt – dann draufkommt: Er kann nicht schwimmen, wenn er jemanden retten soll. Das

Holub

ist irgendwie eine Gesetzeslücke, die hoffentlich auf unsere Aufforderung an die Bundesregierung hin geschlossen werden wird. Wir haben noch ein paar gescheite Sachen dazu getan. Ich habe es im Ausschuss erlebt. Es hat mir sehr gut gefallen und war sehr konstruktiv und alle haben das eingebracht, was man einbringen kann. Was dann noch zur Diskussion stand: Was ist jetzt ein öffentliches Bad und was nicht? Somit ist auch zur Diskussion gestanden: Sind jetzt die ganzen Wellnessbäder und die Hotelbäder öffentliche Bäder? – Rechtlich gesehen, schon. Deswegen wurde auch hier angedacht, dass man Sicherheitsmaßnahmen ergreift, zum Beispiel Lichtschranken bis abends und in der Nacht, damit man hier nicht unbedingt auch in Nichtsaisonzeiten Bademeister anstellen muss.

Deswegen ist das eine gescheite Geschichte, und wir stimmen zu. Danke schön!

(Den Vorsitz hat um 13.07 Uhr 3. Präs. Dr. Strutz übernommen. – Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Es gibt Themen, zu denen schon alles gesagt ist. Hier ist das, glaube ich, der Fall. Das Berufsbild soll es geben. Es kann nicht sein, dass Bademeister nicht schwimmen können. Es gibt einige Varianten, wie man das lösen kann. Der Auftrag an die Landesregierung ist definitiv der richtige. Es wurde im Ausschuss einstimmig ausgiebig diskutiert. Aus diesem Grund werden wir selbstverständlich diesem Antrag die Zustimmung erteilen. Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Dr. Kaiser das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich in den Medien vor zirka einem Jahr erfahren hatte, dass der Begriff „Bade“, ich unterstreiche „meister“, wie es der Kollege Gallo gesagt hat, ein nicht gesicherter Beruf ist und Leute dafür herangezogen werden können, die nicht schwimmen können müssen, und weil ich selbst in meiner beruflichen Tätig-

keit ein Hallenbad betreibe, habe ich mir gedacht: „Ich kann eigentlich keinen Tag mehr ruhig schlafen, seit dem ich weiß, dass da jemand möglicherweise für die Sicherheit mit verantwortlich ist, den ich dadurch gefährde, dass er ins Wasser springen muss, wenn er nicht schwimmen kann, und der damit indirekt auch jene Leute gefährdet, die wahrscheinlich guten Wissens und Gewissens in ein Hallenbad gehen und sagen, okay, im Falle der Fälle ist jemand da, der Schwimmkenntnisse hat und diese anwenden kann.“

Daher bin ich sehr dankbar - und ich sage das auch offen hier heraußen, gerade anhand einer Debatte, die vielfach kontroversiell im heutigen Tagesablauf gelaufen ist -, dass in dem Fall der zuständige Ausschuss, unter dem Vorsitz vom Kollegen Gallo, gute Arbeit geleistet hat! Wir haben über sechs oder sieben Sitzungen diese Materie bearbeitet. Ich kann von meiner Seite aus versichern, dass ich alles tun werde, dass auf Bundesebene die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen rasch ergreift. Denn wir sind, wie so oft im Tourismusjargon gesagt, ein Land der Seen. Wir haben hier auch als ein Tourismusland die Verantwortung, höchst mögliche Sicherheit zu gewährleisten. Wenn es notwendig ist, dass wir als gesetzgebende Körperschaft draufkommen, dass wir dem nicht entsprechend nachkommen können - aus welchen Gründen auch immer -, ist es, glaube ich, die Pflicht und Schuldigkeit eines Kärntner Landtages, hier auch auf Bundesebene vorzupreschen.

Ich bin auch der Meinung, das sollte man mit ein paar Sätzen noch ausführen, was man erwarten muss, in einem Land wie Kärnten, wo es zahlreiche große Bäder (vom Strandbad Klagenfurt bis zu Freibädern) gibt, worauf man sich verlassen können sollte. Man sollte sich darauf verlassen können, dass Leute, die dort die Aufsicht haben, zumindest lebensrettende Maßnahmen anwenden können, insbesondere jene, die bei Ertrinkungsgefahr oder längere Zeit Unterwassersein notwendig sind. Hier geht es um Schnelligkeit, hier geht es um die Notwendigkeit, so rasch wie nur möglich die Atemversorgung wiederherzustellen! Es geht darum, dass wir auch in der Anlagenaufbereitung chemische, physikalische und andere Tätigkeiten kennen müssen, denn allein der Umgang beispielsweise mit dort eingesetzten Säuren ist notwendig und erfordert auch im Sinne des Arbeitnehmerschutzes ent-

Mag. Dr. Kaiser

sprechende Schulungen.

Es ist auffallend - das gehört auch gesagt -, dass es in Kärnten und auch in anderen Bundesländern eigentlich nur eine Institution gibt, die diese Kurse überhaupt anbietet; weil sie eben keinerlei Verpflichtung haben. Das ist das WIFI. Und dort ist es auch nur ein Kurs im Jahr, der demnach auf Jahre ausgebucht ist. Auch hier ist es für uns ganz einfach eine wirkliche Verantwortlichkeit, sicherzustellen, dass diese Kurse bleiben und bei entsprechendem Bedarf eine Ausweitung erfolgt. Denn das ist im Interesse auch aller Besitzer, aller Hotelbetreiber, aller Gemeinden, aller Beschäftigten und letztendlich auch jener Gäste, denen wir das hiermit anbieten wollen.

Daher abschließend noch einmal: Zustimmung natürlich unserer Fraktion. Ich darf noch einmal gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen feststellen, dass wir hier weit über Parteigrenzen hinaus, denke ich, das Richtige eingeleitet haben. Ich hoffe, dass es auf Bundesebene auch vollzogen werden wird. Herzlichen Dank! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion)*

(Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. – Der Vorsitzende erteilt der Berichterstatterin das Schlusswort. – Die Berichterstatterin beantragt das Eingehen in die Spezialdebatte. – Der Antrag wird einstimmig angenommen.)

Berichterstatterin Abgeordnete **Mag. Trodt-Limpl** (F):

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung zu erwirken, dass

1. durch das Erlassen von gesetzlichen Bestimmungen das Berufsbild für den Beruf „Bäderaufsichtsperson (Bademeister)“ durch eine abgeschlossene Berufsausbildung und Fortbildung mit den für die Ausübung dieser Tätigkeit notwendigen Lehrinhalten und Ausbildungszeit unter Berücksichtigung der technischen, chemischen und hygienischen Inhalte sowie der Grundlagen der lebensrettenden Sofortmaßnahmen

men mit der besonderen Berücksichtigung von Ertrinkungsnotfällen sowie der Beachtung der erforderlichen Schwimmkenntnisse und den entsprechenden Auflagen zur regelmäßigen Weiterbildung und Auffrischung der Kenntnisse zu schaffen,

2. durch die Schaffung der gesetzlichen Regelungen insbesondere in der Gewerbeordnung und im Bäderhygienegesetz nicht nur in einzelnen behördlichen Verfahren im Zuge der anlagerechtlichen Beurteilung der Anlage durch Auflagenvorschreibung solches Personal in Abhängigkeit von der Größe der Anlagen vorzusehen ist,
3. in gleicher Weise in gewerblichen Frei- oder Hallenbädern bzw. Wellnesseinrichtungen (z. B. Beherbergungsbetriebe) durch technische Vorkehrungen eine Erhöhung der Qualität und der Sicherheit dieser Anlagen zu bewirken ist.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Die Annahme ist beantragt. Ich ersuche die Abgeordneten zur Abstimmung die Plätze einzunehmen! Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Danke, das ist die notwendige einstimmige Mehrheit.

Wir kommen somit zum Tagesordnungspunkt 5:

5. Ldtgs.Zl. 95-13/29:

Schriftliche Anfragebeantwortung von Landeshauptmann Dr. Haider zur schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Lesjak betreffend Umsetzung der Lissabon-Strategie

Die schriftliche Beantwortung ist Ihnen zugegangen. Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Damit haben wir die heutige Tagesordnung abgearbeitet. Wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Herr Direktor, ich darf Sie ersuchen zu berichten!

**Mitteilung des Einlaufes
(Fortsetzung)**

Dr. Strutz

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

A) Dringlichkeitsanträge (Fortsetzung):

4. Ldtgs.Zl. 188-10/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Stromversorgungsleitung nach Metnitz als Erdkabel mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der KELAG – Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft zu erreichen, dass von der KELAG – Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft in Zukunft zumindest eine Stromversorgungsleitung zwischen Metnitz und Friesach einerseits oder über die Flattnitz andererseits als Erdkabel geführt wird.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Danke schön! Kollege Lutschounig kann gleich heraußen bleiben, er hat sich zur Begründung zu Wort gemeldet! Bitte!

Abgeordneter **Lutschounig** (ÖVP):

Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Sturm Paula hat in Kärnten große Schäden angerichtet, vor allem in der Forstwirtschaft. Aber darüber hinaus war es als Konsequenz so, dass viele Teile unseres Bundesgebietes ohne Strom waren und das nicht nur einige Stunden, sondern im konkreten Fall im Metnitztal einige Tage lang und das nicht zum ersten Mal! Jedes Mal, wenn ein größerer Schneewurf zu verzeichnen ist, dann werden die Leitungen beschädigt und bei dieser Windwurfkatastrophe ebenfalls. Es kann in der heutigen Zeit nicht sein, dass ein Gebiet tagelang ohne Strom bleibt, dass es praktisch tagelang auf die wichtigste Infrastruktur, die wir haben – Strom – verzichten muss, daher unser Dringlichkeitsantrag. Nachdem Metnitz von zwei Seiten, einerseits über die Flattnitz, andererseits über Friesach versorgt wird wollen wir, dass es von der Seite Friesach eine entsprechende Erdverkabelung gibt, um solche Schäden in Zukunft hintan-

zustellen und zu vermeiden. Ich glaube, es ist vom Technischen her durchaus machbar. Die KELAG sagt zwar immer, es ist technisch nicht machbar. Ich sage: Was passiert in den großen Städten? Dort ist überall nur Verkabelung und keine Freileitung zu sehen und es funktioniert überall bestens. Ich glaube, dass man das im Sinne der Sicherheit der Stromversorgung für eine ganze Talschaft verantworten soll und kann und dass es sich von den Investitionskosten her durchaus im Rahmen bewegt, wenn man ein derartiges Gebiet mit einem Erdkabel versorgt. Ich bitte die anderen Parteien, diesen Dringlichkeitsantrag der ÖVP diesbezüglich zu unterstützen! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Warmuth das Wort.*)

Abgeordnete **Warmuth** (F):

(*Abg. Ing. Hueter: Die Wilma wird sagen: Jawohl!*) Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Ich gebe meinem Vorredner recht, es ist höchst notwendig, dass hier etwas getan werden muss. Im selben Atemzug darf ich aber auch erwähnen, dass, wenn es zu Mehrkosten im Strombereich kommt, dann sollten wir endlich aufhören ständig zu kritisieren, sondern das auch mittragen. Als Bezirksabgeordnete und Obfrau des Regionalverbandes Hemmaland – und das Metnitztal, Gurktal gehört da dazu – hatte ich die Möglichkeit, einen Tag nach der Sturmkatastrophe gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann als Katastrophenreferenten dort anwesend zu sein. Es gab da eklatante Schäden, es war bestürzend. Es gibt im Forst 16,5 Millionen Euro an Schaden, 4.000 Haushalte waren ohne Strom. Hier ist der Feuerwehr, der KELAG, dem Bundesheer, den Straßenmeistereien und den Forstleuten für ihren unermüdlichen Einsatz wirklich zu danken. Ich glaube, dass sich der Landtag hier diesem Dank auch anschließen sollte! (*Beifall im Hause.*)

Tatsache ist aber auch, dass das Metnitztal kärntenweit die höchste Dichte an Notstromaggregaten hat, weil bei den Sturmschäden immer die Hauptleitung blockiert ist, was besondere Auswirkungen auf die Bauern und auf die Gewerbetreibenden hat. Auch die Seitentäler sind landwirtschaftlich stark davon betroffen. Hier muss Abhilfe geschaffen werden! Die Stromversor-

Warmuth

gungsleitung sollte zwischen Metnitz und Friesach gebaut werden. Die Installierung eines Erdkabels über die Flattnitz muss den Betroffenen zuerkannt werden.

Ich darf aber auch noch erwähnen, dass die Kärntner Landesregierung bei der vorletzten Sitzung eine diesbezügliche Resolution einstimmig verabschiedet hat. Aber nach dem Motto „Doppelt hält besser“ haben die Kollegen der ÖVP einen Wort für Wort gleichlautenden Antrag eingebracht, dem wir selbstverständlich die Zustimmung geben werden. Denn wir wissen, es geht hier um das Wohlbefinden und die Lebensqualität für die Menschen im ländlichen Raum! *(Abg. Tauschitz: Es muss etwas getan, nicht nur geredet werden! – Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Strauß das Wort.)

Abgeordneter **Strauß** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Hoher Landtag! Dem Antrag ist an und für sich nichts mehr hinzuzufügen, wobei man sicherlich noch etwas bedenken muss: Diese Wettersituationen sind ja nicht einmalig. So wie es aussieht, wird das höchstwahrscheinlich immer öfter kommen. In Oberkärnten, in Mittellkärnten und insgesamt lautet die Diskussion: Wie kann man hier die Energieversorgung nach so einer Sturmkatastrophe aufrecht erhalten? Das klassische System der Stromversorgung über Strommasten und Stromleitungen hat in diesem Bereich ausgedient, speziell in jenem Bereich, wo es eine hohe Bewaldung gibt. Die dementsprechenden Folgen sind dann bei der betroffenen Bevölkerung, beim Endkunden meistens über Tage zu spüren. Trotz aller Bemühungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Versorgungsunternehmens KELAG war es nicht möglich, aufgrund der Vielzahl an Schäden hier überall vor Ort zu sein. Trotzdem ein Danke den freiwilligen Helfern, die hier mitgearbeitet haben und natürlich an die Mitarbeiter unseres KELAG-Energieunternehmens, die im 24-Stunden-Rhythmus versucht haben, die Energieversorgung aufrecht zu erhalten!

Ziel muss es aber auch sein, dass man versucht so wichtige Versorgungsleitungen nach dem neuesten Stand der Technik – und diese Technik wird ja, sowie es mein Vorgänger Lutschounig

gesagt hat, natürlich auch in allen Städten angewendet – zu vergraben, das heißt eine Verkabelung vorzunehmen. Und zur Diskussion, die in der letzten Woche auch schon im Bereich „Mölltal“ stattgefunden hat, wo man gesagt hat, nein, das ist technisch nicht möglich, das würde so und so viel kosten, da möchte ich nur etwas sagen: Dass der Endkunde, der Errichter und nach dem Krieg auch die Bevölkerung von Kärnten unsere Kärntner Elektrizitätswirtschaft waren und dass diese Elektrizitätswirtschaft am Ende des Jahres insgesamt Gewinne schreibt. Es kann aber nicht sein, dass die Stromerzeuger Gewinne lukrieren und die Netze an und für sich aufgrund der Liberalisierung getrennt worden sind und die Netzbetreiber, und in dem Fall auch die KELAG, auf der Stecke bleiben. Hier muss dementsprechend entgegengewirkt werden, entgegengewirkt insofern, dass in den wichtigsten Bereichen eine lückenlose Versorgung stattfindet. Ich möchte aber an dieser Stelle auch noch auf jene Diskussion, die wir hier im Kärntner Landtag schon geführt haben, hinweisen und noch einmal darauf hinweisen, dass die Verantwortlichen und jene, die in der Elektrizitätswirtschaft arbeiten, auch weiter daran arbeiten sollen, dass Kärnten an die 380 kV-Leitungen sowohl aus dem Osten als auch aus dem Bereich Norden über Salzburg angeschlossen werden. Bei einem größeren Ausfall steht Kärnten als Insel allein da. Die Diskussion um die Stromsituation in Kärnten ist ja jene, dass wir zu wenig Strom haben, um uns selbst versorgen zu können und dass wir vom Stromimport abhängig sind. Wir seitens der Sozialdemokratie werden diesem Dringlichkeitsantrag selbstverständlich die Unterstützung gewähren! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Danke schön! Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Das ist einstimmig so beschlossen. Zum Inhalt selbst liegt eine Wortmeldung der Abgeordneten Lesjak vor!

Abgeordnete **Dr. Lesjak** (GRÜ):

Geschätzte Kollegen und Kolleginnen! Wir sind

Dr. Lesjak

natürlich auch dabei, weil wir der Meinung sind, dass hier geholfen werden muss. Dieser schreckliche Sturm hat wirklich sehr viel Schaden angerichtet in einem Ausmaß, das fast unvorstellbar ist. Aber ich möchte schon noch auf eines hinweisen: Freilich liegt der Grund darin, dass es eine große Zerstörung gegeben hat, beim Sturm Paula. Man muss aber auch sehen, dass dort wo die größte Verwüstung passiert ist, dass das hauptsächlich in den großen Monokulturen passiert ist, insbesondere in den reinen Fichtenwäldern. Die Fichte ist ja bekanntlichermassen ein so genannter Flachwurzler. Das kennen wir noch von damals, das mit dem Grasser und so. Ein Flachwurzler kommt leichter aus der Erde heraus als ein Baum, dessen Wurzeln weiter hinabreichen. *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Es soll bei den Grünen auch eine ganze Menge Flachwurzler geben!)* Wenn man das von oben anschaut, die Landkarten, das ist dramatisch, weil man dann auch sieht, wie groß diese Monokulturen sind. Ich glaube, dass wir auch dahingehend umdenken müssen, auch präventiv in Richtung Naturkatastrophen, die noch auf uns zukommen, dass wir mehr Mischwälder pflanzen und auch mehr Mischwälder pflegen, forcieren sollten und nicht nur die reinen Monokulturen! *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Der ... hat einen großen Waldbesitz im Rosental!)* Wer? *(Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Monokultur!)* Ja, Monokulturen sind nie gut, weder in einem Wald noch in einer Partei noch in einer Gesellschaft! Wichtig wäre, dass wir hier wieder mehr zu einer Vielfalt gelangen. Es wäre wünschenswert, was auch der Intention dieses Antrages entspricht, wenn Regionen im Bereich der Stromversorgung generell mehr autonom wären. Es ist zu hoffen, dass das in Zukunft auch gelingen wird, dass wir eine regionale Stärkung der Energieversorgung anstreben und dass es möglich ist, dass regional halbwegs eine Autonomie hergestellt wäre. Am besten wäre, wie gesagt, eine vollständige Autonomie der Regionen in ihrer Energieversorgung.

Vorsitzender Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Danke schön! Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Danke schön, das ist einstimmig so beschlossen. Herr Direktor, bitte!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

5. Ldtgs.Zl. 81-27/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend sofortige Übertragung von Landesbeteiligungen an die Kärntner Landesholding mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich die Übertragungen der Anteile der Kärnten Werbung Marketing & Innovationsmanagement GmbH, der Entwicklungsagentur Kärnten GmbH, der Kärntner Flughafenbetriebs GmbH, der Klagenfurter Messebetriebsgesellschaft GmbH und der Kärntner Tourismus Holding GmbH vorzunehmen.

2. bis zur Übertragung ab sofort bei jenen Gesellschaften, bei denen das Land Kärnten aufgrund seiner Anteile beherrschenden Einfluss hat, von Personaleinstellungen und vom Abschluss von Verträgen, welche für die Zukunft Bindungswirkung haben, Abstand zu nehmen.

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Liebe Zuhörer auf der Zuhörertribüne! Der Dringlichkeitsantrag zu dieser sofortigen Übertragung von Landesbeteiligungen an die Kärntner Landesholding hat einen Grund. Denn gemäß dem Beschluss der Landesregierung vom 30.10.2006 wurde die Kärntner Landesholding damals beauftragt, im Zusammenwirken mit der Abteilung 4 – Finanzen, Wirtschaft, Wohnungs- und Siedlungswesen – ein Konzept zur Neustrukturierung der Landesgesellschaft bzw. Zusammenführung unter das Dach der Kärntner Landesholding zu erarbeiten. *(Den Vorsitz übernimmt um 13.29 Uhr 1. Präs. Lobnig.)* Mögliche Einsparungspotentiale sollen dabei aufgezeigt werden und ein anschließender Bericht an die Kärntner Landesregierung soll rechtzeitig vorgelegt werden, dass eine Umsetzung des Konzeptes auf Basis der notwendigen Beschlüsse der Kärntner Landesregierung bzw. hier von uns im Kärntner Landtag

Tauschitz

bis zum 30.7.2007 möglich ist. Heute haben wir aber schon den Februar 2008. Und nach mehreren Gesprächen und Expertenmeetings und entsprechenden Beschlüssen ist es letztendlich am 20. November 2007 zu einem entsprechenden Beschluss in der Kärntner Landesregierung gekommen. In weiterer Folge kam es dann zur entsprechenden Änderung des Kärntner Landesholdinggesetzes und des Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetzes. In der Sitzung des Landtages vom 21. 12. haben wir das erledigt.

Und nunmehr ist der zuständige Referent, und der heißt nun einmal Landeshauptmann Dr. Jörg Haider, säumig, einen entsprechenden Regierungssitzungsakt, der die tatsächliche Übertragung der im Antrag genannten Gesellschaften vornimmt, vorzulegen und einzubringen. Wie notwendig die Übertragung der Landesgesellschaften in die Holding ist, zeigt sich insbesondere an dem heute schon viel diskutierten Beispiel der Kärnten Werbung und des Postens für den BZÖ-Bürgermeister aus Mühlendorf, der jetzt als Prokurist in der Kärnten Werbung eingesetzt wird, knapp bevor diese Übertragung stattfinden soll. Aus diesem Grund soll unverzüglich, und zwar in der nächsten Regierungssitzung am 12. Februar, das ist in wenigen Tagen, die längst fällige Übertragung der Gesellschaften vorgenommen werden und der Herr Landeshauptmann wird aufgefordert, diesen Antrag, der fix und fertig ist, einzubringen. Ich hoffe, dass wir für diesen Antrag breite Zustimmung bekommen, denn es ist wichtig für dieses Land und vor allem für das Steuergeld der Bürger, dass dieser Antrag durchgeht und dass das Geld bei der Kärnten Werbung nicht mehr versickert wie das Geld von Banda Aceh im Indischen Ozean! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt 3. Präs. Dr. Strutz zur Dringlichkeit das Wort.)

Dritter Präsident **Dr. Strutz** (F):

Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich frage aus gegebenem Anlass zunächst einmal die ÖVP: – Sie schreiben in Punkt 2 Ihres Antrages, dass bei jenen Gesellschaften, bei denen das Land Kärnten aufgrund seiner Anteile beherrschenden Einfluss hat, von Personaleinstellungen und vom Abschluss von Verträgen sofort Abstand zu nehmen ist – Gilt das auch für die Kranken-

staltenbetriebsgesellschaft? Dürfen wir dort jetzt *(Abg. Tauschitz: Bezieht sich auf Punkt 1! Stellen Sie sich nicht dümmmer als Sie sind!)* den Vorstand anstellen und einen Vertrag abschließen? Am Nachmittag haben wir eine Personalaussschusssitzung, deshalb wäre das von Relevanz. Wir haben dort auch andere, relevante Personalentscheidungen zu treffen. Für welche Gesellschaften gilt das jetzt und für welche nicht? Das geht aus dem Antrag nicht deutlich hervor. Im Gegenteil, er würde uns am Beispiel KABEG behindern! *(Abg. Tauschitz: Die KABEG steht aber nicht drauf, Herr Kollege!)* Zum anderen: Unverzügliche Übertragung! Ich kann mich noch gut erinnern, es war eine aktuelle Stunde vor der Sommerpause zum Thema „Holding und Eingliederung und Übertragung der Landesgesellschaften in die Kärntner Landesholding“, damals hat sich – aus meiner Sicht unzuständigerweise, aus Sicht der ÖVP zuständigerweise – Agrarlandesrat Martinz *(Abg. Tauschitz: Aufsichtsratsvorsitzender der Holding!)* in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender zu Wort gemeldet. Ja bitte, machen! Ja bitte, machen! Dort ist das zuständige Gremium! Dort haben wir jetzt zwei neue Vorstände, extra mit der Begründung, dass die Landesgesellschaften in das Eigentum der Holding übertragen werden sollen, eingestellt. Mittlerweile ist jetzt über ein Jahr vergangen und es ist überhaupt noch nichts geschehen!

Zuerst hat es die Ausrede gegeben, man sei mit der Hypo so beschäftigt und deshalb werde man – ebenfalls von Martinz im Kärntner Landtag so gesagt – erst, wenn die Hypo abgeschlossen sei, der Beteiligungs- und Anteilsverkauf, sich dem erst dann widmen. *(Abg. Tauschitz: Bitte tu in Zukunft lernen, wie Gesetze in dem Land funktionieren! – Heiterkeit in der ÖVP-Fraktion. – Der Redner lachend:)* Das sagt der Richtige! Ein Student an der Klagenfurter Uni! Wenn Sie mich auffordern „Zurück auf die Schulbank!“, dann kann ich Ihnen sagen, dass ich zwei Studien erfolgreich abgeschlossen habe! Sie haben nicht einmal eines geschafft! *(Beifall von der F-Fraktion. – Abg. Lutschounig: Was hat es dir gebracht? Job hast noch immer keinen! – Abg. Tauschitz: Mah, bitte! Was hast du studiert? Märchenerzählen oder was?)* Deshalb, lieber Kollege, im Aktienrecht, *(Es herrschen starker Lärm und Unaufmerksamkeit im Hause. – Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)* im Aktienrecht ist es noch immer so, dass ein Auf-

Dr. Strutz

sichtsratsvorsitzender seinen Vorständen anschaffen kann, etwas zu tun. Die Regierung kann gar nichts beschließen, weil – hätten Sie mit dem Kollegen Martinz gesprochen – wir ja im letzten Aufsichtsrat einen Bericht über die zugegebenen, mannigfachen Schwierigkeiten bei der Übertragung der einzelnen Gesellschaften bekommen haben. Deshalb haben wir dort auch eine Expertin aus dem ÖVP-Dunskreis aufnehmen müssen. Ohne Ausschreibung! In die Landesholding! Und diese Expertin ist beauftragt, die rechtlichen Fragen für die Übertragung zu klären. *(Zwischenruf von Abg. Tauschitz. – Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Da ist der Tauschitz der Experte!)* Und dann, Kollege Tauschitz, ist uns ebenfalls im Aufsichtsrat unter dem Vorsitz des ÖVP-Obmannes berichtet worden, wenn diese rechtlichen Fragen geklärt sind, *(Abg. Tauschitz: Ist alles geklärt, denken Sie nur an die Landesregierung!)* wird man der Landesregierung die notwendigen gesetzlichen Unterlagen und Gesetzesentwürfe zuleiten und dann wird die Landesregierung beschließen. Also fordern Sie Ihren eigenen Parteiobmann auf und denken Sie ein bisschen darüber nach, was Sie vor allem in Punkt 2 beschließen, denn damit blockieren Sie in Wirklichkeit wichtige Beschlüsse, die wir auch in Zukunft zu tragen haben! *(Beifall von der F-Fraktion.)*

(Der Vorsitzende erteilt KO Abg. Mag. Dr. Kaiser zur Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Mag. Dr. Kaiser** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage ganz offen: Zwei Seelen schlagen, ach, in meiner Brust! Die Eine: Die Intention dieses Dringlichkeitsantrages ist aus politischer Sicht völlig klar. Es geht nicht darum, dass das, was wir heute in einem vorgezogenen Dringlichkeitsantrag seitens der SPÖ bereits einmal aufgezeigt haben, nicht ad infinitum passiert, dass nämlich der Herr Landeshauptmann seine Leute noch knapp vor Schluss in jene Gesellschaften hinein setzt, die dann erst in die Landesholding eingegliedert werden. Ich denke, das ist der politisch erkennbare Punkt, um den es geht, den werden wir daher auch mit einer Zustimmung zur Dringlichkeit unterstützen. Dann aber ersuche ich – und da gebe ich meinem Vorredner Recht – dass man in der Formulierung doch so

präzise ist, dass daraus der Wille erkennbar ist. Ich würde daher ersuchen, dass man statt dem Begriff „vorzunehmen“ im ersten Absatz „einzuleiten“ sagt, dann sind der Prozess und die Prozesshaftigkeit als solche benannt und im Punkt 2 kann ich auch nur sagen, gemeint ist es so, wie ich es dargestellt habe. Wenn jene Intention in einer vernünftigen verbalen und semantischen Form Niederschlag findet, dann wird unsere Fraktion dem auch vom Inhalt her die Zustimmung geben können! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir zur Begründung der Dringlichkeit keine weitere Wortmeldung vor. Ich darf die Damen und Herrn Abgeordneten um Aufmerksamkeit bitten. Wir kommen zum Abstimmungsprocedere. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, der möge zum Zeichnen der Zustimmung ein Handzeichen geben! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. – Ich weise diesen Antrag dem Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa zu. Ich ersuche nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

6. Ldtgs. Zl. 328-6/29:

Dringlichkeitsantrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend restlose Aufklärung betreffend „Kärntendorf“ in Banda Aceh und Übernahme der Verantwortung durch Landeshauptmann Dr. Haider mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der Landeshauptmann von Kärnten wird aufgefordert,

1. in Wahrnehmung seiner politischen Verantwortung den Betrag von 204.000,-- Euro, welcher laut vorläufigem Bericht des Landesrechnungshofes an Baukosten zuviel bezahlt wurde, anteilmäßig an die Spender zurückzuzahlen und

Mag. Weiß

2. von der Stiftung Carinthia die vollständige Offenlegung aller Bankbewegungen zu verlangen und den Zahlungsüberhang in Höhe von 108.000,- Euro laut vorläufigem Bericht des Landesrechnungshofes rückzufordern.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Als erstes zu Wort gemeldet zur Begründung der Dringlichkeit hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Grilc. Bitte!

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag ist Ausfluss der Diskussion, die in den letzten Tagen geherrscht hat und wir haben ja heute am Vormittag in der aktuellen Stunde auch ausgiebig über die Hintergründe diskutiert. Ich erspare mir daher die nochmalige Aufzählung aller jener Gegebenheiten, die inhaltlich zu diesem Antrag geführt haben und möchte nur hervorheben, dass es zwei Dinge sind, die hier antragsmäßig abgehandelt werden: Zum einen jenen Betrag, der bei den Baukosten über Gebühr gezahlt wurde, nach Möglichkeit zurück zu erstatten und das zweite, bei der Stiftung Carinthia Klarheit zu schaffen. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung und bitten darum! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Trannacher zur Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordnete **Mag. Trannacher** (SPÖ):

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Verehrter Herr Präsident! Das Unbewusste ist bekanntlich nach Freud ein weites Feld. Und so hat der Landtagspräsident folgerichtig heute eingangs der Sitzung gesagt, dass der Landeshauptmann sich natürlich für die heutige Sitzung entschuldigt hat. (*3. Präs. Dr. Strutz: Aber der Martinz auch! – Abg. Trettenbrein: Weil man sich natürlich entschuldigt!*) Und die Betonung liegt auf „natürlich“! Es ist nämlich bei weitem kein Zufall, dass sich der Landeshauptmann für heute entschuldigt hat, wiewohl es seine Gewohnheit ist, Probleme zu verursachen und dann, wenn sie

sichtbar werden, wenn sie für jeden Mann und jede Frau in diesem Land unübersehbar sind, die Verantwortung abzuschieben, nicht präsent zu sein und sich auch nicht zu Wort zu melden. (*Abg. Trettenbrein: Ihr macht einen Sonderlandtag und keiner ist anwesend von der Regierung!*) Und deshalb wird die sozialdemokratische Fraktion dem Antrag der ÖVP-Fraktion zustimmen! Denn in diesem Antrag wird die Übernahme der politischen Verantwortung gefordert und dazu fordere ich den Landeshauptmann auf. Endlich zu seinem System, mit dem er das Land Kärnten seit 1999 regiert, zu stehen, ein Mann zu sein und die Verantwortung zu übernehmen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Denn was hat der Herr Landeshauptmann die Jahre über getan? Was ist so das „System Haider“, unter dem wir in diesem Land leiden und das mittlerweile wirklich jedem und jeder bekannt ist? Es ist ein System, in dem immer wieder „Potemkinsche Dörfer“ errichtet werden. Und ich erspare euch jetzt nicht, aus dem Wikipedia vorzulesen, was „Potemkinsche Dörfer“ sind. Als „Potemkinsche Dörfer“ wird etwas bezeichnet, das fein herausgeputzt wird, um den tatsächlichen, verheerenden Zustand zu verbergen. Oberflächlich wirkt es ausgearbeitet und beeindruckend, es fehlt aber die Substanz! Und dieses System, das System der „Haiderschen Dörfer“ können wir bei einer Vielzahl von Projekten der letzten Jahre gut und auf Punkt und Beistrich nachvollziehen! (*Abg. Trettenbrein: Da kommen Sie selber zum Lachen!*)

Ich erinnere an die Seebühne, an die Styrian Spirit, an die Hypo-Angelegenheit und vieles andere mehr! (*Abg. Ing. Scheuch: Ist ja nirgends was herausgekommen!*) Wir alle kennen die Analysen! Wir werden auch nicht wirklich substantiell Neues erfahren, denn das „System Haider“ ist seit Jahren dasselbe und wird sich, so fürchte ich auch, in der Zukunft nicht verändern! (*Abg. Zellot: Bravo! Bravo!*) Denn was wäre denn notwendig, um ein derartig morsches System zu reparieren? (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist ja Wiederbetätigung, was Sie da betreiben!*) Nicht nur die richtige Diagnose, denn die richtige Diagnose wäre ja in Wahrheit etwas, was es noch nicht gibt, das ist so eine Form der allmächtsphantastischen Großmannssucht. (*Abg. Ing. Scheuch: Ein sozialromantischer Wunsch ist das!*) Die Diagnose wäre das Erste, aber dann – und das an die lieben Kolleginnen und Kollegen

Mag. Trannacher

des BZÖ gerichtet – wäre es notwendig, dass man so etwas wie eine Krankheitseinsicht entwickelt! Dass man sich dem, was schief gelaufen ist und schief läuft, auch stellt, (*Abg. Mag. Ragger: Wir stellen uns ja! Bei der SPÖ läuft alles schief!*) um dann die entsprechenden Therapien und die entsprechenden Maßnahmen zu setzen! Aber ich fürchte, und die Zwischenrufe zeigen es mir, dass da ein gewisses chronifiziertes Ausmaß der Unbelehrbarkeit da ist und dass die geeignete Therapie erst nach dem März 2009 eingesetzt werden kann! (*Abg. Ing. Scheuch: Selbsterkenntnis ist der erste Besserungsschritt!*) Ich danke Ihnen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Ragger zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.*)

Abgeordneter **Mag. Ragger** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hauses! Entschuldigen Sie, Herr Präsident, können Sie dem Saalordner bitte anordnen, dass er den Häcksler bringen soll, denn für etwas anderes ist dieser Dringlichkeitsantrag offensichtlich nicht gut! Zur Kollegin Trannacher wollte ich noch ausführen: In der Schule sagt man, Thema verfehlt, 5, setzen! Ihr einziges Krankheitsbild, das Sie haben, ist eine Angstparanoia, dass Sie in der nächsten Periode nicht mehr da sitzen werden und sonst nichts! (*Beifall von der F-Fraktion.*) Aber wir sollten wieder zum Thema zurückkommen und ich werde Ihnen allen Gelegenheit geben, wir können am 26. Feber – ich habe es heute gerade unterschrieben – darüber abstimmen, gehen wir in Neuwahlen oder gehen wir nicht in Neuwahlen. Ich habe es einmal auf die Tagesordnung gesetzt, wir werden sehen. Es ist der Antrag der SPÖ, sie hat ihn gefordert! Gehen wir in die Neuwahlen, dann werden wir sehen, wer die politische Verantwortung im Land zu tragen hat und wer auch dann letztendlich vom Wähler Recht bekommen wird! (*Abg. Lutschounig: Zuerst untersuchen, dann wählen!*) Ob wir hier Kindereien machen, ob das die Kärnten Werbung ist, ob das Banda Aceh oder sonst irgendwas ist oder vielleicht ein paar schuldhaftige Durchführungen von Ihrer lieben Landeshauptmann-Stellvertreterin, wo sie 300.000,- Euro im Villacher Heim oben versenkt hat.

Da können wir dann über alles diskutieren. Fragen wir doch den Wähler! Seien Sie nicht hinter Ihren Bänken so ängstlich und sagen Sie: „Der hat Verantwortung. Und das ist die Verantwortung des BZÖ.“ Machen wir es. Tun wir es! Dann werden wir sehen. (*Beifall von der F-Fraktion*)

Politik hat immer noch mit Vernunft zu tun und nicht mit ständiger Vernaderung, (*Lärm im Hause*) so wie seit Monaten in diesem Haus das hin und her geht. (*Beifall von der F-Fraktion*) Ich weiß es nicht. Es ist der Herr Abgeordnete Grilc, ein sehr, sehr hochwürdiger Politiker, aber diese ständigen jetzigen, immer wieder einreißenden, immer wieder jetzt fertig gemachten vorläufigen Rechnungshofberichte, die ins Haus kommen – das hat es, glaube ich, in keiner Periode noch gegeben. Die Zeitung ist mittlerweile schneller bei den Rechnungshofberichten als überhaupt ein Abgeordneter in diesem Haus. (*Lärm im Hause*) Da muss ich mich schon noch fragen: Was ist ein Rechnungshofbericht noch wert? (*Vorsitzender, das Glockenzeichen gebend: Bitte, am Wort ist der Herr Abgeordnete Ragger! Ich bitte um Aufmerksamkeit!*) Was ist ein Rechnungshofsbericht noch wert, wenn nicht einmal einem anderen die Gelegenheit gegeben wird, das zu rechtfertigen?! (*wiederum Lärm im Hause*) Alter Satz: „Audiatur et altera pars“, hat es schon im Lateinischen geheißen und heißt: „Zuhören, zuerst einmal.“

Daher: Mit Freude werde ich diesen Bericht in meinem Ausschuss diskutieren. Mit Freude werden wir ihn auch untersuchen, wenn Sie wollen. Aber da, in einer Dringlichkeit, sicher nicht! (*Beifall von der F-Fraktion*)

(*Abg. Mag. Grilc: Zur tatsächlichen Berichtigung! – Vorsitzender: Zur tatsächlichen Berichtigung, bitte, Herr Abgeordneter Grilc!*)

Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Der Kollege Ragger hat behauptet, dass vorher nicht die Gegebenheit geherrscht hätte, wonach vorläufige Berichte des Rechnungshofes dem Haus zugemittelt wurden. Ich stelle richtig: Vorläufige Berichte des Landesrechnungshofes wurden immer, so wie auch jetzt, den jeweiligen Mitgliedern des Kontrollausschusses und den Regierungsämtern

Mag. Grilc

zugemittelt! (*Abg. Lutschounig: Das weiß ja der Herr Jurist nicht!*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Danke, das steht so im Protokoll. – Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit abstimmen. Wer diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt: Bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu.

Ich ersuche nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

7. Ldtgs.Zl. 374-1/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des Freiheitlichen Landtagsklubs betreffend lückenlose Aufklärung der Vorfälle im Innenministerium mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicher zu stellen, dass hinsichtlich der nunmehr an die Öffentlichkeit gelangten Vorfälle im Innenministerium (BAWAG, Kampusch, ÖGB) sämtliche Maßnahmen ergriffen werden (interne Revision, Anregung eines Untersuchungsausschusses im Nationalrat, Rechnungshofüberprüfung etc.), um eine lückenlose und vollständige Aufklärung einer etwaigen politischen Einflussnahme auszuschließen.

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Zur Begründung der Dringlichkeit – Herr Abgeordneter Zellot? – (*Abg. Zellot: Nein! – Schriftführer Direktor Mag. Weiß: Dann liegt keine Wortmeldung vor.*) Bitte, die Antrag stellende Fraktion möge die Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit abgeben! (*Abg. Lutschounig: Das ist ein Durcheinander. Wer ist denn dort Klubobmann?! – Abg. Ing. Scheuch:*

Was gibt es denn da für eine Aufregung?! – Lärm im Hause.) Herr Klubobmann Tauschitz, ich habe Sie immer wieder aufmerksam gemacht, wenn von Ihnen keine Wortmeldung da war, dass Sie sie her gebracht haben. Daher ist in der Reihenfolge die Antrag stellende Fraktion zur Begründung da. Und dann kommen die weiteren Wortmeldungen. Bitte, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Gallo hat sich gemeldet.

Abgeordneter **Dipl.-Ing. Gallo** (F):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn wir die Medienberichte verfolgen, dann gibt es derzeit eine Lage im Tschad, die nicht nur unübersehbar ist, die hier von einem Bürgerkrieg spricht, von Auseinandersetzungen und das dennoch Soldaten ... (*Abg. Tauschitz: Antrag Innenministerium!*) Das ist, wenn ich mir den Nebensatz erlauben darf, Herr Abgeordneter Tauschitz, das Menschenverachtende von einem ... (*Lärm im Hause. – Abg. Tauschitz: Du redest zum falschen Thema! – Heiterkeit im Hause. Der Redner lacht selbst am meisten über sein Versehen, worauf es Beifall gibt.*) - Gut, ich beginne noch einmal. (*Vorsitzender: Bitte, am Wort ist der Herr Abgeordnete Gallo! Bitte*)

Herr Präsident! Ich gebe dazu, dass ich irritiert war. Aber wenn einem in der Früh der Schock so in die Glieder fährt, dann bitte ich, mir das nachzusehen! Der Antrag, den wir hier gestellt haben, als Dringlichkeitsantrag, verlangt eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle im Innenministerium. Ich habe bereits in der Aktuellen Stunde erwähnt, dass Zustände offenbar geworden sind, die nicht mehr an Negativem zu überbieten sind. Denn angefangen hat das bereits vor einiger Zeit mit den Vorgängen in Wien im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien, wo eine gegenseitige Vernaderung – in meinem politischen Bereich ist das nichts Neues, aber nicht dort, wo Sicherheit gewährleistet werden soll – Platz gegriffen hat. Und jetzt ist aufgetaucht, dass es auch im Innenministerium Vorgänge gegeben hat, die – auch wenn man die Parteilinie schwarz drüber breiten kann – ins finstere Mittelalter, was die Zustände betrifft, blicken lässt. Denn hier ist mit Weisungen gearbeitet worden, um zu vertuschen, um Ergebnisse herbei zu re-

Dipl.-Ing. Gallo

klamieren, die in dieser Form so nicht statthaft sind.

Erinnern wir uns an den „Fall Kampusch“! Hier ist aufgetaucht, dass es schon sehr früh nach dem Verschwinden der Natasche Kampusch Hinweise gegeben hat auf diesen Herr Priklopil, mit genauen Angaben auch auf seine Neigungen, mit genauen Angaben auch beispielsweise das Auto. Diesen Hinweisen ist nicht nachgegangen worden. Aber als es dann doch aufgekommen ist, hat man weitere Untersuchungen per Weisung unterdrückt. Das ist die „Aufdecker-Partei ÖVP“, das heißt also, hier gehört endlich Klarheit, Transparenz. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um hier Ordnung zu schaffen, auch als Beispielsfolge! *(Beifall von der F-Fraktion)*

Ich lade daher insbesondere die ÖVP ein, hier mitzuwirken, denn Sie verlangen immer Aufklärung, Transparenz. Bei einem weiteren Fall, hier im Lande Kärnten, als es um das Altenwohnheim, Seniorenheim Truppe in Villach gegangen ist, wo einer Ihrer Parteigänger Miteigentümer ist, haben Sie auch zugedeckt. Das ist schäbig! Und da geht es um wesentlich mehr Geld, das verpulvert worden, als je in Banda Aceh eingesetzt worden ist. *(Aufregung in der ÖVP-Fraktion. – Abg. Lutschounig: Du redest nicht nur zum falschen Tagesordnungspunkt, du redest auch jetzt einen Blödsinn! – Abg. Ing. Scheuch: Zudecker!)* Ich verstehe die Aufregung in der ÖVP schon, aber wenn Sie noch ein bisschen Mut haben und ein bisschen Anstand und ein bisschen Moral, dann stimmen auch Sie diesem Antrag zu! *(Abg. Ing. Scheuch: Bravo! - Beifall von der F-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Vorweg noch einmal ein klares Ja zu diesem Antrag, obwohl eigentlich alles auf Schiene ist. Auf Schiene deshalb: Wer nämlich die Berichterstattung und auch die Informationen, die innerhalb der Parteien gelaufen sind, mitverfolgt hat, der weiß, dass vor allem die SPÖ auf Bundesebene gesagt hat: „Alles überprüft. Lückenlos. Und dann wird entschieden.“

Entschieden wird insofern, als die Frage zu klären sein wird: Soll es einen Untersuchungsausschuss geben? Ja oder nein? Aber das alles erst nach Abschluss entsprechender Überprüfungen.

Denn was da passiert ist, geschätzte Damen und Herren, ist schlichtweg eine Schweinerei. Ich sage es ganz bewusst. Denn wenn jemand an den Grundpfeilern der Demokratie, an den Grundpfeilern der Rechtsstaatlichkeit rüttelt, der geht einen äußerst gefährlichen Weg.

Ich sage es halt so: „Wie der Herr, so's Gscher.“ Denn diese noch nie da gewesene Freunderlwirtschaft, die hat damals begonnen – und man soll, bitte, seitens der ÖVP nicht so tun: „pietätlos“ usw. Alle Ehre: Der Tod der damaligen Innenministerin Prokop hat uns alle berührt, aber der Verursacher der ganzen Sache hat einen ganz anderen Namen. Der wurde auch heute schon erwähnt, nämlich im Zusammenhang mit der Geschichte „Spenden Banda Aceh“. Das war der damalige Innenminister Ernst Strasser! Ernst Strasser, als damaliger Innenminister, der die Reform bei der Exekutive eingeleitet hat, der danach geflüchtet ist, der als Koordinator von dieser Spendengeschichte wiederum aufgetaucht ist und der jetzt, wie man so schön sagt, politisch von der Bildfläche verschwunden ist. *(Abg. Ing. Scheuch: Und er hat die politische Verantwortung von Banda Aceh!)*

Es war nicht verwunderlich, dass hohe, einflussreiche Planstellen im Bereich der Exekutive immer nur mit bestimmten Personen besetzt worden sind. Dass sich diese Personen gerade jetzt wieder in dieser Aufklärungskommission befinden, das strotzt ja, bitte, nach Ungerechtigkeit! – Hut ab vor einem Herrn Haidegger, den ich wirklich schätze, der den Mut gehabt hat, das zu sagen, was war! Und ich zweifle überhaupt nicht an seiner Integrität. Ich bin davon überzeugt, dass das nur ein Teil ist. Und es wird noch mehr aufbrechen; ich bin davon überzeugt: es bricht noch mehr auf.

Meine Damen und Herren vom BZÖ, nochmals: Wir Sozialdemokraten werden diesen Antrag unterstützen. *(Abg. Ing. Scheuch: Das ist ein guter Anfang!)* Nur, eines müsst ihr euch schon gefallen lassen: Dieses Kartenhaus, dieses Kartenhaus, das jetzt vor dem Zusammenbruch steht (nämlich das Innenressort), das wurde mit Ihrer Mithilfe damals unter der schwarz-blau-orangen Regierung gebaut. Danke! *(Beifall von der SPÖ-)*

Schober*Fraktion)**(Der Vorsitzende erteilt Abg. Mag. Grilc zur Begründung der Dringlichkeit das Wort.)*Abgeordneter **Mag. Grilc** (ÖVP):

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lückenlose Aufklärung ist auch in unserem Sinne. Darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Daher sage ich gleich vorweg: Natürlich tragen wir diesen Antrag mit, weil es auch nichts zu verbergen gibt.

Aber ich gebe eines zu bedenken: Was mich an dieser Diskussion stört, ist zum Beispiel folgendes. Wenn jemand wie der Herr Haidinger in verantwortungsvoller Position ist und gewusst hat, dass Dinge passiert sind, die rechtlich nicht in Ordnung sind, dann frage ich mich: Wo ist seine Verantwortung in der Phase, wo er praktisch selbst verantwortlich und Vorgesetzter war? *(Abg. Tauschitz: Richtig!)* Warum sagt er diese Dinge nicht, wenn sie stimmen, zu dem Zeitpunkt, wo aktiv noch sozusagen in seiner Funktion ist und rückt nicht mit den Dingen erst dann heraus, wenn seine Ablöse feststeht?! Das ist eine Frage, die der Private Raimund Grilc an diesen Herrn stellt. *(Abg. Trettenbrein: Ach so, jetzt ist er schuld. Jetzt ist der Beamte schuld?)* Ich habe gesagt, ich frage mich als Privatmann, wenn das stimmt, warum er das nicht vorher sagt. Diese Frage sei mir erlaubt, ob es euch passt oder nicht! *(Lärm im Hause. – Abg. Trettenbrein: Weil er unter Druck stand, vom Innenminister!)*

Ein Zweites: Wenn wir schon von diversen Missständen irgendwo reden, dann verweise ich schon mit einigem Entsetzen darauf, wenn jetzt gesagt wird: „Ja, dieser Sündenpfuhl im Innenministerium und irgendwo im schwarzen Bereich.“ Also das, was bei der Polizei Wien passiert ist, ist zumindest nicht im schwarzen Bereich passiert. *(Abg. Lutschounig: Nein, das wir im roten Bereich! – Abg. Ing. Hueter: Im Rotlichtbereich!)* Das waren prominente Mitglieder der SPÖ, die den Ruf der Polizei durch ihr Missverhalten nachhaltig geschädigt haben und alle anständigen Polizistinnen und Polizisten – nicht nur in Wien, sondern auch die, die hier im Landtag sitzen - sind damit geschädigt worden: durch Fehlverhalten von Leuten, die tatsächlich jetzt

nach und nach an die Öffentlichkeit kommen. Und gewisse Konsequenzen hat es gegeben.

Ein Drittes, das ich auch kritisch anmerken möchte, ist etwas: Erstens einmal ist das Innenministerium nicht unbedingt nicht in unserer Zuständigkeit. Wie auch immer, ich möchte mir gar nicht auf Formalismen ausreden. Aber in Wahrheit kommt der Antrag doch mit einer gewissen Verspätung, denn zumindest die interne Revision ist bereits im Laufen. – Zweitens muss ich sagen, ich bin froh darüber, dass man kühlen Kopf bewahrt hat, was den Untersuchungsausschuss anbelangt. Denn dort bin ich auch der Auffassung: erst die rechtliche Abklärung durch die entsprechenden Behörden, auch Staatsanwaltschaft. Sehr wohl, diese Linie haben wir immer vertreten. *(Abg. Tauschitz: Wie bei Banda Aceh!)* Wie bei Banda Aceh! *(Abg. Ing. Scheuch: Wie bei der Kärntenwerbung!)* Bei der Kärntenwerbung habe ich einen Klubobmann Scheuch gehört, der gesagt hat: „Ja, selbstverständlich! Her mit dem Untersuchungsausschuss! Wir haben nichts zu verbergen!“ Okay! *(Abg. Ing. Scheuch: Das haben wir bei Banda Aceh auch gesagt! – Lärm im Hause.)* Wie auch immer. Es bedarf keiner besonderen Aufregung.

(Abg. Mag. Grilc, Forts.)

Ich möchte auch nicht im Leisesten den Verdacht erwecken, dass wir irgendetwas zudecken wollen, dass wir damit ein Problem haben! Die Dinge sollen lückenlos aufgeklärt werden, natürlich gehen wir auch mit! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen. Wer dem die Dringlichkeit zuerkennt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Das ist einstimmig so beschlossen. Mir liegt keine Wortmeldung zum Inhalt selbst vor. Ich lasse nun auch über den Inhalt selbst abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen. Wir kommen nun zum nächsten Antrag. Bitte, Herr Landtagsdirektor!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

8. Ldtgs.Zl. 374-3/29:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Tschad-Einsatz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass das bereits nach Tschad entsendete Vorkommando sofort nach Österreich zurückberufen wird.

(Der Vorsitzende erteilt zur Begründung der Dringlichkeit Abg. Zellot das Wort.)

Abgeordneter **Zellot** (F):

Herr Präsident! Meine geschätzten Damen und Herren! Die Österreicherinnen und Österreicher und sämtliche Medien bringen täglich diesen so genannten Tschad-Einsatz, der von den Österreicherinnen und Österreichern nicht für richtig gehalten wird. Wir alle leiden darunter, dass eine glänzende Außenministerin im Ausland und in der Europäischen Union sagt: „Wir werden das erledigen, wir beteiligen uns bei diesem Tschad-Einsatz“ und sie kennt die Folgen nicht. Er ist nicht ungefährlich, er wird auch von dem verantwortlichen Minister, diesem so genannten Verteidigungsminister Darabos ... , *(Abg. Lutschounig: Red nicht so über deinen Chef!)* der hier – Verweigerungsminister, Entschuldigung, ich habe mich versprochen, *(Abg. Tauschitz: Entschuldigung, das ist eine Frechheit!)* Verweigerungsminister – verdiente Soldaten, die hier in Form von Hilfsorganisationen, ob in der UNO, ob in Form der KAFOR-Truppen vorzügliche – weltweit – Arbeit leisten, aber hier von einem Verteidigungsminister und von der gesamten Bundesregierung es nicht verdienen, in die Wüste geschickt zu werden! *(Beifall von der F-Fraktion.)* Meine geschätzten Damen und Herren! Die Situation hat sich ja von vorne herein schon gezeigt und es hat sich bestätigt, dass dieses Vorkommando nicht in die Wüste, sondern in ein Wespennest gesetzt wurde, *(Abg. Mag. Grilc: Das war doch freiwillig, oder?)* wo es eine zusätzliche Konfliktsituation gibt, die nicht dem Auftrag entspricht, dass die österrei-

chischen Truppen eine Hilfe für Flüchtlinge sein oder auf der Flucht befindliche Personen schützen sollen! Sie kommen gar nicht dazu, weil auch die Hilfsorganisationen wie zum Beispiel Ärzte ohne Grenzen sagen: Wir wollen kein Militär für die Betreuung und den Schutz unserer Flüchtlinge, weil wir unsere Freiwilligkeit nicht mit Militär vermischen möchten. Hier kommen wir natürlich in einen Konflikt! Das ist jetzt der Punkt, dass die französische Armee oder diese Legion, die sich unten befindet, natürlich auch bewusst in Kampfhandlungen mit den Rebellen treten wird und dann der Auftrag nicht Flüchtlingshilfe ist, sondern die österreichische Armee auch in Kampfhandlungen vermischt wird. Und deswegen ist es auch berechtigt, und das ist hier nicht der Wunsch einer BZÖ-Fraktion, sondern einer überwiegenden Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher, die nicht wollen, dass die Soldaten in der Wüste bleiben, sondern aufgrund der brenzigen Situation und der Lageänderung sollen sich der Verteidigungsminister und die Außenministerin verantwortungsvoll in die Tat setzen, um dieses Kommando zurückzuziehen! *(Beifall von der F-Fraktion)*

(Der Vorsitzende erteilt zur Dringlichkeit KO Abg. Tauschitz das Wort.)

Abgeordneter **Tauschitz** (ÖVP):

(Abg. Trettenbrein: Du warst sicher nicht beim Bundesheer!) Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine lieben Zuhörerinnen und Zuhörer! Was der Vorredner gerade von sich gegeben hat, ist genau die Bestätigung dessen, was ich mir immer schon gedacht habe, nämlich dass das BZÖ bereit ist, für irgendeinen Populismus selbst den eigenen Soldaten in den Rücken zu fallen! Es wundert mich überhaupt nicht, dass dieser Antrag jetzt von der BZÖ kommt. Denn vor wenigen Tagen hat es da unten Unruhen gegeben. Jawohl, es gab vor wenigen Tagen Unruhen! Und das ist vollkommen logisch, wenn man ein bisschen militärisch, strategisch denkt, dass die Rebellen natürlich jetzt den Zeitpunkt ausnützen, wo die Vorkommandos aus den ganzen europäischen Ländern in den Tschad hinuntergeschickt werden, dass sie jetzt zugreifen. Das ist ja vollkommen klar! Nur, jetzt ist der Zeitpunkt, wo man noch etwas bewegen kann. Willst du hergehen und unten die Flüchtlinge in Ruhe

Tauschitz

lassen? Willst du ein zweites Srebrenica verursachen? Willst du das verantworten? Will das die BZÖ? Darüber müssen wir diskutieren! Aber offensichtlich hat die BZÖ nicht den Mut zum eigenen Bundesheer zu stehen! Also, ich habe meine Probleme mit diesem Verteidigungsminister, das muss ich ganz ehrlich sagen! (*Einwand von LR Dipl.-Ing. Scheuch.*) In meinem Ranking ist der Verteidigungsminister nicht an oberster Stelle! Aber eines ist ganz klar: In einer Demokratie werden Entscheidungen gefällt und da kann man dafür sein oder dagegen, davor! Aber wenn dann die Entscheidung gefallen ist und wenn sich unsere Soldaten bereits in diesem Territorium befinden, dann sollten wir auch zu ihnen stehen (*Zwischenruf von Abg. Zellot.*) und nicht dann hinterrücks in Österreich die Presse ankurbeln und anfangen, den eigenen Soldaten in den Rücken zu fallen und ihnen den Mut zu nehmen! Da unten ist nicht ein einziger Grundwehrdiener, da unten sind Jagdkommandosoldaten! Das Jagdkommando ist eines der besten Truppenkörper in ganz Europa, auch wenn es Teil des österreichischen Bundesheers ist. (*Abg. Zellot: Jagdkommando! Noch kein Einziger ist dort im Einsatz!*) Eben nicht, im Einsatzgebiet ist noch überhaupt keiner, weil noch niemand dort vorgedrungen ist, weil die Österreicher jetzt bei den Franzosen untergekommen sind. Es ist schlicht und ergreifend so, dass die alle freiwillig gegangen sind. Und wenn du als Abgeordneter des Kärntner Landtages (*gemünzt auf den Vorredner*) glaubst, hier heraußen am Rednerpult vom Verweigerungsminister reden zu können – er ist nicht mein Parteifreund, er ist auch nicht inhaltlich auf meiner Linie – aber es gibt gewisse Grenzen. Als Abgeordneter, das muss ich dir ganz ehrlich sagen, vor allem in so einer Situation, erwarte ich mir ein bisschen mehr Respekt, nicht vor der Person, sondern vor der Institution! (*Abg. Zellot: Das sagt gerade der Richtige! Das sagt gerade der Richtige!*) Ja, das mag ruhig sein! Dass Ihr damit ein Problem habt, das verstehe ich schon! Dieser Antrag ist ein peinlicher Populismus. Es mag sein, dass diese Geschichte jetzt geschürt wird und dass man bewusst versucht, hier jetzt die Reißleine zu ziehen und hier unseren Soldaten abspricht, dass sie helfen können. Aber es gibt eine Entscheidung, und die sind dort und aus diesem Grund wird das fortgefahren! Man kann nicht hergehen und den Kurs wegen jedem Problem sofort ändern, wenn wir da unten Frieden haben wollen.

Es ist im Sinne der Europäischen Union, dass es Frieden im Tschad gibt. Dann werden wir den Soldaten auch die Möglichkeit geben und auch die Unterstützung, wenn sie auch nur ideell ist, hier vom Rednerpult aus, dass wir stolz darauf sind, dass unser Bundesheer überhaupt in der Lage ist, so etwas zu leisten und dass wir selbstverständlich hinter ihnen stehen! Wir werden sie dann nach Hause holen, wenn es wirklich notwendig ist. Im Moment sind sie noch sicher und es gibt keinen Grund, sie nach Hause zu holen. Wir sind stolz auf das Bundesheer, auf unsere Soldaten dort unten, das lasse ich mir auch von der BZÖ nicht schlecht reden! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion*)

(*Der Vorsitzende erteilt Abg. Schober das Wort.*)

Abgeordneter **Schober** (SPÖ):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein Heeresangehöriger, so wie es der Kollege Zellot hier als Redner getan hat, im Schutze der politischen Immunität einen Verteidigungsminister als Verweigerungsminister bezeichnet, dann richtet sich das von selbst! (*Es erfolgen mehrere gleichzeitige Zwischenrufe von Abgeordneten aus der F-Fraktion.*)

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Antrag sagt, dass die derzeitige Lage im Tschad zeigt, dass der grundsätzliche Auftrag unserer Soldaten, die Flüchtlinge zu schützen, derzeit nicht wahrgenommen werden kann. Keine Panik! Wer die heutigen aktuellen Meldungen gelesen hat der weiß, dass sich die Lage in diesem Kriegsgebiet Gott sei Dank verbessert hat. Wir wissen alle, dass es kein kriegerischer Einsatz ist, den das österreichische Heer in diesem Gebiet zu bewältigen hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Nein, Friedensmission!*) Wir wissen alle, dass das ein humanitärer Einsatz im Rahmen eines EU-Mandates ist. (*Abg. Dipl.-Ing. Gallo: Das ist kein EU-Mandat!*) Ich weiß wohl, dass das BZÖ ein gestörtes Verhältnis zur EU hat, das weiß ich sehr wohl! Ihr wisst auch alle, und vor allem du, Kollege Zellot als Sicherheitssprecher und als Heeresbediensteter musst du es wissen, dass im Rahmen der Bundesheerreformkommission die von Ihrer Partei gemeinsam mit der ÖVP beschlossen wurde, genau diese Auslandseinsätze als eines der wichtigsten Elemente vom österrei-

Schober

chischen Bundesheer fixiert sind. Wir wissen alle, dass diese Dame und diese Herren, die sich im Tschad befinden, freiwillig an diesem Einsatz teilgenommen haben. Wir wissen alle, dass sie bestens vorbereitet sind. Sie sind bestens vorbereitet, was die körperliche Ausbildung betrifft. Sie sind bestens psychisch vorbereitet und gerade diese Gruppe hat die beste Ausrüstung! Über die Ausrüstung beim Heer könnte man sicherlich noch stundenlang diskutieren. Denn eines ist auch klar: Seitdem wir diese sündteuren und wirklich unnötigen Abfangjäger bestellt und somit bekommen haben, ist viel Geld verschwunden, nämlich für Dinge, die anderweitig sicherlich besser angelegt gewesen wären. Ich halte also nichts von einer Panikmache, ich halte nichts von Ferndiagnosen und ich verlasse mich auf Experten. (*Abg. Ing. Scheuch: Beim Darabos ist das schwierig!*) Und diese Experten sagen, dass die Situation derzeit für die Soldatinnen und Soldaten im Tschad nicht gefährlich ist. Wenn sie gefährlich werden sollte, dann werden sicherlich Maßnahmen zu setzen sein. Ich verneige mich vor diesen Soldatinnen und Soldaten, dass sie sich bereit erklärt haben, für eine humanitäre Maßnahme einzuspringen. Ich wünsche ihnen eine gesunde Heimkehr! Wir werden diesem Antrag keine Zustimmung geben! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion*)

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig** (F):

Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr zur Begründung der Dringlichkeit vor. Ich lasse nun über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennt, bitte um ein Zeichen mit der Hand! – Das ist nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Ich weise diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zu und ersuche nun den Landtagsdirektor um die Verlesung des weiteren Einlaufes!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 87-17/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Maßnahmen für leistbares Wohnen mit folgendem Wort-

laut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, einerseits dafür Sorge zu tragen, dass bei der Wohnbeihilfe auch die Betriebskosten berücksichtigt und die Einkommensgrenzen angehoben werden und andererseits in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass sowohl die Bundesmittel für den Wohnbau massiv erhöht und auch sämtliche Wohnbaumittel ausschließlich für den Wohnbau verwendet werden.

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr

2. Ldtgs.Zl. 288-5/29:

Antrag von Abgeordneten des SPÖ-Klubs betreffend Anbindung Kärntens an das internationale Flugnetz mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Landeshauptmann Dr. Jörg Haider wird als Eigentümervertreter der Kärnten Werbung aufgefordert dem Landtag mitzuteilen, welche Maßnahmen die Kärnten Werbung im Hinblick auf die Bewerbung der Destinationen, welche vom Flughafen Klagenfurt angefliegen werden, insbesondere der Verbindungen Frankfurt und Düsseldorf ergriffen hat.

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur, Wohnbau und Verkehr

3. Ldtgs.Zl. 181-7/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend vorläufige Untersuchungsergebnisse des K-LRH mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Anlehnung an die §§ 3 und 5 des Vorarlberger Gesetzes über das Landes-Rechnungshofgesetz idgF eine Novelle zum K-LRHG idgF vorzulegen, die regelt, dass keine vorläufigen Überprüfungsergebnisse mehr erstellt und an die im K-LRHG aufgeführten Stel-

Mag. Weiß

len übermittelt werden. Der Landesrechnungshof soll den Bericht über das Ergebnis jeder Prüfung dem Landtag vorlegen und gleichzeitig an die Landesregierung übergeben werden.

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa

4. Ldtgs.Zl. 126-7/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend Austritt Österreichs aus EURATOM-Vertrag mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern, im Sinne einer konsequenten Anti-Atompolitik den Austritt Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag aktiv zu betreiben.

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa

5. Ldtgs.Zl. 68-10/29:

Antrag von Abgeordneten der Grünen betreffend „Gläserne Parteikassen“ bzw. „Transparente Parteienfinanzierung für ein demokratischeres Kärnten“ mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, eine Novelle zum Kärntner Parteienförderungsgesetz vorzulegen, die regelt, dass Parteien, die Mittel nach dem Parteienförderungsgesetz beziehen, jährlich einen Rechenschaftsbericht über die Mittelverwendung und alle an die betreffende politische Partei oder an eine ihrer Teil- oder Vorfeldorganisationen geleisteten direkten und indirekten Spenden zu veröffentlichen haben.

Alle Spenden, die den Betrag beziehungsweise den Wert von 1.000,- € übersteigen, sind folgendermaßen auszuweisen:

bei Geldspenden ist die Höhe der Spende sowie der Name und die Adresse des/der Spenders/in anzugeben;

bei indirekten Spenden ist der Wert sowie die

Art der Zuwendung (z.B. Kostenübernahmen, Sachspenden, lebende Subventionen etc.) inklusive Name und Adresse des/der Spenders/in anzugeben.

Weiters soll in den folgenden Fällen die Annahme von Spenden generell untersagt sein:

anonyme Spenden, deren Wert 500,- € übersteigt;

Spenden, die einer Partei offensichtlich in Erwartung einer Gegenleistung gewährt werden;

Spenden von Körperschaften öffentlichen Rechts, von auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhenden Berufs- und Wirtschaftsverbänden, von Kammern, Stiftungen und Fonds.

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa.

6. Ldtgs.Zl. 249-8/29:

Antrag von Abgeordneten des F-Klubs betreffend Gemeindeabgaben für Freizeitwohnsitze mit folgendem Wortlaut:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, eine Evaluierung der Abgaben für die Freizeitwohnsitze vorzunehmen und folgend dem Kärntner Landtag entsprechende Gesetzesnovellen vorzulegen, durch welche es zu einer einheitlicheren und gerechteren Belastung von Freizeitwohnsitzen kommt.

Zuweisung: Ausschuss für Rechts-, Verfassungs-, Volksgruppen- und Immunitätsangelegenheiten, Europa

7. Ldtgs.Zl. 377-1/29:

Antrag aller Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Rücknahme des Mineralwassererlasses im LKH Klagenfurt – Keine Kosteneinsparungen auf dem Rücken der Patienten mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Der zuständige Gesundheitsreferent in der Kärntner Landesregierung, Landesrat Dr. Wolfgang Schantl, wird aufgefordert,

Mag. Weiß

1. in Verhandlungen mit den zuständigen Stellen in der KABEG und des LKH Klagenfurt zu erreichen, dass der völlig überzogene „Mineralwassererlass“ im LKH Klagenfurt unverzüglich rückgängig gemacht wird;
2. dafür Sorge zu tragen, dass es nach dem Abgang des bisherigen KABEG-Vorsitzenden Dr. Sonnberger nicht zu Einsparungen auf Kosten der Patienten kommt.

Zuweisung: **Ausschuss für Familie, Soziales, Gesundheit, Generationen und Sport**

C) Schriftliche Anfragen:

1. **Ldtgs.Zl. 375-1/29:**
Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lesjak an Landeshauptmann Dr. Haider betreffend Gesprächsleitfaden Staatsbürgerschaftsverleihungsverfahren
2. **Ldtgs.Zl. 320-3/29:**
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Holub an Landeshauptmann Dr. Haider betreffend „Freie Bühne Kärnten“
3. **Ldtgs.Zl. 230-2/29:**
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Schlagholz an Landesrat Mag. Dr. Martinz betreffend Tiertransporte und Schlachthöfe in Kärnten
4. **Ldtgs.Zl. 376-1/29:**
Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Holub an Landesrat Ing. Rohr betreffend Öl-Unfall Tankstelle, Völkermarkterstraße 242, Klagenfurt
5. **Ldtgs.Zl. 213-13/29: Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Ing. Scheuch an Zweite Landeshauptmann-Stell-**

vertreterin Mag. Dr. Schaunig-Kandut betreffend Inserate der Sozialreferentin

6. Ldtgs.Zl. 249-7/29:

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gritsch an Landesrat Ing. Rohr betreffend Gemeindeabgaben für Zweit- und Freizeitwohnungen

Vorsitzender Erster Präsident **Lobnig (F):**

Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir sind mit der Tagesordnung somit am Ende angelangt. Erlauben Sie mir aber nun, dass ich Sie aus gegebenem Anlass noch kurz um Aufmerksamkeit bitte. Unser langjähriger Mitarbeiter des stenographischen Protokolls, Herr Regierungsrat Manfred Puttner, hat mir als Präsidenten des Kärntner Landtages mitgeteilt, dass er mit der Erreichung seines 60. Lebensjahres im März dieses Jahres aus dem aktiven Dienst ausscheiden und in den wohlverdienten Ruhestand treten wird. Es ist somit heute sein letztes Wirken als Stenograph bei der 56. Sitzung des Kärntner Landtages. Daher erlauben Sie mir, dass ich anlässlich des für Herrn Regierungsrat Puttner wohl erfreulichen, für uns aber doch mit Wehmut getragenen Ereignisses ein paar Worte des Dankes und der Würdigung seiner Verdienste an ihn richte! Herr Regierungsrat Puttner! Sie sind im Jahre 1965, also vor rund 43 Jahren, in den Landesdienst eingetreten. Nachdem Sie im Jahre 1970 auf der mechanischen Schreibmaschine sogar Landesmeister von Kärnten wurden und waren, lag es wohl sehr nahe, dass Sie im Jahre 1971 auch als Stenograph in den Kärntner Landtag geholt wurden.

Über 37 Jahre, das heißt über zahlreiche Legislaturperioden, haben Sie den Verlauf und den Inhalt der Sitzungen mitstenographiert. Dies in Zeiten, in denen die Aufnahmeanlage technisch noch nicht so ausgereift war wie heute. Hohes Haus! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie können sich daher vorstellen, wie schwierig es oft war, die Wortmeldungen, Zwischenrufe, die Geräusche, das Tun hier im Hause, zu Protokoll zu bringen beziehungsweise festzuhalten. Trotzdem wurden von Ihnen, Herr Regierungsrat

Lobnig

Puttner, zehntausende Protokollseiten zu Papier gebracht, welche nicht nur in der Dienstzeit, sondern sogar in der Freizeit gefertigt wurden. Eine 40-Stunden-Woche haben Sie nicht gekannt, sondern es waren all die Jahre fast permanent 60 Wochenstunden, die Sie im Dienste des Landes tätig waren. Genauigkeit und Korrektheit sind wohl die Merkmale, die sich in sämtlichen, von Ihnen gefertigten Protokollen widerspiegeln. Sie waren immer ein sehr fleißiger und sehr bescheidener Mitarbeiter unseres Amtes und des Landtages! Menschlichkeit und Kollegialität waren für Sie keine Fremdwörter. Nein, Sie haben es allen vorgelebt und das hat Sie auch immer ausgezeichnet! Dankenswerterweise haben Sie sich auch immer bereit erklärt, unsere jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuschulen und ich bin überzeugt, dass man Ihnen dies mit großem Dank, mit Wertschätzung dotiert hat. Die vorbildhafte Arbeit unseres ausscheidenden Stenographen Regierungsrat Manfred Puttner soll für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen Ermunterung und gleichzeitig Motivation sein! Das wünschen wir uns auch!

Mit Ihrem Ausscheiden geht wohl eine besondere Ära zu Ende, nämlich die Ära des besten Stenographenteams Rader und Puttner. Rader wurde bereits vor einigen Jahren in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Ein Team, wie

es kein anderer Landtag in Österreich jemals hatte! Herr Regierungsrat Puttner, Sie werden heuer im März Ihren 60. Geburtstag begehen und ich darf Ihnen schon heute persönlich und namens aller Damen und Herren Abgeordneten herzlichst dazu gratulieren! Gesundheit, Glück, Freude und Zufriedenheit sowie familiäres Wohlergehen mögen Ihre ständigen Wegbegleiter sein! Franz Kafka schreibt in einem Zitat: „Jeder, der sich die Fähigkeit erhält, Schönes zu erkennen, wird nie alt werden!“ Nachdem Sie eine besondere Liebe und Freude zu Mineralien haben, wird der ersehnte Ruhestand wohl eher ein „Unruhestand“ werden! Nun darf ich Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen sowie namens der Abgeordneten des Hohen Hauses, die heute als sichtbares Zeichen des Dankes und der Wertschätzung nahezu vollzählig hier geblieben sind, ein kleines Geschenk überreichen in der Hoffnung, Ihnen damit eine kleine Freude zu bereiten. *(Erster Präsident Lobnig erhebt sich und überreicht Herrn Regierungsrat Puttner während der Gratulation ein Geschenk.)* Herzlichen Dank, Herr Regierungsrat Puttner! *(Alle im Plenarsaal Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und spenden langandauernden Beifall.)*

Nun, meine Damen und Herren! Die Sitzung ist geschlossen, aber die Gratulationen können auch jetzt noch erfolgen. Danke vielmals!

Ende der Sitzung: 14.24 Uhr